

lastung unserer Fürsorgeheime bringen, wemgleich ich auch heute schon feststellen kann, daß dieses Haus längst auch wieder voll ist, daß in den übrigen Fürsorgeheimen, also in Kindberg, Ehrnau und Knittelfeld ein Überbelag vorhanden ist und daß daher mit einem Heim noch lange nicht die Lösung des Problems herbeigeführt werden konnte. In diesem Zusammenhang ist vielleicht interessant die Feststellung, daß seit der Jahrhundertwende das Radkersburger Landesfürsorgeheim das erste Landesfürsorgeheim ist, das neu geschaffen und der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Der Aufwand von etwa 16,3 Millionen Schilling ist in der Lage und den Schwierigkeiten, die sich vor allem durch das Grundwasser ergeben haben, begründet. Bei der Frage der Errichtung von neuen Fürsorge- oder Pflegeheimen scheint mir das Problem der Errichtung von Altenkrankenhäusern sehr wesentlich. Wir haben gerade in der letzten Zeit zum wiederholten Male die Forderung gehört von der Notwendigkeit solcher Altenkrankenhäuser, und diese Forderung ist zweifelsohne einer gewissenhaften Prüfung wert. Nur glaube ich heut schon, daß wir der Lösung dieses Problems eher näherkommen, wenn wir ein besseres Netz von Fürsorge- und Pflegeheimen in enger Verbindung mit den Landeskrankenhäusern errichten, weil der Aufwand sowohl für den Bau als auch für den Betrieb bei Pflegeheimen wesentlich billiger ist als bei Krankenhäusern und trotzdem auch hier die notwendigen Bedürfnisse erfüllt werden können. In diesem Zusammenhang freu ich mich feststellen zu können, daß in vielen Altersheimen der Steiermark und besonders in denen der Bezirksfürsorgeverbände eine von mir gemachte Anregung aufgegriffen wurde, in den Altersheimen eine Pflegeabteilung einzurichten, um so das oftmalige Wandern der alten Menschen von Heim zu Heim, das doch oft sehr herzlos und hart ist, zu vermeiden, und damit auch die Fürsorgeheime zu entlasten. Interessant ist, wenn man die Pflegestruktur unserer Fürsorgeheime untersucht und dazu auch die Vormerkungen, weil sich gerade aus der Untersuchung der Heimorte unserer Pfleglinge in den Fürsorgeheimen und der Vormerkungen eine sehr klare Schwerpunkt bildung abzeichnet, in welchen Teilen des Landes der Bau weiterer Fürsorgeheime dringend notwendig ist. Die Rechtsabteilung 9 und ihr Vorstand, Herr Hofrat Dr. Lauppert, hat sich mit dieser Frage schon sehr eingehend beschäftigt. Ich hoffe, daß in allernächster Zeit dem Fürsorgeausschuß des Landtages eine solche Studie übergeben werden kann. Sie soll als Diskussionsgrundlage für einen weiteren Ausbau unserer Pflege- oder Fürsorgeheime dienen. Im Zusammenhang mit den Fürsorgeheimen möchte ich auch auf die Anregung des Herrn Abgeordneten Scheer zurückkommen, welche auch schon zu wiederholten Malen im Finanzausschuß und Fürsorgeausschuß gemacht wurde: Die Anregung auf Prüfung der Zweckmäßigkeit unseres ältesten Landesfürsorgeheimes in Ehrnau. Sicherlich ist es so, und wir haben uns das sehr genau angesehen, daß es sehr, sehr großer finanzieller Mittel bedürfte, um dieses alte Jagdschloß, das es ja einmal gewesen ist, in ein zeitgemäßes, menschenwürdiges Fürsorgeheim umzuwandeln. Wir

sind daher bei Prüfung dieser Sache zur Auffassung gelangt, daß eine Auflassung und ein entsprechender Neubau zweckmäßiger und sinnvoller wäre als eine kostspielige, in viele Millionen gehende Adaptierung, die dann letzten Endes immer noch nicht das bringt, was man sich unter den heutigen Verhältnissen vorstellt. (Abg. Egger: „Das ist eine schlechte Gegend, schattig und kalt!“) Außerdem bringt der Wind vom Schoberpaß nicht gerade das angenehmste und beste Klima für unsere alten Menschen. Das Problem der betagten Menschen ist in der letzten Zeit sehr stark in den Vordergrund der Diskussion gerückt. Ich bin dankbar dafür, daß in den Beilagen zum Budget ein Antrag, der von allen Parteien einstimmig beschlossen wurde, aufliegt, der auf Schaffung eines Landesaltenplanes abzielt. Ob das nun ein Landesalten-Plan oder ein Landesbetagten-Plan oder, was schon vorgeschlagen wurde, ein Landesaltengesetz wird, oder was immer dann letzten Endes der Name für diese Maßnahme sein wird, das scheint mir nicht so sehr das Entscheidende, und es wird auch heute vielleicht noch nicht leicht sein, ihn richtig festzusetzen. Wichtig und wesentlich erscheint mir der Gedanke, daß wir uns mit den Problemen der betagten Menschen mehr als bisher beschäftigen müssen, breite Kreise in der Diskussion erfaßt haben und vielfach dieses Problem nun ernsthaft erörtert wird. In der Steiermark hat ein Fünftel der Bevölkerung das sechzigste Lebensjahr überschritten. 210.000 Rentner und Pensionisten sind durchaus Grund genug um sich mit der Problematik dieser Menschen auseinanderzusetzen. Der Städtebund hat am 1. und 2. Oktober d. J. in Wien eine große „Alten-Enquete“ abgehalten und in einer Sonderzeitschrift des Städtebundes die Ergebnisse dieser Enquete festgehalten. Viele gute und positive Anregungen wurden den Gemeinden dadurch gegeben. Viele steirische Gemeinden haben in der Praxis das Betagten-Problem aufgegriffen und Lösungen gesucht. Ich glaube daher, daß es bei uns vor allem darauf ankommt, nun einmal alle diese Maßnahmen zu sichten und zu sondieren, und vor allem einmal zu versuchen, sie auf das ganze Land gleichmäßig zu verteilen, damit es nicht vom Zufall des Wohnortes abhängt, wie ein betagter Mensch betreut wird. Sicherlich müssen dazu alle mithelfen. Es ist meine feste Absicht, zur Beratung dieser Fragen alle interessierten Personenkreise der freien Wohlfahrtspflege mit einzuladen, um so wirklich eine Summe von Erfahrungen zu sammeln. Es wird noch vieler Beratungen bedürfen, um ein wirklich sauberes, klares und punktiertes Programm herauszuarbeiten, das dann dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung zugeleitet werden kann. Zwei Ansätze eines künftigen Landes-Altenplanes haben bereits im Budget für 1965 ihren Niederschlag gefunden: 100.000 S für die Organisation eines Tages der Begegnung der Generationen, der den alten Menschen in den Mittelpunkt der Ehrungen der Kinder und der Jugend stellen soll. Ein weiterer Ansatz, der ebenfalls bereits im Budget verankert ist, soll als Initialzündung für die in Aussicht genommene Urlaubsaktion von Dauerbefürsorgten und Mindestrentnern dienen. Wollen wir dabei nicht verkennen, daß es sich hier um einen Personenkreis handelt, für den die Reise

in die Landeshauptstadt noch ein Erlebnis ist oder auch die Reise in irgendeinen landschaftlich schönen Teil unserer Steiermark. Diese alten Menschen gehören einer anderen Generation an und sie haben nicht das Glück gehabt wie unsere heutige Jugend, für die Auslandsreisen nach allen Richtungen, ja über die Weltmeere hinaus schon zur Tatsache geworden sind. Wir haben für diese Aktion 700.000 S im Budget. Wenn die Bezirksfürsorgeverbände sich an der Aktion mitbeteiligen, wenn verschiedene private Wohlfahrtsorganisation einen Anteil übernehmen, so kann dieser Betrag als erste Initialzündung durchaus positiv wirken.

Nun zur Frage des Behindertengesetzes, das heute schon angeschnitten wurde von verschiedenen Sprechern. Vor allem möchte ich die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, der Frau Abgeordneten Egger eine kleine Erwiderung zu geben. Ich habe meiner seinerzeitigen Erklärung nichts hinzuzufügen. Ich stehe zu dieser Erklärung voll und es ist auch gar kein Grund, von ihr abzurücken. (Abg. Egger: „Ich habe Sie auch nicht angegriffen, Herr Landesrat!“) Ich sage nur und unterstreiche nur, Frau Abgeordnete, es ist natürlich eine Reihe von Änderungsvorschlägen noch gemacht worden und wenn ich mir erlauben darf, darf ich vielleicht hinzufügen, daß auch ich selbst einige Änderungsvorschläge noch gemacht habe, wie es immer ist, daß bei Beratungen eines Gegenstandes das eine oder andere Problem, von verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet, ein ganz anderes Bild ergibt und dann sich solche Änderungen eben als sinnvoll und zweckmäßig erweisen. Nachdem ich mich doch zur Sozialistischen Fraktion zähle, darf und glaube ich in diesem Zusammenhang feststellen zu können, daß die Sozialisten auch im Fürsorgeausschuß durchaus positiv mitgearbeitet haben. Das Gebäude des Behindertengesetzes war ja vorhanden, was wir im Ausschuß noch gemacht haben, war die Einrichtung. Ich weiß nicht, ob das Beispiel richtig ist, aber so ungefähr erschien mir doch die ganze Entwicklung, weil ja letzten Endes die Initialzündung für das Behindertengesetz vom Sozialministerium gekommen ist und noch viele Länder bis heute dieses Behindertengesetz nicht beschlossen haben. (Landeshauptmann Krainer: „Zum Beispiel das rote Wien!“) Ich sage nur, daß wir also immerhin als Steirer hier fortschrittlich waren. Herr Landeshauptmann, wenn ich zu diesem Behindertengesetz noch etwas hinzufügen darf, was das Hohe Haus sicherlich interessieren wird, so ist es die Frage der finanziellen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Behindertengesetz. Das war ja geradezu das Schreckgespenst, das vor den Abgeordneten gestanden ist und das jedenfalls von vielen sehr, sehr vorsichtig beurteilt wurde. Wenn wir jetzt den Zeitraum überblicken seit Inkrafttreten des Behindertengesetzes, seit 1. November bis zum Freitag voriger Woche, bis wohin mir die Zahlen zur Verfügung stehen, so kann ich nur sagen, daß ich Grund zur Annahme habe, daß die von uns vorsichtig angesetzten Ziffern richtige Ziffern sind. Es sind bis jetzt auf Grund des Behindertengesetzes insgesamt 103 Anträge auf sonstige Hilfsmaßnahmen und 209 Anträge auf Pflegegeld eingelangt. Wenn wir uns

darin zurückerinnern, daß wir seinerzeit angenommen haben, daß wir mit 1000 bis 1200 Pflegegeldempfängern im ersten Jahr rechnen müssen, bleibt die Wirklichkeit demgegenüber zurück. Auch von Salzburg habe ich gehört, daß auch dort die Anforderungen nicht so hoch waren oder sind, als dies vor allem von der finanziellen Seite her zuerst angenommen und befürchtet wurde.

Wenn ich nun in den außerordentlichen Haushalt vorgreifen darf im Zusammenhang mit dem Behindertengesetz, weil das gerade hier hereinpaßt, so ist ein sehr erfreulicher Punkt hier zu vermerken, nämlich, daß wir nach endgültiger Beschlußfassung in der Landesregierung einen Betrag von 4.000.000 S für den Baubeginn des Internatsgebäudes in unserer Körperbehindertenanstalt Andritz zur Verfügung haben. Mit diesen vier Millionen, die ein Teilbetrag sind selbstverständlich, weil der Gesamtaufwand rund 16 Millionen erfordert, kann aber im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werden und es besteht keine Gefahr, daß die möglichen Baumaßnahmen mit diesem Betrag vielleicht nicht völlig in Angriff genommen werden könnten. Ich bin sehr glücklich darüber, daß das von mir der Landesregierung vorgelegte Projekt die volle Zustimmung seitens der Landesregierung gefunden hat, weil es eine Reihe von wesentlichen Veränderungen und Erleichterungen für die Betreuung der Behinderten in unserer Körperbehindertenanstalt künftig bringt. Wir haben neben einer kleinen Turnhalle eine kleine Schwimmhalle vorgesehen, so daß gerade für die Körperbehinderten hier im guten und zweckmäßigen Maße vorgesorgt ist. Bedauerlicherweise muß ich noch feststellen, daß der ursprüngliche Plan, auch für Mädchen ein Heim zu errichten, in der Landesregierung nicht die volle Zustimmung fand. (Landeshauptmann Krainer: „Alles sagen, genauer!“) Aber der Gegenvorschlag — ich spreche schon alles aus, Herr Landeshauptmann, ich bin für die volle Wahrheit —, der gemacht wurde, in der nächsten Umgebung — darunter wird verstanden eine Entfernung von 500 bis 600 m — ein Mädchenheim und ein Fraueninternat zu errichten, hat natürlich bei uns in der Abteilung und auch bei mir selbst die Zustimmung gefunden, weil wir jetzt auch ein Grundstück gefunden und die entsprechenden Anträge gestellt haben. Ich hoffe, daß die Landesregierung zustimmt. Vorläufig werden jedenfalls in diesem Internatsgebäude nur Buben Aufnahme finden, und es werden hier insgesamt 22 Dreibettzimmer zur Verfügung stehen.

Im Zusammenhang mit der Jugendfürsorge darf ich vielleicht auch sagen und erfreut feststellen, daß die in den letzten Jahren steigende Tendenz bei den Fürsorgerziehungsfällen von Mädchen im letzten Jahr nicht nur abgestoppt wurde, sondern sogar rückläufig ist. In diesem Jahr haben wir im Durchschnitt 375 männliche und 380 weibliche Jugendliche und Kinder in Fürsorgerziehung gehabt und, damit wir diese Zahl auch richtig in der Betrachtung des ganzen Landes sehen, möchte ich dem noch hinzufügen, daß es sich hier um ein knappes halbes Prozent der in Betracht kommenden Jahrgänge von Jugendlichen handelt. Im Blümelhof wird ein Werkstättenneubau begonnen. Es ist ja schon von Frau

Abgeordneter Psonder gesagt worden, daß wir hier sehr beengt sind. Dieser Werkstättenneubau ist notwendig, wie wir ja überhaupt sehr großen Wert auf die Berufsausbildung in unseren Heimen legen. Wir wollen, daß die Zeit, die die Jugendlichen in einem Heim verbringen, auch richtig genutzt wird, daß, wenn sie aus der Schulzeit heraus sind, daß sie in die Lehre eingeordnet werden und daß dann, wenn sie aus dem Heim herausgehen, sie wirklich brauchbare und tüchtige Menschen sind, die wirklich in das Leben entsprechend eintreten können. Darüber hinaus — und das möchte ich auch vermerken — fördern wir vor allem auch die privaten Jugendheime. Wir haben im Budget einen Betrag von 500.000 S als Darlehen und 360.000 S als Beihilfe für das Heim der Guten Hirten, was doch im nächsten Jahr gerade für das im Ausbau begriffene Heim der Guten Hirten eine sehr, sehr wesentliche Hilfe ist. Eine alte Forderung, die wirklich schon seit 10 Jahren in diesem Hohen Haus angemeldet ist, das ist die Freimachung der Taubstummlehranstalt durch die 3. chirurgische Abteilung. (Abg. Egger: „Ja sicher, es war nicht möglich!“ — Landeshauptmann Krainer: „Ein Familienzwist!“) Aber, Frau Abg. Egger, hier handelt es sich um eine Forderung, der bis jetzt die Realität gefehlt hat. Wollen wir das ehrlich einbekennen. Nun aber, mit dem Neubau der Chirurgie, die in sehr großzügiger Weise geplant ist, können wir doch die begründete Hoffnung hegen, daß wir die 3. Chirurgie aus der Taubstummlehranstalt herausbringen und daß dann die Räume wirklich ausschließlich den Taubstummen zur Verfügung gestellt werden. Das ist zwingend notwendig. Derzeit sind wir sehr beengt und zusammengedrängt. Aber darüber hinaus ist natürlich auch der Blick von Kindern in die chirurgische Abteilung nicht immer gerade das, was man unbedingt als Bild vor sich sehen soll oder sehen muß. (Landesrat Sebastian: „Machen wir eine Trennwand.“) Ja, bitte. Mit meinem Freund und Kollegen, Landesrat Sebastian, haben wir ja diese Frage sehr oft besprochen, und er ist ja auf die Wünsche der Fürsorge immer wieder eingegangen. Aber der schönste Tag wird für uns trotzdem sein, wenn die 3. Chirurgie aus der Taubstummlehranstalt auszieht, und darüber wird mir mein Freund Sebastian nicht böse sein.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Pabst hat noch die Frage der langsamen und schleppenden Behandlung der Fragen der Wohnraumbeschaffung und Wohnraumförderung Kinderreicher angeschnitten. Herr Abgeordneter Pabst, ich muß sagen, daß ich maßlos erstaunt bin. Gerade Sie, der Sie in einem ganz besonderen Fall wissen, was ich alles unternommen habe und wie oft wir telephoniert haben und wie schnell wir ihn erledigt haben, da bin ich einigermaßen überrascht. Ich stelle nur fest, daß von der Rechtsabteilung 9 alle Fälle gleich und so rasch als möglich behandelt werden. Aber nun muß ich etwas hinzufügen. (Landeshauptmann Krainer: „Mir hat jemand gesagt, daß Sie zu lange politische Erhebungen zu führen pflegen!“) Herr Landeshauptmann, ich pflege überhaupt keine politischen Erhebungen. Falls Ihnen das nicht bekannt sein sollte, möchte ich Ihnen das jetzt gesagt haben. (Zwischen-

ruf von der SPO: „Beim Heinrich Fuchs wahrscheinlich!“) Ja, mein Gott, da gibt es eine Reihe interessanter Fälle, und die Interventionen, die für die einzelnen Fälle gemacht werden, die werden von allen Kreisen, von Funktionären der Regierung und von Abgeordneten gemacht. Und es kommt natürlich dabei nicht selten vor, daß die Abgeordneten oder die Regierungsmitglieder beider Parteien in ein und demselben Fall intervenieren und glauben, daß sie da eine besondere Sache lösen. Nun, bitte — aber hier muß ich noch hinzufügen zur vollen Beantwortung der Feststellungen des Herrn Abgeordneten Pabst. Wir sind ja in vielen Fällen nur zur Mitförderung mit dem Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt eingeladen, und es gibt Akte, ich könnte Ihnen dies nachweisen, die liegen ein Jahr oder eineinhalb Jahre lang im Wohnungs- und Siedlungsamt, bis das Förderungsdarlehen von der Landesregierung beschlossen wird, und erst dann, wenn das beschlossen ist, dann kann von uns, von der Fürsorge aus, die zweite Förderung für Kinderreiche gemacht werden. Ganz abgesehen davon, erlaube ich mir heute festzustellen, daß diese Aktion, die vor fast 10 Jahren von meiner Amtsvorgängerin, Frau Landesrat Matzner, ins Leben gerufen wurde, eine sehr, sehr positive Entwicklung genommen hat. Wenn wir den für das nächste Jahr im Budget eingesetzten Betrag den Aufwendungen zuzählen, die bisher für die Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien vom Land ausgegeben wurden, und zwar über einen Zeitabschnitt von 1956, wo sie eingeführt wurde, bis 1965, also einen Zeitraum von 10 Jahren, dann können wir feststellen, daß das Land über 13 Millionen Schilling für die Wohnraumbeschaffung kinderreicher Familien aufgewendet hat, und dazu kommen noch die rund 5 Millionen Schilling, die von den Bezirksfürsorgeverbänden erbracht wurden, die sich ja anteilmäßig mit 25 oder 30% an den einzelnen Fällen beteiligen. Insgesamt sind also bis jetzt 400 Familien erfaßt worden in dieser Wohnraumbeschaffung kinderreicher Familien, und wenn wir den Betrag des nächsten Jahres dazurechnen, kann man also sagen, daß etwa im Zeitabschnitt von 10 Jahren 500 kinderreiche Familien, welche im Durchschnitt 8 Kinder hatten, hier eine sehr entscheidende, wirklich echte Hilfe erhalten haben. Wenn der eine oder andere Fall vielleicht einmal dabei ist, der im nachhinein Schwierigkeiten macht, und wenn man vielleicht sagt, das ist nicht richtig gewesen, daß man dafür Geld ausgegeben hat, dann muß man das damit doch bewenden lassen, daß wir bei der Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien vor allem doch auf die Kinder Bedacht zu nehmen haben, und wenn der eine oder andere Elternteil versagt, so müssen wir uns doch immer wieder sagen, daß wir hier für die Kinder etwas sehr Gutes und sehr Positives in jedem Falle doch geschaffen haben.

Abschließend möchte ich noch vermerken und erfreulich feststellen, weil damit die Befürsorgten im Lande doch bestimmt eine große Freude haben, daß am Montag die Landesregierung beschlossen hat, die Fürsorgerichtsätze um 10% zu erhöhen. Das bedeutet unter Miteinbeziehung der letzten Erhöhungen — die letzte war am 1. November 1963 —, daß in diesem Zeitraum vom 1. November 1963 bis

1. Jänner 1965 die Fürsorgerichtsätze um rund 20% erhöht wurden, wie wir auch die Blindenbeihilfen erhöht haben, wie wir auch das Taschengeld in allen unseren Heimen erhöht haben, so daß man wirklich abschließend sagen kann, wenn man unsere Fürsorgemaßnahmen im Vergleich mit allen österreichischen Bundesländern betrachtet, daß wir sehr gut vorangekommen sind, wenn das auch nicht heißt, daß wir jetzt alle Wünsche oder alle Hoffnungen erfüllt hätten. Es gibt gerade auf diesem Sektor noch sehr, sehr viel zu tun, denn wir wollen nicht vergessen, daß gerade die Fürsorgemaßnahmen jene Maßnahmen sind, die in erster Linie menschliche Probleme betreffen. Wir haben selbstverständlich auch bei allen unseren Maßnahmen immer wieder besonders Bedacht darauf zu legen, daß die Selbsthilfe nicht erlahmt oder ganz verkümmert, weil wir ansonsten doch zu stark nur aus der öffentlichen Hand eingreifen müssen.

Am Schlusse meiner Ausführungen darf ich den Damen und Herren des Hohen Hauses danken für Ihre verständnisvolle Unterstützung, auch der Hohen Landesregierung, allen meinen Mitarbeitern, an der Spitze Herrn Hofrat Dr. Lauppert, und allen freiwilligen Helfern im Wohlfahrtsdienst, die mit großem Idealismus unter Einsatz oft ihrer ganzen Freizeit sich dieser Aufgabe zur Verfügung stellen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erteile der Frau Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Lendl: Ich möchte meinen Antrag wiederholen und das Hohe Haus bitten, den Ansätzen der Gruppe 4 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 4 ist angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung zwecks Lüftung des Saales auf 30 Minuten.

(Unterbrechung 19.10 Uhr; Fortsetzung: 19.50 Uhr.)

Präsident: Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 5, „Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung“. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Klobasa: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Wie alljährlich, sind die Ansätze der Gruppe 5 wieder entsprechend dem Aufgabenbereich sehr hoch. Diese Gruppe umfaßt das gesamte Gesundheitswesen und die körperliche Ertüchtigung im Lande Steiermark. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 321,819.200 S, die Ausgaben werden aber 490,221.700 S betragen, das sind um 11,4% mehr als für das laufende Jahr vorgesehen war. Vergleichen wir die Ausgabenziffer für das kommende Jahr mit den tatsächlichen Ausgaben der Gruppe 5, z. B. des Jahres 1960, so ergibt sich eine Steigerung um 53%. Die 16 Krankenanstalten nehmen den weitest aus größten Betrag für sich in Anspruch, nämlich

über 366 Millionen Schilling, das sind rund 75% der Gesamtausgaben dieser Gruppe; davon wieder das Landeskrankenhaus Graz, das eines der größten Europas ist, allein über 204 Millionen Schilling. Weiters wurden veranschlagt: für die Distriktsärzte 3½ Millionen Schilling und für die Beratungstätigkeit in der Gesundheitsfürsorge 6,3 Millionen Schilling. Einen erheblichen Aufwand erfordern das Landes-Lungenkrankenhaus Hörgas und Enzenbach und die Sonnenheilstätte Stolzalpe, nämlich 41 Millionen Schilling. Für die Heil- und Pflegeanstalten wurden rund 57 Millionen Schilling veranschlagt. Für die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend wurden 4 Millionen Schilling vorgesehen. Der Jugendförderung wieder — hier handelt es sich um Ferienaktionen im In- und Ausland, Aktion gegen Schmutz und Schund, Förderung der Jugendverbände, der Jungbürger-Feiern u. ä. — wird vom Land ein Betrag von 2,7 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Nicht unerwähnt soll der Beitrag zur Errichtung von Jugendherbergen in der Höhe von 1 Million Schilling bleiben.

Meine Damen und Herren! Wenn auch die Gruppe 5 fast ein Viertel des Gesamtvoranschlages ausmacht, darf nicht übersehen werden, daß mit diesen Mitteln in erster Linie kranken Menschen geholfen werden soll. Diese Gelder kommen daher — aus der Gesamtsicht des Landes gesehen — in erster Linie wieder dem Lande zugute, denn das Land braucht gesunde und arbeitsfähige Menschen.

Der Finanzausschuß hat am 4. Dezember d. J. ausführlich das Kapitel „Gesundheitswesen“ behandelt und ist zur Überzeugung gekommen, daß das Hohe Haus den Ansätzen der Gruppe 5 die Zustimmung geben soll.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich stelle daher namens des Finanzausschusses den Antrag, den Ansätzen der Gruppe 5 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hofbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte zur Gruppe der Landeskrankenhäuser einiges sagen, aus dem einfachen Grund, weil wir alle wissen, daß in den letzten 10 bis 12 Jahren für die Landeskrankenhäuser im politischen Bezirk Liezen sehr wesentliches geleistet wurde. Wir können nicht genug dankbar sein, daß das Land Steiermark die Kosten für die Landeskrankenhäuser übernommen hat. Ich brauche nur an die Presse der letzten Tage erinnern, wo man lesen konnte, was sich z. B. in Niederösterreich in St. Ulrich abgespielt hat, wo die Gemeinden kaum noch für die Kosten der Krankenhäuser aufkommen können. Ich darf wohl sagen, daß der 30. Oktober 1964 ein schöner Tag für die Bevölkerung des Ausseer-Landes war — entschuldigen Sie, wenn ich mit dem Landeskrankenhaus Bad Aussee anfangen — als in aller Stille der Neubau des Landeskrankenhauses Bad Aussee übergeben wurde. Ich weiß, daß noch 1965 beim Altbau verschiedene Adaptierungsarbeiten vorgenommen werden müssen, aber immerhin, wenn man bedenkt, daß wir 1955, als das Landeskrankenhaus Bad Aussee übernommen wurde, dort nur 38 Betten hatten, wissen

wir heute, daß wir dort 80 Krankenbetten haben. Ich betone besonders „Krankenbetten“, weil jeder in diesem Hohen Hause weiß, daß mit dem Bau und der Errichtung von Krankenbetten in Landeskrankenhäusern eine Menge anderer Um- und Zubauten vorgenommen werden muß. Wir wissen z. B. alle, daß für das Pflegepersonal usw. die nötigen Räume geschaffen werden müssen, um überhaupt Pflegepersonal dort unterzubringen. Man weiß — und das ist ja nichts Neues — daß der Erweiterungsbau rund 10 Millionen Schilling gekostet hat und daß der Zubau, der im nächsten Jahr, also im Jahr 1965, begonnen und wahrscheinlich auch vollendet werden wird, Gesamtkosten von 13,1 Millionen Schilling verursachen wird. Besonders für Bad Aussee, wo man in der Umgebung Orte wie Tauplitz-Ort usw. hat, die besondere Fremdenverkehrsgebiete sind, kann man es nicht genug begrüßen, daß die zuständigen Referenten hier das, was sie vor 10 Jahren versprochen haben — zuerst Landesrat Schachner, dann Landesrat Sebastian — auch durchgeführt haben, wofür ich der Hohen Landesregierung besonders danken möchte.

Wir haben heute beim Erweiterungsbau ein neues Zentralkesselhaus mit Ölfeuerung, eine neue Hauptküche mit Personal- und Speiseräumen, zwei Krankenstationsteile mit 38 Betten, weiters Zimmer mit 12 Personalbetten für das Pflegepersonal. Sie alle, die Sie oben waren, wissen, daß das Krankenhaus in Bad Aussee nicht sehr günstig liegt, weil es an der einen Seite an der Grundlseer Traun und auf der anderen Seite an der Grundlseer Straße liegt. Aber man darf sagen, wenn im Jahr 1965 auch beim alten Bau die Adaptierungsarbeiten abgeschlossen sein werden, daß es sich schön und würdig in das Gesamtbild von Bad Aussee einreicht. Wir wissen weiter, daß die Einrichtung bisher 700.000 S gekostet hat und der erste Teil der ärztlichen Einrichtung rund 100.000 S. Der Rest und sonstige ärztliche Einrichtungen folgen im nächsten Jahr. Ich denke auch daran, wie schnell das gegangen ist. Der Baubeginn war 1961; 1962 war der Umbau fertig und 1963 konnte zum Glück und zur großen Freude der Bevölkerung das Krankenhaus übergeben werden. Wir haben in diesem Herbst auch erlebt den Spatenstich für das Landeskrankenhaus in Rottenmann. Wer die Umgebung von Rottenmann kennt, der weiß, wie dringend auch dieser Neubau ist, weil in der unmittelbaren Umgebung vom Landeskrankenhaus Rottenmann, in Liezen, die große VOEST, die über 1300 Menschen beschäftigt, in Rottenmann die Bauknecht mit wiederum über 1000 Personen und in Trieben die Veitscher Magnesit wiederum mit wesentlich mehr als 1000 Beschäftigten ist. Da kann man erst ermessen, wie wichtig und wie dringend dieser Bau ist, weil ja ganz selbstverständlich der Andrang, wo die drei großen Betriebe in der Nähe sind, notgedrungenerweise groß ist. Daß das Admonter Gebiet noch dazugehört, versteht sich von selbst. Schauen Sie, verehrte Anwesende, wenn man sich das Krankenhaus von Rottenmann betrachtet, so hat man erst nach dem zweiten Weltkrieg die Bettenzahl auf 60 erhöht und ein Infektionsgebäude gebaut und um weitere 15 Betten vermehrt. Durch die Zusammen-

drängung hat man wohl 210 Krankenbetten untergebracht, aber es war trotz allem nicht möglich, die Patienten anständig unterzubringen. Wenn der Neubau, der etappenweise fertiggestellt werden soll, fertig ist, werden wir immerhin einen Krankenbettenbelag von 240 Betten haben. Ich bin mir dessen bewußt, daß das nicht auf einmal gehen kann, aber immerhin haben wir aus den Ausführungen beim Spatenstich vernommen, daß dieser Bau in Etappen rund 19 Millionen Schilling kosten wird. Ich glaube, daß das ein sehr großer Betrag ist und daß damit auch den Patienten vom Palten- und Liesingtal Rechnung getragen wird. Wenn man bedenkt, daß im vergangenen Jahr das evangelische Krankenhaus in Admont erbaut wurde und auch sehr beträchtliche Kosten von der Steiermärkischen Landesregierung hinaufgeflossen sind, so können wir wohl sagen, daß das Ennstal, das Paltental, in aller Zukunft, wenn die Ausbauten an Krankenhäusern vollendet sind, ich glaube, einigermaßen der Zeit entsprechend versorgt ist. Sie wissen alle, wenn man heute ein Krankenhaus modernisiert, daß es vielleicht in 5 oder 10 Jahren schon wiederum nicht mehr den Ansichten der Neuzeit entspricht. Aber ich bin überzeugt, es wird von der Landesregierung genauestens überprüft, damit man keine Fehlinvestition macht. Und ich glaube, es ist auch sehr dringend notwendig, wenn man weiß, daß man in Rottenmann einen neuen Operationssaal, einen Behandlungssaal usw. bauen will, daß man auch selbstverständlich in Rottenmann wieder an das Personal denken muß, das versteht sich alles von selbst.

Sehr verehrte Anwesende! Ich darf wohl im Namen des Bezirkes Liezen, von dem ich ja komme, der Landesregierung meinen herzlichen Dank aussprechen, daß wir für das obere Ennstal und das ganze schöne Gebiet das praktisch — ohne Verschulden der Landesregierung — nicht richtig krankenversorgt war, das waren die Umstände der Zeit, daß wir da einigermaßen zufrieden sein können. (Landshauptmann Krainer: „Und wenn das Krankenhaus 1956 nicht in unsere Hand gekommen wäre, würde es traurig ausschauen!“) 1955, Herr Landeshauptmann. Wenn ich dann noch sagen darf, daß man selbstverständlich auch an das Krankenhaus in Eisenerz gedacht hat. Eisenerz möchte ich besonders vermerken, weil ja das in einem Talkessel drinnen liegt und mit seiner Riesenbelegschaft in Eisenerz praktisch zugleich auch ein Unfallkrankenhaus ist. Und es ist sehr zu begrüßen, daß man auch in Eisenerz 1964 mit einem Erweiterungsbau begonnen hat. Der Rohbau im ersten Teil konnte Gott sei Dank schon 1964 fertiggestellt werden, und wir hoffen auch, daß 1965 der Abschluß sein kann. Genauso wie in allen anderen Krankenhäusern werden auch hier wieder Personalräume vergrößert und eine Gebärdstation und Nebenräume geschaffen. Auch diese Gesamtkosten werden 3,5 Millionen Schilling betragen. Ich darf sagen, daß wir allen zu Dank verpflichtet sind, wenn man in aller Zukunft beruhigt sein kann, wenn einem etwas passiert oder wenn ein Unfall geschieht, daß man in der nächsten Nähe ein Krankenhaus hat und also gut krankenversorgt sein wird. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Stepantschitz, ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich kann sehr schön anknüpfen an das, was mein Vorredner gesagt hat. Erfreulicherweise hat vor einigen Wochen ein Spatenstich stattgefunden in Rottenmann. Es ist ein Sonderzug hingeführt worden, und es war immerhin eine sehr herzliche und nette Feier, und alle haben sich gefreut, daß da ein Krankenhaus, das zu klein ist, jetzt größer werden soll. Aber einige Wochen später ist der Herr Bezirkshauptmann von Liezen mit dem Primarius dieses Krankenhauses nach Graz gekommen und hat verzweifelt geschrien, er braucht Ärzte, damit er das jetzige alte Krankenhaus weiterführen kann, denn er hatte nur mehr einen einzigen in der Station, und dieser hatte schon seit 9 Monaten keinen freien Tag. Meine Damen und Herren, als Blitzlicht wollte ich das Ihnen nachschicken. Es geht also nicht nur darum, Krankenhäuser zu bauen, es geht vor allem darum, auch die Menschen zu haben, daß in diesen Krankenhäusern auch wirklich gearbeitet wird. Das ist, meine Damen und Herren, eine Feststellung, kein Vorwurf. Die Ärzte sind eben nicht da, niemand in diesem Haus ist dafür verantwortlich. Aber ich glaube, man muß es auch in einem solchen Haus aufzeigen, daß da echte Mängel bestehen, und wir haben zu fordern, daß alles geschieht, daß die ärztliche Versorgung der Bevölkerung sichergestellt wird. Denn, obwohl wir die ärztliche Versorgung, auch was die Zahl betrifft, weit besser haben, als es in den Großstädten ist, ist es doch so, daß wir Krankenhäuser bauen, ohne genau zu wissen, ob sie auch wirklich ihren Zwecken in Zukunft zugeführt werden können. Ich möchte das anmerken. Ich möchte da sogleich die Feststellung anschließen, daß dieser Mangel ja nicht nur bei den Ärzten festzustellen ist. Gott sei Dank hat die Steiermark im Verhältnis zu den anderen Bundesländern noch eine große Anzahl von Schwestern und Schwesternschülerinnen. Ich darf hier noch einmal das sagen, was schon öfters hier gesagt wurde. Tun wir doch alles, was notwendig ist, damit die Schwesternschaft einen entsprechenden Nachwuchs hat! Achten wir diesen Beruf, indem wir zur Kenntnis nehmen, daß es einer der schwersten, aber auch einer der schönsten Berufe ist! Ich darf vielleicht auch anmerken, daß es mir zweckmäßig erscheint, wenn man für verdiente Schwestern bessere Aufstiegsmöglichkeiten schaffen würde. Wir müssen auch alles tun und es geschieht ja auch zum Großteil — damit das Personal, das man ja auch braucht, entsprechende Arbeitsbedingungen im Krankenhaus vorfindet. Nun, meine Damen und Herren, der Neubau in Rottenmann, das ist ja nur ein kleines Steinchen bei all dem, was derzeit in Steiermark geschieht. Wenn Sie das Budget durchgeblättert haben, und wir alle haben das getan, so finden wir im außerordentlichen Voranschlag vor allem zwei Blickpunkte, das ist der Bau der Kinderklinik und das ist der Zubau zur chirurgischen Klinik. Ich darf sagen, daß die Kinderklinik etwa 60 Millionen Schilling kosten wird und die Chirurgie etwa

80 Millionen Schilling, das sind also immerhin schon sehr erhebliche Beträge. Freilich, es muß nicht alles das Land Steiermark zahlen und ich darf also anmerken, ohne Persönlichkeitskult zu betreiben, daß auch die Bundesregierung diese Vorhaben sehr tatkräftig unterstützt hat. 40% der Beiträge werden ja vom Bund getragen.

Wir finden im außerordentlichen Voranschlag für Bauten insgesamt 51,561.000 S bedeckt vorgesehen. Das ist für das Land Steiermark ein sehr, sehr beachtlicher Betrag.

Es tut mir sehr leid, daß der Herr Abgeordnete Dr. Hueber nicht hier ist, denn das, was wir hier verbauen, ist ja eigentlich nicht im Sinne einer antizyklischen Politik, und nach dem, was Abgeordneter Dr. Hueber hier gesagt hat, müßte ich ja eigentlich Bedenken bekommen, ob wir überhaupt diesem Budget zustimmen dürfen. Denn er hat ja gemeint, beim Bund da werde vorgegriffen und das sei nicht antizyklisch und dem armen Finanzminister Dr. Kamitz ist sogar im Traum er selbst erschienen und hat ihm gesagt, daß ihm vor sich graue, weil er eben nicht das Gesetz des Zyklus und Antizyklus voll erfülle. Ich weiß also nicht, ob wir das erfüllen, und vielleicht passiert es sogar dem Herrn Abgeordneten Dr. Hueber, daß ihm einmal im Traum ein Dr. Hueber erscheint, der ihm sagt, „Friedrich, Friedrich, mir graut vor dir!“, und gleichsam mit vorgestrecktem Zeigefinger vor ihm stehen bleibt. Denn wo bleibt seine Konsequenz? Aber es ist halt manchmal die Wirklichkeit stärker als die Theorie. Und so ist es nicht nur im Bund, so ist es auch im Land. Gewisse Dinge sind eben nun einmal vordringlich und bei gewissen Dingen ist nun einmal ein Vorgriff für zukünftige Generationen notwendig. Wir bekennen uns also trotz dieser vorgetragenen Theorie dazu, daß diese Bauten durchgeführt und bedeckt werden. Wir brauchen sie zur Versorgung unserer Patienten, wir brauchen sie auch zu einer echten Forschung, die in Graz auf medizinischem Gebiet ja immer mit Erfolg betrieben worden ist. Es sind aber nicht nur die Bauten, die durchgeführt wurden oder die derzeit durchgeführt werden, es ist auch sonst — ich muß das anerkennend feststellen — in Steiermark von den zuständigen Stellen sehr viel geschehen, um auch die Arbeit im Krankenhaus zu erleichtern, um einen wirklich modernen Standard auf diesem Gebiete zu erzielen. Wenn ich von vielen Zahlen, die man Ihnen hier vorführen könnte, nur zwei anführe, so die, daß seit 1950 etwa 1500 Hirnoperationen in Graz durchgeführt wurden und daß bereits über 1000 Herz-Katheder in Graz gesetzt wurden, die in der Folge 144 schwere Herzoperationen ermöglicht haben. Das ist ein echter Fortschritt, der — wie gesagt — nicht nur den betroffenen Kranken dient, sondern der auch dazu beiträgt, daß der Ruf der medizinischen Schule der Grazer Universität weiter in entsprechendem Ausmaß in Europa zur Kenntnis genommen werden muß. Und, meine Damen und Herren, das alles kostet Geld. Es kostet Geld im außerordentlichen Voranschlag und das kostet natürlich auch Geld bei der laufenden Gebärung. Wenn ich mir das Budget so durchgeschaut und die verschiedenen Defizite zusammengerechnet habe,

dann komme ich dazu, daß die Krankenanstalten allein einen Abgang von etwa 120 Millionen Schilling haben. Dazu kommt noch der Abgang bei den Heil- und Pflegeanstalten von 26 Millionen Schilling. Das sind also ganz ansehnliche Beträge. Aber ich darf auch heute wieder sagen, was ich immer schon gesagt habe, wir bekennen uns auch dazu. Wir wissen, daß das Land die Verpflichtung hat, um die Gesundheit der Einwohner in diesem Land besorgt zu sein. Und wir wissen, das es eine vordringliche Aufgabe einer Gemeinschaft, wie der des Landes Steiermark ist, sich der Kranken und der Leidenden anzunehmen. Wir wissen, daß viel geschieht, daß das viel kostet und, meine Damen und Herren, ich wäre wahrscheinlich ein schlechter Budget-Redner, wenn ich nur loben würde und nicht auch Forderungen anmelden würde. Und ich muß das natürlich tun. Nicht deshalb — ich betone das —, weil ich meine, daß diese Forderungen schon längst hätten erfüllt werden können, sondern weil ich eben auch weiß, daß man auf gewisse Schwierigkeiten immer wieder und immer wieder hinweisen muß, damit letztlich doch auch diese Forderungen einmal verwirklicht werden.

Nun hat es einmal einen gewissen Gegensatz gegeben zwischen dem Herrn Landesrat und mir in puncto Alterskrankenhäuser. Ich habe festgestellt, daß Meinungsverschiedenheiten waren, Verschiedenheiten des Ausdruckes und nicht Verschiedenheiten bezüglich des Inhaltes. Wir meinen natürlich das gleiche, ob wir nun von einem Alterskrankenhaus sprechen oder von einem Krankenhaus für chronisch Kranke, oder ob wir, wie Herr Landesrat Gruber es gerade früher erwähnte, Fürsorgeanstalten ausbauen wollen. Es ist natürlich ganz gleich, wer sich der Sache annimmt, aber ich glaube also, daß es notwendig ist, auch Krankenanstalten zu schaffen — ich betone „Krankenanstalten“ — in denen Kranke leben, bei denen eben nicht eine Herzoperation durchgeführt wird und die auch nicht eine akute, schwere Erkrankung haben, sondern in denen eben chronisch Kranke liegen, die betreut werden müssen, die eine ärztliche Betreuung brauchen, die eine Schwester brauchen, aber die nicht diesen ganzen Aufwand notwendig haben, den man für schwere Fälle nun einmal notwendig braucht. Nun, meine Dame und Herren, es hat vielleicht manchem etwas demagogisch geklungen, weil ich einmal verlangt habe, daß chirurgische Betten geschaffen werden und auf der anderen Seite verlangte ich ein Krankenhaus für chronisch Kranke und das sei ein Widerspruch. Meine Damen und Herren! Unzählige Patienten liegen auf chirurgischen Abteilungen, die man ohne Schwierigkeiten in eine andere Abteilung verlegen könnte, wo sie gerade noch überwacht werden, für die man aber nicht mehr den Operationssaal und das Labor und weiß Gott was sonst noch, benötigt. Denken Sie bloß an den Schenkelhalsbruch der alten Menschen. Die Erstversorgung ist zweifellos eine schwierige Angelegenheit, wenn ich an die Nagelung denke. Aber wo der Kranke dann die übrigen 3, 4 oder 5 oder auch mehr Monate verbringt, das ist also die Frage, darum geht es, nur um ein Beispiel Ihnen vor Augen zu führen. Ich glaube also, wenn wir eine durchführbare und kostensparende Auswei-

tung unserer Krankenanstalten vor Augen haben — und die ist notwendig —, dann werden wir uns auch diesem Gebiet zuwenden müssen. Es geht also nicht nur um den weiteren Ausbau des Krankenzimmers, es geht nicht nur um diese Anstalten für „Alte“, wenn Sie mir diesen Ausdruck entschuldigen wollen, es geht also auch um eine Modernisierung der Nebeneinrichtungen, des technischen Dienstes. Auch hier ist sehr viel geschehen, auch hier ist sehr viel in Planung. Wie schwierig die Verhältnisse sind, darf ich rasch in einer Zahl Ihnen nahebringen: Die Wäscherei des Landeskrankenhauses Graz, im Jahre 1913 erbaut, war damals berechnet für die Bearbeitung von 360.000 kg Wäsche im Monat und heute sind es 1,713.000 kg. Das ist eine sehr beachtliche Steigerung der Kapazität und es ist bei der heutigen Einrichtung kaum mehr möglich, da mitzukommen. Wobei es ja nicht nur darum geht, daß die Wäsche gewaschen wird, in einem Krankenhaus ist es vor allem wichtig, daß die Wäsche schon auch sauber ist, das ist nicht einmal so wichtig, aber vor allem kommt es darauf an, daß die Wäsche keimfrei ist. Nun kann man heute bei den dortigen Einrichtungen das kaum mehr erreichen, denn bei dem Gedränge, das dort in der Wäscherei herrscht, ist es kaum möglich, die Wäsche tatsächlich auch keimfrei bis zum Patienten zu bringen. Das sind Probleme — ich habe von vielen nur eines herausgegriffen —, die auch einmal aufgezeigt werden müssen, damit auch die Öffentlichkeit versteht, wie teuer so ein Krankenhaus nun einmal kommt und wie vielschichtig die Aufgaben sind, mit denen sich eine verantwortungsbewußte Leitung eines Krankenhauses beschäftigen muß. Meine Damen und Herren, soviel zu den Krankenhäusern.

Ich darf noch eine Feststellung machen: Wir befinden uns, was das Gesundheitswesen betrifft, in einer völlig neuen Situation gerade jetzt und die wird herbeigeführt durch die Einführung der Bauernkasse. Es ist damit der letzte größere Berufsstand — es ist noch nicht perfekt, aber ich glaube, es ist ziemlich sicher — weg. Es bleibt dann nur mehr eine kleine Bevölkerungsgruppe über, wie Kaufleute etwa usw. Es ist also praktisch so, daß die ganze Bevölkerung bereits eine Krankenversicherung hat. Und nun darf ich doch auch zur Bauernkrankenkasse etwas sagen. Ich hoffe — bitte glauben Sie mir das — nicht nur als Arzt, sondern als jemand, der mit Verantwortungsbewußtsein eine Entwicklung verfolgt, die ich nicht bekämpfe und auch nicht für falsch halte, aber ich hoffe und verfolge mit besonderem Interesse, ob bei diesen Verhandlungen zwischen Bauernkrankenkasse und Ärztekammer, zwischen Menschen also, die sich mit der Versorgung von Kranken zu befassen haben, ob da nun wohl wirklich moderne Gesichtspunkte zur Geltung kommen, die zur Hoffnung berechtigen, daß dann das gesamte Krankenkassenwesen wirklich echt modernisiert wird. Verstehen Sie mich, bitte, nicht falsch. Ich will nicht die Leistungen der schon bestehenden Krankenkasse, die notwendig sind, herabsetzen. Es geht darum, daß man auch auf diesem Gebiet wie überall sich von Zeit zu Zeit überlegen muß, ob der Weg, den man geht, der konkrete Weg in seinen Einzelheiten der einzig

mögliche und der absolut richtige ist. Ich glaube also, daß es wichtig ist, wenn bei den Bauernkrankenkassen der Selbstbehalt eingeführt wird, weil es ja nicht darum geht, das Gesamtrisiko in jedem Fall zu überwälzen, sondern weil es natürlich auch bei der Krankenversicherung darum gehen muß, daß der einzelne mit ein Interesse hat an einer sauberen Führung, Gestaltung und Verwaltung der Krankenkasse. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ich weiß, daß das geschieht, ich habe auch nicht behauptet, daß jemand betrügt. Ich habe behauptet, daß das jetzige System nicht ideal ist, und ich glaube, darüber ist keine weitere Diskussion notwendig. Ich glaube, daß das Zweite sehr wesentlich ist, daß bei der Bauernkrankenkasse keine Begrenzung der Zeitdauer des Krankenhausaufenthaltes eingeführt wird. Ich erlebe es als Arzt ja immer wieder, vor welchem Problem hart getroffene Familien dann stehen, wenn einmal ein Krebskranker 6 Monate oder noch länger im Krankenhaus sein muß. Ja, meine Damen und Herren, man kann ihn schon entlassen. Ich kann schon die Rettung anrufen und sagen: „Führen Sie den nach Hause, da ist sowieso nichts mehr zu machen.“ Aber ich brauche Ihnen hier nicht die sozialen Folgen einer solchen ärztlichen oder eher unärztlichen Handlung vorzuführen. Ich möchte also hoffen, daß gerade auch hier ein echter Fortschritt erzielt wird.

Und nun, schauen Sie, ich gebe mich wirklich keiner Illusion hin. Wir sind auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ja gar nicht in der Lage, neue kleine Krankenkassen zu führen, obwohl wir es wissen, daß kleine Krankenkassen noch eine echte Selbstverwaltung ermöglichen, wo der Gesunde für den Kranken sorgt und den vielleicht eingebildeten Kranken kontrolliert, um das etwas vorsichtig auszudrücken. Aber ich weiß, daß die Entwicklung eines zeigt, daß die Entwicklung nicht in Richtung kleine Krankenkasse läuft, sondern in Richtung große Krankenkasse. Aber überlegen wir uns doch, bitte, und zwar ohne Voreingenommenheit und ohne das Gefühl, da wird schon irgend jemand wieder asozial in irgendeiner Weise wieder etwas vorhaben, überlegen wir uns doch, ob es nicht auch im Bereich einer großen Krankenkasse möglich ist, auf einzelnen Gebieten eine Art Selbstkontrolle durchzuführen, sei es durch die Ausschüttung einer Prämie für einen bestimmten Betrieb, wo man festgestellt hat, daß hier wirklich echt und gerne gearbeitet wird. Das ist alles, meine Damen und Herren, glauben Sie mir das, aus echtem Verantwortungsbewußtsein von mir hier dargebracht worden, nicht gegenüber dem Arztstand, den ich natürlich verrete, weil ich ihm angehöre, aber ich bin nicht als Arztevertreter hier, das ist vorgetragen worden in echter Verantwortlichkeit, weil ich glaube, daß wir sehr, sehr aufpassen müssen, daß uns all das, was wir auf sozialem Gebiet vorhaben und vorhaben müssen und durchführen müssen, nicht irgendeinmal über den Kopf wächst, weil ich sehr, sehr der Meinung bin, daß wir trotz allem sozialen Fortschritt, den wir so unerhört begrüßen, auch immer wieder dafür sorgen müssen, daß der Mensch nicht nur betreut wird, wenn er Hilfe braucht, sondern daß der Mensch auch echt, persönlich mitverantworten muß. (Landeshaupt-

mann Krainer: „So ist es!“) Das also zum Kapitel Krankenkasse.

Und nun komme ich bereits zum letzten meiner Themen. Ich will noch kurz sprechen über die sogenannte prophylaktische Medizin, also über all die Dinge, die notwendig sind, um die Erkrankung der Menschen nach Möglichkeit zu verhindern. Viele von Ihnen haben wahrscheinlich auch vor einigen Wochen eine Fernsehreportage gesehen, in der uns dargestellt wurde, daß Österreich die höchste Jugendsterblichkeit hat. Nun, Statistiken sind immer mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, und im konkreten Fall war bei der Jugendsterblichkeit auch die Zahl der Unfälle miteingeschlossen, der Unfalltod, und dadurch war das Bild etwas verzerrt. Aber zweifellos ist es richtig, daß der Gesundheitszustand unserer jungen Menschen im allgemeinen nicht in Ordnung ist, und zwar nicht deshalb, weil sie zu wenig zu essen bekommen, und nicht deshalb, weil es zu wenig Ärzte gibt, sondern aus ganz anderen Gründen, weil wir alle mit der unerhörten Umstellung, die in den letzten Jahrzehnten vor sich gegangen ist, noch nicht fertig geworden sind. Darf ich Sie bitten, sich kurz zu überlegen, wie wir schon etwas Älteren unsere Jugend verbracht haben, was wir allein an sportlicher Leistung erbracht haben dadurch, daß wir radgefahren sind. Und wer kann heute noch radfahren? Auf den Straßen ist ja kein Platz mehr für den Radfahrer. Und wenn heute beim Bundesheer mit den Rekruten ein ganz gewöhnlicher Ausflug auf den Schöckel unternommen wird, dann ist das schon eine ganz schöne körperliche Beanspruchung der jungen Menschen. Früher war das so ein üblicher Familienausflug. Ja, die Menschen haben ja schon das Gehen verlernt, und bei vielen besteht die sportliche Betätigung darin, daß sie am Sonntag auf einen Fußballplatz gehen, dort dann zwei Schachteln Zigaretten rauchen und sich dann befriedigt wieder in ein Kino absetzen. Und darin liegt's. Ich glaube, wir müssen uns bemühen, daß unsere jungen Menschen wieder gehen lernen, wieder laufen lernen und wieder Sport betreiben, nicht als Zuseher, sondern auch aktiv. Und ich gebe jenem Redner, der das hier gesagt hat, daß das Ergebnis vom Tokio kein Zufall ist, recht. Nur, materielle Schwierigkeiten sind nicht dafür maßgebend, daß unser sportliches Niveau abgesunken ist, das ist wohl nicht wahr. Es ist die falsche Einstellung, die unsere jungen Menschen und die wir alle haben. Und jetzt möchte da vielleicht auch der Appell an die Eltern am Platz sein, auch die jungen Menschen nicht jeden Sonntag mit dem Auto mitzunehmen, sie möchten doch auch einmal wieder gehen. Das also zum Sport. Wir müssen alles tun, um Sportplätze in noch größerem Ausmaß als bisher unserer Jugend zugänglich zu machen. Wir müssen aber vor allem dafür sorgen, daß Sportgeist nicht gleichgesetzt wird allein mit dem Besuch des Fußballplatzes am Sonntag.

Nun, wir können nicht nur die Jugendertüchtigung betreiben, wir können auch aktiv verhindern, daß Krankheiten ausbrechen. Ich darf hier den Erfolg erwähnen, der ja beileibe kein politischer Erfolg ist, so ist das wirklich gemeint, den die Imp-

fung gegen die Kinderlähmung erzielt hat, nicht nur in der Steiermark, sondern in der ganzen Welt. Es ist das eine Seuche, die wahrscheinlich ausgerottet wurde, ganz sicher kann man das noch nicht sagen. Wir wissen natürlich nicht, welche anderen Krankheiten wieder auftreten, welche neuen Viren entstehen, mit welchen neuen Schwierigkeiten wir uns zu beschäftigen haben. Die epidemische Gelbsucht, die aus dem Osten zu uns hereingekommen ist, die macht uns auch schwer zu schaffen. Es geht aber auch, meine Damen und Herren, um die rechtzeitige Erkennung von Krankheiten. Es geht auch darum, daß man rechtzeitig eingreift, wenn etwa Tuberkulose ausgebrochen ist. Der Röntgenzug, den die Steiermärkische Landesregierung immer noch in Betrieb hält, obwohl er sehr viel kostet, hat auf diesem Gebiet sehr viel Gutes erreicht. Es ist eine ganze Reihe von Erkrankungen frühzeitig festgestellt worden, es konnten die Patienten in Heilstätten eingewiesen werden, und es konnte rechtzeitig eine Behandlung veranlaßt werden. Aber hiezu möchte ich mir auch erlauben, eine Anregung zu geben. Auch das Bundesheer hat in Graz einen Röntgenzug. Der Röntgenzug des Bundesheeres ist der modernere, er ist etwa 6 Wochen im Jahr in Betrieb, während der von der Landesregierung etwa 4 bis 5 Monate im Jahr in Betrieb ist, vielleicht könnte man hier die Aufgabe vereinigen und dem Bundesheer auch die Aufgaben des Röntgenzuges, der derzeit beim Land seinen Dienst tut, übertragen. Wir würden dabei eine Ausnützung dieser wirklich modernen Anlage erreichen und gleichzeitig auch den Menschen draußen zeigen, daß das Bundesheer nicht nur dazu da ist, um die jungen Menschen in den Krieg zu schicken, sondern daß das Bundesheer gerade auch bei der Ertüchtigung der jungen Menschen und auf dem Gebiet des Gesundheitsdienstes sehr wesentliche Aufgaben erfüllen kann, erfüllen soll und auch tatsächlich erfüllt. Wir brauchen auch — ich sage das immer wieder, und ich hoffe, daß auch auf dem Gebiet mit der Zeit die Verhältnisse so werden, wie sie sein sollen — einen Ausbau unseres Gesundheitsdienstes vor allem auf dem flachen Land, einen Ausbau des Gesundheitsdienstes und eine endgültige Fixierung des distriktsärztlichen Dienstes, damit auch hier alles geschehen kann, was auf diesem Gebiet notwendig ist. Und wir brauchen auch, worauf die Frau Abgeordnete Psonder gestern schon hingewiesen hat bei der Gruppe 0, eine entsprechende Lebensmittelüberwachung. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, daß auf diesem Gebiet noch nicht alles in Ordnung ist. Ich freue mich, daß einige Lebensmittelinspektoren mehr jetzt in der Steiermark tätig sein werden, aber ich weiß, daß auch hier noch manches nicht in Ordnung ist, und nur, Frau Abgeordnete, zu Ihrer persönlichen Beruhigung, wenn ich so sagen darf, soweit ich erfahren habe, wird Schwefel bei Sauerkraut nicht verwendet, und wir sind genauso wie Sie gegen jeden Schwefel. (Gelächter.) Ich bin nun bereits am Ende. Ich habe begonnen mit dem Ausbau des Krankenhauses Rottenmann. Hoffen wir, daß die Bauten, die das Land Steiermark errichtet, jetzt und auch in Zukunft, daß diese Bauten erfüllt sind von einem echten Geist

der tätigen Liebe, daß sie auch erfüllt sind von Menschen, die sich bereit erklärt haben, hier zu arbeiten, als Wärter oder als Diener oder Schwester.

Hoffen wir, daß in der Bevölkerung der Geist des Helfens weiterhin erhalten bleibt. Die Steiermark kann mit dem, was bisher erreicht wurde, zweifellos zufrieden sein. Die Steiermark kann zufrieden sein bis heute, was gebaut und was geleistet wurde. Die Steiermark als solche hat allen Grund, jenen zu danken, die auf dem Gebiete des Gesundheitswesens tätig sind, sei es als politischer Mandatar, sei es als Körperschaft oder Krankenkasse, sei es selbsttätig am Krankenbett, als Arzt, als Schwester. Die Steiermark hat allen Grund, denen zu danken, und die Steiermark kann wirklich echt hoffen, daß auch in Zukunft auf diesem Gebiet die Aufgabe, die uns allen gestellt ist, erfolgreich erfüllt werden wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Pölzl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben vom Herrn Abgeordneten Primarius Dr. Stepantschitz verschiedene Zahlen gehört. 120 Millionen Schilling — nicht ganz — beträgt der Zuschuß des Landes Steiermark für die Krankenanstalten, 26 Millionen Schilling zu den Heil- und Pflegenanstalten, also rund 150 Millionen Schilling. Mit dem Abgeordneten Stöffler, unserem Brandl und Prenner zusammen, habe ich einen Antrag eingebracht, die Landesregierung möge einen Vorstoß unternehmen, bei der Allgemeinen Unfall- und Schadensversicherungsgesellschaft, daß sie gerade bei den Schnittpunkten, wo durch die Verkehrsunfälle die dringendste Notwendigkeit entsteht, z. B. in Bruck und in Liezen, Unfallkrankenhäuser errichtet. Darüber hinaus möchte ich noch sagen, daß nicht nur die Allgemeinen Unfallversicherungsanstalten herangezogen werden sollen, sondern auch alle Haftpflichtversicherungsanstalten. Denn, meine Damen und Herren, die Haftpflichtversicherungsanstalten, wenn sie gemeinsam Unfallstationen errichten, haben dadurch unbedingt Ersparnisse zu erwarten. Wenn wir nur die Zahlen des Jahres 1963 nehmen, 10.500 Verletzte, 326 Tote, sieht man daraus, welche Belastungen für diese Haftpflichtversicherungsanstalten entstanden sind. Ein Verletzter, der um eine halbe Stunde früher zur Operation kommt, wird höchstwahrscheinlich einer Haftpflichtversicherungsanstalt weniger kosten, als einer der von Liezen nach Graz transportiert werden muß, weil bei ihm in Graz eine schwere Operation vorgenommen werden soll und der unter Umständen ja diesen Transport gar nicht mehr überstehen wird. Diese Forderung des OVP-Klubs an die Landesregierung, hier einzutreten, soll kein politisches Luftgeschäft sein, sondern es ist für uns ein ernstes Anliegen. Zur Winterszeit vergeht kein Tag, an dem man in den Zeitungen nicht über eine Anzahl von Unfällen lesen kann, und es vergeht keine Woche, ohne einen oder mehr Tote zu beklagen. Für den Kraftfahrer ist es schon ein unangenehmes Gefühl, wenn er bei Nebel und Eis dienstlich — denn bei dieser Jahreszeit gibt es ja wenige, die aus Ver-

gnügen reisen — eine Fahrt unternehmen muß, und weiß, daß die Landeskrankenhäuser in den Provinzen nicht in der Lage sind, Unfallsfälle aufzunehmen, weil das Land Steiermark nicht über die nötigen Mittel verfügt, um dort modernste Unfallstationen zu errichten. Der Fahrer weiß also, daß er dann noch einen weiten Transport vor sich hat und eventuell gar nicht mehr gerettet werden kann.

Ich darf also das Hohe Haus ersuchen, wenn dieser Antrag zur Abstimmung kommt, ihm mit uns zusammen aus ganzem Herzen zuzustimmen. Es ist für uns ein ernstes Anliegen und ich glaube, es ist ein völlig neuer Vorstoß, denn dieser Weg wurde bisher noch nicht gegangen. Wir müssen aber einmal davon abgehen, daß immer nur das Land, daß immer nur der Bund für die Zwecke der Krankenversorgung aufzukommen haben. Auch die Versicherungsanstalten müssen herangezogen werden, um hier Abhilfe zu schaffen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ileschitz.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich würde es gerne sehen, daß die Ausführungen des Herrn Primarius Dr. Stepantschitz Vertreter einer gewissen Presse gehört hätten, die es niemals unterlassen kann, in sehr gehässiger Art und Weise über die Krankenversicherung, aber auch über die ärztliche Versorgung zu schreiben. Ein Wiener Boulevardblatt (Abg. Dr. Rainer: „Expreß!“), das am Montag immer in der Steiermark vertrieben wird, hat wieder einmal in demagogischer Weise es für notwendig befunden, Angriffe gegen die Krankenkasse zu starten. Es bringt diese unabhängige Zeitung in ihrer Ausgabe vom 14. Dezember 1964 die Meldung, daß die Krankenkasse einer alten Frau ein lebensnotwendiges Medikament nicht zur Verfügung gestellt hätte, obwohl durch mehrere Tage über den Rundfunk in SOS-Aussendungen um dessen Beistellung gebeten worden wäre. Man schrieb aber wohlweislich nichts davon, ob diese Frau krankenversichert ist. Wahrscheinlich nicht. Alles nur, um wieder einmal in gehässiger Weise Gift verspritzen zu können.

Wie sieht es aber nun in der Krankenversicherung wirklich aus? Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse betreut derzeit 340.000 Versicherte. Mit den anspruchsberechtigten Angehörigen sind es insgesamt 510.000 Personen. Das heißt, fast die Hälfte der steirischen Bevölkerung wird durch die Steierm. Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte betreut. Gegenüber 1959 ist die Zahl der Versicherten um 7½% gestiegen. Von den 340.000 Versicherten sind 231.900 unselbständig erwerbstätig, davon 72% Arbeiter und 28% Angestellte. Des weiteren entfallen von der Gesamtzahl 23,5%, das sind über 80.000, auf die Versicherten-gruppe der Pensionisten. Diese Zahl stieg gegenüber 1959 um 12½%, also eine ungeheure Steigerungsquote. Der Beitragssatz für die Krankenversicherung hat sich gegenüber 1959 für die Dienstnehmer und Dienstgeber nur um 0,15% erhöht. Der derzeitige Satz für Arbeiter liegt bei 7,3%, der für Angestellte bei 4,8%. Nun noch etwas sehr Wichtiges. Die

durchschnittliche Beitragsgrundlage mit Stichtag 1. Februar 1959 betrug 1436 S in der Steiermark. Sie erhöhte sich um 36,1% auf 1954 S derzeit. (Zwischenruf: „In Wien auch und nicht nur in der Steiermark!“) Ja, darauf kommen wir noch zu sprechen. (Abg. Leitner: „Das sind die höheren Löhne in der Steiermark!“) Derzeit ist die Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlage in der Steiermark um 5,24% niedriger als der Bundesdurchschnitt aller Krankenversicherungsträger in Österreich. Gründe für die niedrigere durchschnittliche Beitragsgrundlage in der Steiermark sind: die größeren Betriebe der Steiermark, deren Durchschnittslöhne und Gehälter relativ hoch sind, haben eigene Betriebskrankenkassen. Begreiflicherweise hat Oberösterreich keine Betriebskrankenkassen. Diese guten Risiken fehlen der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse. Dazu kommt, daß mehr als 10% der Versicherten Lehrlinge sind, in einer Anzahl von rund 25.000. 32% der in Beschäftigung stehenden Versicherten sind in Kleinbetrieben beschäftigt, deren Löhne und Gehälter zwangsläufig niedriger sind als in der Industrie. 24% sind in Mittelbetrieben beschäftigt. Nur 44% aller Versicherten, die in Beschäftigung stehen, sind in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten. Wenn man die Versicherten innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige ansieht, so ist als weiterer Grund für die niedrigere durchschnittliche Beitragsgrundlage in der Steiermark auch die Tatsache zu werten, daß 30% aller Versicherten in Dienstleistungsbetrieben, Hauswartungen und Haushaltungen beschäftigt sind. Nur 58% sind im verarbeitenden Gewerbe und in Industriebetrieben beschäftigt. Nun, eine Antwort auf die Schreibweise dieser Zeitungen, und zwar die Leistungen der Krankenkasse: Innerhalb der letzten 5 Jahre, von 1959 bis 1963, wurden durch die Vertragsärzte der Kasse rund 7 Millionen Behandlungsfälle mit der Kasse verrechnet. In dieser Zahl sind 300.000 Behandlungsfälle bei den Vertragseinrichtungen, also Krankenhaus, Ambulanzen mit inbegriffen. Während 1959 23% der Beitragseinnahmen für die ärztliche Hilfe aufgewendet wurden, waren es 1963 fast 27%. Es werden also immer mehr Beiträge der Versicherten für die ärztliche Betreuung aufgewendet. Seit 1959 wurde das ärztliche Honorierungssystem ausgebaut, da seit diesem Zeitpunkt die Besuchsverrechnung eingeführt wurde und darüber hinaus weitere Sonderleistungen neben der Pauschalhonorierung für den Krankenschein in die Honorierung einbezogen wurden. Die Zahl der abgerechneten Zahnbehandlungsfälle in den letzten 5 Jahren beträgt 1,760.000. Der dafür erforderliche Aufwand stieg, wie Sie aus den weiteren Ausführungen entnehmen werden, nicht unbeträchtlich. Die Fachambulatorien der Kasse weisen in den letzten Jahren ständig hohe Patienten- und Behandlungszahlen auf. Einzelne Ambulatorien konnten sogar eine beachtliche Steigerung der Frequenzzahlen feststellen. Dies führte dazu, daß die Selbstverwaltungskörper der Kasse den Bau eines Ambulatoriumsgebäudes beschlossen. Durch den Bau konnten alle Ambulatorien der Entwicklung der modernen Wissenschaft folgend mit den erforderlichen medizinisch-technischen Geräten und Einrich-

tungen ausgestattet werden. Die Ambulatorien bieten zum Teil völlig neue Behandlungsmethoden, die den Versicherten außerhalb der Ambulatorien nicht oder nicht ausreichend geboten werden können. Dies gilt vor allem für die Behandlung der Erkrankung der Atmungsorgane. So wurden zwei Bonner Klimakammern eingeführt, in denen durch Unterdruck atmosphärische Verhältnisse geschaffen werden, wie sie etwa in einer Höhe von 2500 bis 4000 m herrschen, dies ist für die Behandlung von Keuchhusten, Bronchitis, Asthma und allergischen Krankheiten, wie Heuschnupfen, besonders geeignet. Die Klimakammern wurden nach den Forschungen in der Luftfahrtsmedizin nach einem deutschen Patent in Kugelformbauweise gestaltet. Die Schwestern können die Patienten durch Bullaugen beobachten und sind mit ihnen durch eine Sprechanlage in Verbindung. Nicht allein medizinische und volksgesundheitliche Erwägungen, auch wirtschaftliche Gründe verlangen immer dringender eine intensive Bekämpfung der rheumatischen Leiden. Die Kasse hat sich deshalb entschlossen, eine Sonderstation zu errichten, die sich in eine Abteilung für Unterwassertherapie und Heilgymnastik, in eine balneo-schlammtherapeutische Abteilung und schließlich in eine Hydro- und Elektrotherapie-Abteilung gliedert. Das Röntgenambulatorium wurde nach dem letzten Stand der Technik eingerichtet. Die neue Anlage besteht aus einem Durchleuchtungsapparat mit Bildverstärker und Televisions-Einrichtung, einem Aufnahmeapparat und einer automatischen Filmentwicklungsanlage. Die Anlage bietet den Röntgenologen vielerlei Auswertungs- und Bedienungsvorteile. Außerdem wurde die Strahlengefährdung für Arzt und Patienten bedeutend herabgesetzt. Außer diesen genannten Ambulatorien befinden sich in diesem Gebäude die ebenfalls neuzeitlich eingerichteten Ambulatorien für Augenkrankheiten, für Chirurgie, für Gynäkologie, innere Krankheiten, Nervenkrankheiten, für Orthopädie, ein Zahnambulatorium und ein med. techn. Ambulatorium. Allein im November d. J. wurden in den Ambulatorien der Kasse 35.285 Behandlungen durchgeführt. Mit Eröffnung dieser Ambulatorien wurden die seit dem Kriegsende andauernden Bemühungen der Versicherungsvertreter erfolgreich abgeschlossen, die darauf abzielten, den Versicherten eine wirkungsvolle Heilbehandlung zu ermöglichen und ihnen darüber hinaus anstrengende und zeitraubende Wege zu den früher weit verstreuten Ambulatorien zu ersparen. An Arzneien und Heilmitteln wurden in den letzten 5½ Jahren durch Verordnungen durch die Vertragsärzte der Kasse je Versichertem die Mengen auf 23% erhöht. Dem bedeutenden Mehrbezug von Arzneien liegt nicht immer ein wirklicher, erhöhter Mehrbedarf zugrunde. Er ist vielmehr auf die riesige und mit großem Kostenaufwand betriebene Propaganda der pharmazeutischen Industrie zurückzuführen. Die besorgniserregende Entwicklung ist überdies von einer ständigen und beträchtlichen Erhöhung der Arzneipreise, die zum Teil durch die enormen Reklamekosten bedingt sind, begleitet. Innerhalb der letzten 5 Jahre wurden von den Vertragsärzten und den Ambulatorien der Krankenkasse insgesamt mehr als 23 Millionen Heilmittelverordnungen für

die Versicherten und die Angehörigen verschrieben. Der Nettoaufwand stieg gegenüber 1959 um 60%. Allein im Jahre 1963 erreichten die Aufwendungen für Heilmittel die Höhe von fast 75 Millionen Schilling. Die Aufwendungen der Kasse für die Krankenhauspflege betragen in den letzten 5 Jahren für mehr als 6 Millionen Verpflegstage rund 391 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die Steiermark sowohl im Durchschnitt als auch in der Relation zu anderen Bundesländern mit 16 Landeskrankenanstalten — insgesamt sind in der Steiermark 45 Krankenanstalten mit 11.068 Spitalsbetten — über die weitaus meisten Spitalsbetten verfügt. In Steiermark entfallen auf je 1000 Versicherte 32,2 Spitalsbetten, während im Bundesdurchschnitt auf je 1000 Versicherte 21,6 Spitalsbetten entfallen. Dies führt natürlich dazu, daß der Aufwand für Anstaltspflege im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen mit 20,3% um 3,6% über dem Bundesdurchschnitt liegt. Aber auch die Mutterschaftsleistungen der Kasse sind gewaltig gestiegen. Wir müssen feststellen, daß immer mehr Frauen Krankenanstalten zur Entbindung aufsuchen. Im Vorjahr begaben sich rund 70% der Wöchnerinnen zur Entbindung in Anstaltspflege. Der Gesamtaufwand für einen Mutterschaftsfall betrug bei den in Beschäftigung stehenden Frauen im Durchschnitt pro Fall 4457 S. Vom Gesamtaufwand für Mutterschaftsleistungen im Jahre 1963 in der Höhe von 37,4 Millionen Schilling entfallen fast 17% auf die Familienangehörigen. Die schlechte finanzielle Lage der Krankenkasse verhindert leider eine großzügigere Heilfürsorge und Krankheitsverhütung. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen gewährt die Kasse Heilstätten-, Kur- und Genesungsaufenthalte bzw. Kostenzuschüsse. Insgesamt wurden für diesen Zweck in den letzten 5 Jahren über 23 Millionen Schilling aufgewendet. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge und Krankheitsverhütung führt die Kasse auch ärztliche Untersuchungen von in Beschäftigung stehenden Jugendlichen durch. In den letzten 5 Jahren wurden 112.409 Jugendliche untersucht. Davon hatten 59,3% einen sehr guten Gesundheitszustand, 34,5% einen guten, während 6860 Jugendliche oder 6,11% einen schlechten Gesundheitszustand aufzuweisen hatten. Bei den im Vorjahr untersuchten Jugendlichen wurden bei 24% der untersuchten Jugendlichen Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates festgestellt. Und hier trifft das zu, was Herr Primarius Dr. Stepantschitz gesagt hat, die Jugend geht nicht mehr, die Jugend wandert zu wenig, also sind die Bewegungsorgane besonders betroffen. (Abg. Leitner: „Wenn man die alten Leute ebenfalls so untersuchen würde, wie die Jugendlichen, zu welchem Ergebnis würde man da kommen?“) 20,55% waren untergewichtig oder wiesen einen reduzierten Ernährungs- und Allgemeinzustand auf. 17,27% hatten Krankheiten der Haut- und Bindegewebe, 7,93% ein schlechtes Sehvermögen, bei 16½% wurden Zahnkrankheiten und bei 1½% bereits Herzkrankheiten festgestellt. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich festzustellen, daß das Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz wohl die Gebietskrankenkasse verpflichtet, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter zu untersuchen, während für die bäuerliche Jugend,

die zum Teil einen besonders schlechten Gesundheitszustand aufweist, keine gesetzlichen Grundlagen geschaffen wurden, die darauf abzielen, diese Jugend einer ständigen ärztlichen Untersuchung zuzuführen.

Und nun auch etwas zu den Beitrags-Einnahmen und -Ausgaben. Die Erhöhung der Beitrags-Einnahmen im Zeitraum von 1959 bis Ende 1963 betragen insgesamt 51,57%, die Erhöhung der Versicherungsleistungen demgegenüber aber ergab 65,46%. Erlauben Sie mir einige kurze Hinweise, in welcher Art sich diese Einnahmen nunmehr aufteilen auf die Ausgaben. Für ärztliche Hilfe wurden im Jahr 1959 72,802.000 S ausgegeben, im Jahre 1963 129,860.000 S. Das ist eine Steigerung von über 78%. Für Arzneien und Heilbehelfe 1959 51,498.000 S, 1963: 80,677.000 S. Hier eine Steigerung von ca. 57%. Für Zahnbehandlung und Zahnersatz 1959: 25,303.000 S, 1963: 39,052.000 S. Steigerung etwas über 54%. Anstaltspflege 1959: 60,327.000 S, 1963: 98.088.000 S, Steigerung 62%. Mutterschaftsleistungen 1959: 20,837.000 S, 1963: 37,497.000 S, das ist eine Steigerung von 79,95%, also fast 80%. Demgegenüber der Verwaltungsaufwand 1959: 17,240.000 S, 1963: 21,125.000 S, in Prozenten 22,6. Diese Steigerung ist also als sehr gering zu bezeichnen.

Zurückkommend auf die soziale und wirtschaftliche Bedeutung rheumatischer Erkrankungen, erlauben Sie mir den Hinweis, daß von rd. 1,2 Millionen erfaßten Krankheitsfällen z. B. 180.000, das sind 16%, Rheumafälle waren. Demgegenüber betragen die TBC-Fälle nur 0,8%, die also eine äußerst geringe Bedeutung haben. Von 120.000 Invalidisierten der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter sind rund 25% Invalide durch Rheuma verursacht, das ist also ein Viertel. Beispiel: Der Arbeitsausfall infolge Rheuma betrug vor 8 Jahren, also im Jahre 1957, 13,492.000 Arbeitstage. Auf der gleichen Basis bezogen sich auf das genannte Jahr folgende Vermögensverluste. Auf die Krankenversicherung 296,000.000 S, Jahresrentenaufwand 324,000.000 S, Jahresfürsorgeaufwand 18,000.000 S und der Jahreslohnausfall dieser Rheumakranken ergab 997,000.000 S. Es ist also der gesamten Volkswirtschaft durch diese Erkrankungen ein Betrag von 1.635,000.000 S entgangen. Die vorgenannten Zahlen beweisen eindeutig, daß der Rheumatismus nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches und soziales Problem ersten Ranges ist.

In ebenso erschreckendem Ausmaß stiegen die Herz- und Kreislaufschäden. Die Steierm. Gebietskrankenkasse hat aus diesem Erkenntnis heraus das modernste balneologische Ambulatorium Mitteleuropas gebaut. Allein im November wurden 35.285 Behandlungsfälle im Schichtenbetrieb durchgeführt. Ein echtes Bedürfnis der Bevölkerung und der Versicherten fand damit seine Befriedigung. Leider aber ist dieses Institut, kaum errichtet, schon wieder zu klein. An eine Erweiterung kann aus finanziellen Gründen und aus psychologisch-materialistischer Gegnerschaft der Ärztervertretung und anderer Organisationen nicht gesritten werden. Wohl aber gibt es eine hervorragende Möglichkeit, diese Restanzahl Rheumakrankter und Kreislaufkrankter von

ihrem Leiden zu befreien bzw. eine Linderung herbeizuführen. Im Landeskrankenhaus Graz, auf der 1. med. Abteilung, beschäftigt man sich seit vielen Jahren nicht nur mit diesen immer mehr um sich greifenden Volkskrankheiten und deren Bekämpfung, sondern auch mit wissenschaftlicher Forschung, die nicht nur hervorragende Ergebnisse zeitigte, sondern auch auf internationaler Ebene ihre besondere Würdigung erfuhr. Der Bedeutung der Chirurgie entsprechend, beschloß der Steierm. Landtag über Initiative des Herrn Landesrates Sebastian, einen großzügigen Ausbau dieser Klinik und vieler anderer Krankenanstalten des Landes. Leider reichten die Mittel bisher noch nicht zu einem großzügigen Ausbau der 1. med. Klinik aus, obwohl dies seit einem Jahrzehnt vorgesehen ist. Ich stelle fest, daß erstens mangels Ausbildungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der physikalischen Therapie und Balneologie in Graz die Herz- und Kreislaufstation der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter in Sankt Radegund, als Außenstelle der medizinischen Klinik Innsbruck errichtet, mit Ärzten aus Innsbruck beschickt werden mußte. Zweitens, daß an der medizinischen Klinik in Innsbruck die gesamten Keller Räume in großzügiger Weise für die wichtigsten Arten der physikalischen Therapie ausgestattet sind. Es muß daher an die Schaffung einer Rheumatherapie und an den Ausbau einer physikalischen Therapie gedacht werden. Darüber hinaus an den Ausbau der Kreislaufstation und einer Nachstation für operierte Herzpatienten sowie eines Ambulatoriums und der entsprechenden Nebenräume. Interessant ist, daß die 1. med. Klinik die einzige Stelle in der Steiermark und in den angrenzenden Bundesländern ist, an der Herzkathederisierungen vorgenommen werden.

Dies kurze Aufzählung der Leistungen und das Fehlen der Räume sowie einer Ausbildungstätte für Fachärzte der physikalischen Therapie dürften genügen, dem Hohen Haus die Überzeugung zu geben, daß der Ausbau der 1. med. Klinik vordringlich ist. Sichern wir gemeinsam eine höhere Dotierung der Mittel für die Gruppe 5 für das Budget 1965, die Bevölkerung wird es uns danken! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Egger, ich erteile es ihr.

Abg. Egger: Hoher Landtag! Nachdem früher von schönen, neuen Krankenhäusern, von im Bau befindlichen Krankenhäusern und Plänen für neue Anstalten die Rede war, möchte ich Ihre Gedanken und Ihre Vorstellung zu einem Haus führen, das besteht und in Gebrauch ist, ein zweistöckiges Haus, in jedem Stockwerk ein langer Gang, an dem die Räume liegen, in denen jeweils 90 Menschen wohnen und schlafen. In jedem dieser Stockwerke gibt es nur eine Stelle, wo man Wasser nehmen kann und darunter einen Ausguß; Sie können sich vorstellen, wie in der Früh auf jedem Gang sich die Menschen anstellen, und wenn sie endlich eine Waschschüssel erreicht haben und sich dann waschen, so geschieht das nicht sehr gründlich, weil diese Gänge ungeheizt sind. Es gibt zwar einen

Baderaum in diesem Gebäudekomplex, aber der ist weit weg, über ungeheizte Räume zu erreichen, so daß die Gefahr besteht, daß die Menschen, wenn sie sich gebadet oder geduscht haben, sich verkühlen. Im Sommer wird einmal in der Woche gebadet, im Winter nur alle 14 Tage, weil eben diese Gefahr der Gesundheitsschädigung gegeben ist. Wenn Sie in diesem Haus die Klosette suchen, sind sie nicht schwer zu finden, man riecht sie nämlich, und wenn Sie die Fenster öffnen, dann wird es auch von dort nach den Klosetten riechen, denn die Fäkalien werden von den Bewohnern dieses Hauses hinausgeführt und entweder in den Obstgarten oder auch unter die Fenster dieses Wohnhauses geleert. Das sind Zustände, die sicher nicht eines Krankenhauses oder einer Pflegeanstalt würdig sind, sie befinden sich aber in Messendorf, in dem Haus, das Pfleglinge der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Am Feldhof beherbergt. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Stepantschitz hat vor vier Jahren, 1960, darauf hingewiesen, daß in diesem Haus solche schlechten Zustände herrschen. Ich bin nicht der Meinung, daß jeder Mensch unbedingt nur in einem Neubau sich glücklich fühlen und daß man nur durch verschiedene sanitäre Einrichtungen ein gesundes Leben führen kann. Aber das ist wirklich zu wenig, und ich glaube, man könnte für diese 180 Patienten doch auf eine verhältnismäßig billige Weise Abhilfe schaffen. Sicher kann man ein solch altes Haus nicht von Grund auf sanieren, ohne daß ungeheure Kosten entstehen. Aber die Einrichtung von erträglichen Waschmöglichkeiten, und vor allem der Klosette, wären schon sehr wichtig. Es heißt, eine Klosettanlage werde geplant. Das wäre auch wirklich das Allernotwendigste, denn die Leute der Umgebung, die in Siedlungshäusern usw. wohnen, müssen solche Kläranlagen bei ihren Häusern haben, aber das von der öffentlichen Hand geführte und verwaltete Haus hat sie noch nicht. Das ist nicht nur für die Bewohner sehr unangenehm, wie ich es Ihnen schon beschrieben habe, sondern wirklich auch ein Ärgernis für die in der Umgebung lebenden Menschen.

Es sind auch noch einige kleinere Wünsche anzuführen. Es wäre zum Beispiel, wenn in einer Küche für 200 Menschen gekocht wird, bei dem heutigen Personalmangel eine Selbstverständlichkeit, einen größeren Küchenmotor anzuschaffen. Ein leistungsfähiger Küchenmotor erspart sicher sehr bald eine Arbeitskraft, nachdem sich dort lauter männliche Pfleglinge befinden, die für Küchenarbeit nicht so geeignet sind. Auch gibt es billige Arbeitskräfte für solche Arbeit nicht so leicht. Ein weiterer Punkt noch: Eine geeignete Arbeitskleidung, nachdem diese Pfleglinge zum Teil etwas arbeiten sollen. Eine Arbeitstherapie ist bei manchen Erkrankungen, besonders seelischen, des öfteren das Richtige. Das müssen die Ärzte entscheiden. Aber wenn die Pfleglinge arbeiten, dann sollten sie auch eine geeignetere Kleidung haben, besonders für die Arbeit im Freien. Das zum Kapital dieser Anstalt, die wirklich mit geringen Beträgen in einen etwas menschenwürdigeren Zustand gebracht werden könnte.

Zu einem zweiten Punkt möchte ich ganz kurz etwas sagen, in ganz anderem Bereich. Im Erdboden der Steiermark gibt es, mehr als in anderen Ge-

bieten, den Erreger des Wundstarrkrampfes. Warum er gerade hier gedeiht, das ist noch nicht erforscht, aber es ist eine Tatsache. Daher sind Menschen, die Erdarbeiten durchführen, und das ist zum Beispiel die ganze ländliche Bevölkerung, tatsächlich wesentlich wundstarrkrampfgefährdeter, als die Menschen in anderen Ländern. Nun gibt es eine Impfung, die verhältnismäßig preiswert und dabei ohne schädliche Nebenwirkungen ist. Es wäre daher wünschenswert, daß die Möglichkeit einer allgemeinen vorbeugenden Tetanus-Impfung für Erwachsene geschaffen wird, weil die Erkrankungen in Steiermark zunehmen und diese Erkrankungen nicht nur zu schweren Lähmungen führen, sondern häufig tödlich enden. Es wäre sicher eine sehr dankenswerte Aufgabe für unsere Sanitätsbehörde, solche vorbeugende Maßnahmen zu ermöglichen, die vielen Menschen in der Steiermark offenstehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Präsidenten Dr. Stephan.

Abg. Präs. **Dr. Stephan:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Eingangs darf ich ganz kurz auf die Worte eines meiner Herren Vorredner, des Herrn Prim. Dr. Stepantschitz, zurückkommen, und zwar insbesondere in bezug auf die Bauernkrankenkasse und die daraus gezogenen Folgerungen. Ich erinnere mich recht genau, daß es vor zwei Jahren, glaube ich, bei eben demselben Anlaß, nämlich bei der Budgetdebatte, war, daß ich an die geplante Bauernkrankenkasse die Hoffnung knüpfte, daß man daraus eine Reform des Krankenkassenwesens machen möge, daß man also, bevor man — habe ich damals gesagt — die Bauernkrankenkasse, die ja nicht unbestritten ist, ins Leben ruft, doch die wirklichen Krankenkassen nach den bisher gemachten Erfahrungen reformiere. Gut. Der Herr Kollege Dr. Stepantschitz hat das heute von der anderen Seite aufgezo-gen. Er hat die inzwischen ja fast existent gewordene Bauernkrankenkasse dazu ausersehen, mit ihren neuen Einführungen, mit dem Selbstverwalten usw. zum Prüfstein für die übrigen Krankenkassen werden zu lassen. Nun gut, auch damit kann man einverstanden sein. Das wollte ich nur zu dem Gegenstand sagen, der hier von Dr. Stepantschitz behandelt wurde. Primarius Dr. Stepantschitz hat in seinem Vortrag im übrigen aber auf noch etwas hingewiesen. Daß nämlich der Gesundheitszustand der Bevölkerung und insbesondere der Jugend deshalb nicht jenen Grad erreiche, den man wünschen möchte, weil die moderne Art zu leben, den jungen Menschen nicht die Möglichkeit der Bewegung, der sportlichen Betätigung gibt, das heißt, wohl die Möglichkeit, aber die Versuchung, diesen Sport und diese Bewegung zu vermeiden, zu groß ist. Ich komme damit zu dem eigentlichen Thema, das ich mir für diese Gruppe vorgenommen hatte. Es ist viel über die Krankenanstalten und über diese Dinge geredet worden und ich kann es mir daher ersparen, nun auch noch eine Lobeshymne oder Kritiken hier anzubringen. Ich möchte gleich auf den zweiten Gegenstand kommen, auf die körperliche Ertüchtigung. Sie haben sicherlich in Erinnerung, als vor fast 10 Jahren erstmals die Rede vom Stadion

in Eggenberg und von der Turnhalle in der Engelgasse war. Ich kann mich jedenfalls aus einer Regierungssitzung daran erinnern und weiß, daß damals brüderlich — wie das nun einmal in Österreich zu sein pflegt — diese beiden Sportstätten zwischen den beiden Koalitionsparteien einflußweise aufgeteilt wurden. Eggenberg dem ASKO, Engelgasse der Union. Es hat dann — auch daran werden Sie sich erinnern — nicht nur im Grazer Gemeinderat, sondern auch hier in diesem Haus verschiedene Für und Wider wegen des damit verbundenen Geldaufwandes gegeben. Man wollte die . . . zige Millionen für Eggenberg und die . . . zige Millionen für die Engelgasse nicht aufbringen. Soweit, so gut. Beide Sportstätten stehen. Die Engelgasse wurde vor wenigen Tagen eingeweiht und der Union schlüsselfertig übergeben. Nebenbei hat man in der Zwischenzeit schon gehört, daß sich dort oder da Stimmen bemerkbar gemacht haben, wie man die Betriebskosten dieser Turnhalle decken würde und man ist wohl schon bei den zuständigen Stellen des Landes, vielleicht auch der Gemeinde, wegen der Abdeckung dieser Betriebskosten vorstellig geworden. Unbeachtet von der Öffentlichkeit und noch keinen Gegenstand der Debatte in diesem Hause bildend, hat sich inzwischen der Allgemeine Turnverein aufgemacht, und hat aus Eigenmitteln bisher im Jahngarten das sogenannte Turnerheim erbaut. Er hat sich bei geplanten Gesamtkosten von 16 Millionen Schilling vorerst durch den Verkauf eines eigenen Grundstückes 8,6 Millionen Schilling beschafft und den Rohbau, der rund 5 Millionen Schilling kostete, damit fertiggestellt. Es fragt sich nun natürlich — und bei der Weihnachtsfeier wurde das vom Obmann ja auch ausgesprochen —, wie man nun weitermacht. Bei einer Unterredung, die ich vor ganz kurzer Zeit mit dem Obmann des ATV Graz hatte, hat er zu mir gesagt — und das spricht für seine Bescheidenheit und für seinen Idealismus —, daß so ein Bau ja nicht von heute auf morgen fertiggestellt werden müsse und daß man also von Seite des ATV bestrebt sein werde, in einiger Zeit die Dinge fertigzustellen wie man es sich vorgenommen und geplant hat, und daß man in der Zwischenzeit die Räume und die Einrichtungen, die geschaffen werden können, ausnützen würde. Es ist tatsächlich so, daß auch die Planung dieses Turnerheimes im Jahngarten so ist, daß schon mit Rücksicht auf die zukünftigen Betriebskosten so geplant wurde, daß aus den Einnahmen der Einrichtungen dieses Turnerheimes die Betriebskosten leicht bestritten werden können. Das ist ohne Zweifel ein Vorteil gegenüber den anderen schlüsselfertigen und in den Betriebsmitteln von der Öffentlichkeit abhängigen Anstalten. Ich darf beispielsweise anführen, wie dieses Turnerheim geplant ist. Dieses Turnerheim soll umfassen:

1. ein Hallenbad, 25×10 m, (Herr Bürgermeister, ich bitte um Entschuldigung, daß es nicht 50 m hat)
2. eine Leichtathletikhalle,
3. einen in drei Teile teilbaren großen Turnsaal mit Bühne, der sich auch für Veranstaltungen eignet,
4. einen kleinen Übungssaal für Kunstturner,

5. eine Sauna — und hier komme ich bestimmt wieder in die Gasse des Herrn Primarius Dr. Stepantschitz von wegen Gesundheitswichtigkeit — und
6. schließlich, aber nicht zuletzt eine Jugendherberge, die ja in derselben Gruppe, die wir hier behandeln, auch noch einen Posten hat. Das alles ist geplant zum Preise von 16 Millionen Schilling.

Ich möchte der Gerechtigkeit halber nicht verschweigen, daß bis jetzt von der Abteilung 6 der Steierm. Landesregierung zu diesem Bau ein Zuschuß von 250.000 S gegeben wurde.

Nach dem Geschilderten mögen Sie bitte ermesen, daß es sich hier im wesentlichen nur um Idealisten handeln kann, die so etwas in Angriff nehmen, daß das, was diese Idealisten schaffen wollen, ohne Zweifel für die gesamte Bevölkerung, insbesondere aber für die Jugend von Bedeutung und daher von der Öffentlichkeit her unterstützungswürdig ist. Ich will hier keine offenen Türen einrennen; ich weiß, daß bei dieser Weihnachtsfeier auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren anwesend war und weiß, daß er dem Obmann des Turnvereines — sagen wir, sehr huldvoll zugehört — und ihm wohl auch seine Unterstützung zugesagt hat. Ich möchte damit aber hier nur eines zum Ausdruck bringen, ich möchte einen Erfolg, wenn diese jungen Menschen irgendeine Hilfe aus der öffentlichen Hand bekommen, nicht an meine Fahnen heften, ich möchte nur dem Entschluß, den der Referent der Abteilung 6 der Steiermärkischen Landesregierung schon gefaßt hat, noch Nachdruck verleihen und die Bitte anfügen, so etwas, was bei uns in der materialistischen Zeit, von der besonders die Jugend erfaßt ist, einmalig ist, auch weiterhin von uns aus zu unterstützen. (Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Neumann.

Abg. Neumann: Ich verzichte.

Präsident: Dann ist Herr Abgeordneter Leitner am Wort.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Österreichs schlechtes Abschneiden in Tokio hat unter den aktiven Sportlern und den Sportanhängern große Enttäuschung hervorgerufen. Unserer Ansicht nach ist schuld an diesem schlechten Abschneiden nicht der österreichische Sportler, sondern die österreichische Sportförderung. Und bekanntlich ist die Sportförderung in erster Linie eine Angelegenheit der öffentlichen Stellen, des Bundes, des Landes, aber auch der Gemeinden. Das geringe Verständnis für die Sportförderung in Österreich wird dokumentiert durch das Budget des Bundes, das 63,8 Milliarden Schilling beträgt, aber für die Sportförderung nur 0,073% vorsieht. Im Land Steiermark sind es ca. 0,3% mehr und besonders im heurigen Budget mehr, aber, wie man sieht, noch immer viel zu wenig. In Europa wird es wahrscheinlich nicht viele Länder geben, die so wenig für die Sportförderung in ihrem Budget vorgesehen haben wie Österreich. Ja, es ist in Österreich so, daß der Sport bei uns als Melkkuh benützt wird. Mit dem Sport und der

Sportförderung ist eng verbunden, wie auch schon Herr Abgeordneter Dr. Stepantschitz ebenfalls zum Ausdruck gebracht hat, die Volksgesundheit und vor allem die Gesundheit der jungen Menschen. Und wie schaut es mit dieser Gesundheit aus? Der Abgeordnete Ileschitz hat hier schon Zahlen gebracht, die zeigen, wie es um den Gesundheitszustand unserer Jugendlichen bestellt ist. So ähnliche Zahlenberichte gibt es auch von den Untersuchungsergebnissen beim Bundesheer. Österreichs Schulärzte z. B. zeigen immer wieder auf, daß die Zahl der Kinder, die Haltungsfehler und Fußschäden haben — vor allem durch mangelnde Übung hervorgerufen — in den letzten Jahren in erschreckendem Ausmaß zunimmt, so daß sie sich veranlaßt gesehen haben, das Unterrichtsministerium und andere öffentliche Stellen sowie die Elternschaft auf diese bedenkliche Entwicklung, auf diesen bedenklichen Zustand, hinzuweisen. Der Sport in Österreich hat auch eine wirtschaftliche Bedeutung für den Fremdenverkehr, für die Erzeugung von Sportartikeln und Sportbekleidung. Man sieht, daß es sehr notwendig ist für uns Österreicher, dem Sport entsprechende Bedeutung zuzumessen. Wenn man von Sport spricht, dann denkt man oft und oft nur an die Spitzensportler, die ja bekanntlich Zuwendungen von der Industrie und von Fremdenverkehrsvereinen bekommen. Allerdings handelt es sich da nur um eine ganz kleine Schicht, die absolute Spitze. In der letzten Woche hat das die ganze Sportöffentlichkeit abermals aufgerührt.

Aber es gibt auch eine Reihe junger Sportler, unter anderem auch in Steiermark, zum Beispiel im Schisport, die nicht zur absoluten Spitze gehören, aber immerhin im Nationalkader sind. Schon solche Spitzensportler müssen den Sport unter schwierigen oder oft unter schwierigsten Umständen ausüben. Es ist für sie schwer, selbst einen unbezahlten Urlaub für Training und für ihre Wettlaufsfahrten usw. zu bekommen. Sie müssen dem Betrieb sogar den Unternehmeranteil an der Sozialversicherung zurückzahlen, gar nicht davon zu sprechen, daß sie den Lohnausfall, den sie auf Grund des unbezahltenurlaubes erleiden, selbst tragen müssen. Und dabei handelt es sich, wie ich schon gesagt habe, um Spitzensportler. Ein talentierter Eisenerzer Schisportler hat mir unter anderem von dieser Situation berichtet, und er erklärte mir, wenn seine Eltern ihm nicht tatkräftig und ebenfalls mit größtem Interesse — sonst würden sie das nicht machen — unter die Arme greifen würden, so wäre er nicht imstande, im notwendigen Ausmaß das Training durchzuführen, um den hohen Anforderungen eben eines Spitzensportlers gerecht zu werden.

Die Sportvereine in Steiermark, wahrscheinlich in ganz Österreich, die Steiermark ist keine Ausnahme, aber besonders die kleinen Sportvereine leiden bei uns unter größten finanziellen Schwierigkeiten. Für sie ist es oft unmöglich, die Mieten für die Sportplätze, die Reisespesen zu bezahlen, Sportgeräte und Dressen usw., was halt alles dazugehört, zu kaufen. Viele Vereine können wirklich nur deswegen existieren, weil einige besonders sportbegeisterte Enthusiasten immer wieder, wenn es schon gar nicht anders geht, in ihre eigene

Tasche greifen, um dem Verein das Vereinsleben aufrechtzuerhalten. Sicher ist es so, daß die verschiedenen Sportvereine vom Sporttoto zum Teil, aber auch von der Landesregierung und anderen Sportverbänden bestimmte Mittel bekommen, aber was das Sporttoto betrifft, ist es doch so, daß die Mittel in erster Linie eben wieder von sportbegeisterten Menschen kommen und daß nur ein Teil dieser Beträge, die der Bund einhebt, wieder den Sportvereinen zur Verfügung gestellt wird, aber ein Teil direkt in den Steuersäckel des Staates oder des Bundes läuft. Gewiß bemühen sich auch bei uns die Gemeinden, die Sportvereine entsprechend ihren Kräften zu unterstützen. Da und dort werden wirklich Sportplätze gebaut, unter anderem in Graz möchte ich anerkennen die Kunsteisbahn (Abg. Dr. Pittermann: „In Wildon haben wir auch eine!“) Aber im ganzen, in den Verhältnissen, ist das sehr, sehr wenig. Was fehlt und was der österreichische Sport braucht, ist eine großzügige staatliche Sportförderung. Auch das Land müßte wesentlich mehr Mittel für diese Sportförderung zur Verfügung stellen. In Graz wurde auch, das hat der Herr Präsident Dr. Stephan schon angezogen, vor kurzem erst eine Sporthalle errichtet und eröffnet, und im nächsten Jahr wird das Eggenberger Stadion fertiggestellt. Er hat schon hingewiesen, daß diese Sportverbände, denen die Betreuung und die Erhaltung übertragen wurde, sich nicht recht wohl fühlen, weil eben die Erhaltung viele Geldmittel erfordert und auch diese Sportverbände in größte Schwierigkeiten kommen können.

Es mangelt im Land sehr häufig oder fast überall an Sporthallen für den Ballsport, an vielen Rensportanlagen und Fußballplätzen. Die Liebe zum Sport müßte, besonders weil dies aus gesundheitlichen Gründen für die Jugend sehr notwendig ist, bereits in der Schule beginnen. Gefördert und ausgebaut werden müßte der Schulsport. Aber viele Schulen, das ist bekannt, haben keinen Turnsaal. Viele Schulen, die in den letzten Jahren gebaut wurden, haben trotzdem keinen Turnsaal; es wurde nicht vergessen, aber man hat diese Frage des Baues eines Turnsaales unterschätzt. Und so kommt es, daß die wenigen Stunden, die der Unterricht vorschreibt, oft überhaupt nicht für die Ausübung des Turnsportes zweckentsprechend verwendet werden. Ein Teil der Lehrer, die beauftragt sind, diesen Turnsport zu leiten, hat zu wenig Vorbildung für diesen Unterricht. Die Schulen müßten Turn- und Sportlehrer sowie geprüfte Trainer bekommen, und gerade das Land wäre verpflichtet, die entsprechenden Mittel bereitzustellen, damit das ermöglicht wird. Im Schulplan der Volks-, Haupt- und Mittelschulen müßte unserer Ansicht nach eine grundlegende Änderung vorgenommen werden zugunsten der Sportausübung. Damit sich der Sport in Steiermark besser entwickelt, schlagen wir vor, daß außer dem, daß das Budget des Landes für Sportförderung wesentlich erhöht wird, es auch notwendig ist, die Besteuerung des Sportes und der Sportveranstaltungen aufzuheben und darauf zu verzichten. Überall müßte auch die Besteuerung der Veranstaltungen der Sportvereine, die ja diese Veranstaltung nur deswegen machen, um ihr karges Budget ein wenig aufzufrisieren, aufgehoben werden. Dazu

wäre es notwendig, daß das Land ein entsprechendes Gesetz schafft.

Dringendste Forderungen sind u.a. auch der Bau einer Schwimmhalle in Graz und einer Kunsteisbahn in der Stadt Leoben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das nicht durch die Einführung einer Kopfsteuer geschehen soll, wie das der Herr Vizebürgermeister Stöffler vorschlägt, sondern daß eben die zuständigen Stellen, Bund, Land und Gemeinden, für diese Sporthallen bzw. für diese Schwimmhalle aufkommen. (Abg. Stöffler: „Sie sind schlecht orientiert! Sie sind nicht im Bilde, fragen Sie vorher!“) Doch, das ist in der Zeitung gestanden, in Ihrer Zeitung ist das gestanden. Solche Maßnahmen würden im Interesse der weiteren Entwicklung des Sportes in der Steiermark liegen. Der Massensport wäre wieder die Voraussetzung, damit talentierte Kräfte herangezogen werden und dann weiter an die Spitze vordringen können. Wenn Österreich so an diese Sportfragen und an diese Sportförderung herangehen würde, so werden wir bei der nächsten Olympiade bestimmt besser abschneiden, als es diesmal der Fall war.

Ich möchte noch ein Wort über den „Turnerbund“ sagen, weil ich es als meine Pflicht halte, etwas über den sogenannten „Österreichischen Turnerbund“, der Nachfolge-Organisation des „Deutschen Turnerbundes“, zu sagen.

In der „Bundesturnzeitung“ des Österreichischen Turnerbundes vom Dezember 1964 wird in einem Schulungsbrief über „die Geschichte unseres Heimatlandes“ folgendes geschrieben: „Heute soll von der deutschen Geschichte, soweit diese besonders unser Heimatland betrifft, die Rede sein. Leider — so heißt es dort drinnen — gibt es einige Österreicher, die glauben, wir hätten nichts mit dem deutschen Volk zu tun. Diese wollen in neuester Zeit eine eigene ‚österreichische Nation‘ konstruieren. Als ob nicht jeder wüßte, daß uns eine mehr als tausendjährige Geschichte, die Sprache und eine gemeinsame Kultur dem deutschen Volk auf Ge- und Verderb verbunden machen.“ Das ist eine deutschnationale Haltung, die der sogenannte „Österreichische Turnerbund“ seit Jahren einnimmt und die von niemand geleugnet werden kann. Er verbreitet deutschnationales Gedankengut und verneint die österreichische Nation. Der Turnerbund bietet keine Gewähr dafür, daß die Erziehung unserer Jugend zu aufrechten Österreichern gesichert ist. (Abg. Dr. Assmann: „Das würden Sie besser machen!“) Ja, Herr Abgeordneter Assmann, wir sagen das nicht, sondern wir haben in schwerster Zeit, als Österreich vom deutschen Faschismus besetzt war, mit der Waffe in der Hand und unter Einsatz unseres Lebens für die Wiedererstehung Österreichs gekämpft. Und auch nachher werden Sie uns keine einzige Tatsache beweisen können, daß wir nicht alles gemacht haben, was im Interesse Österreichs ist. Das ist die Antwort. Ich möchte nur von Ihnen wissen, was Sie in der Zeit zwischen 1938 und 1945 gemacht haben. (Landesrat Wegart: „Was er gemacht hat? Geschossen hat er!“ — Abg. Dr. Assmann: „Aber nicht auf die eigenen Leute!“) Damit haben Sie Ihr eigenes System zum Sturze gebracht. Ihre Partei oder Ihre Vorgän-

ger, die haben in Österreich aufrechte, demokratische Patrioten an den Galgen gebracht. Waren das nicht „eigene Leute“? Gehen Sie einmal auf den Grazer Zentralfriedhof hinaus, dort werden Sie solche Opfer finden. (Abg. Dr. Assmann: „Welche Opfer meinen Sie?“ — Abg. Pözl: „Schauen Sie einmal in Moskau nach!“)

Dieser Organisation werden in Steiermark verhältnismäßig viele Turnsäle zur Verfügung gestellt. Ich frage: Wie lange noch? Was muß geschehen, bis die Mehrheit dieses Hauses aus dem deutschnationalen Charakter des Österreichischen Turnerbundes und seiner anti-österreichischen Tätigkeit die Konsequenzen zieht und den „Jugend-Verführern“ unter der Sport-Tarnkappe das Handwerk legt?

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schlagner. Ich erteile es ihm.

Abg. Schlagner: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich gestatte mir, Sie heute auf ein völlig anderes Problem, als die Probleme, die bis jetzt behandelt wurden, hinzulenken. Und zwar auf das Problem des Bergrettungs- und Suchdienstes. Bedingt durch die steigende Motorisierung kommen immer mehr Menschen mit den Kleinodien unserer Heimat, mit unseren Bergen, zusammen. Leider sind unter diesen Menschen viele Unerfahrene, die zum Teil schlecht ausgerüstet und sich selbst überschätzend in höhere Regionen streben und dabei in Gefahr geraten. Andererseits kommen auch gute Bergsteiger oft in Gefahr, wenn sie auf höhere Berge steigen oder durch Steinschlag gefährdet werden. Wer da helfen kann, das ist nur der Bergrettungsdienst. Und immer wieder müssen diese Männer — ich möchte sie die Engel unserer Bergsteiger nennen — die diese Menschen retten müssen, ihr Leben aufs Spiel setzen, auch wenn sie das traurige Werk einer Totenbergrung durchführen müssen. Diese schwere Aufgabe, die die Bergrettungsmänner auf sich genommen haben, möchte ich mit einigen Zahlen untermauern und veranschaulichen:

Im Jahre 1963 gab es in Österreich 3503 Winter-Bergungen von Verletzten mit 43 Toten-Bergungen sowie 357 Sommer-Bergungen von Verletzten mit 92 Toten-Bergungen, zum Teil aus schwierigstem Fels. Aus der Sommersaison 1964 schließe ich wieder eine traurige Bilanz. In Europa mußten in der Zeit von Anfang April bis Anfang Oktober 334 Menschen in den Gebirgen Österreichs, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Schweiz ihr Leben lassen. Von diesen Toten entfielen allein 74 auf Österreich.

Der steirische Bergrettungsdienst verfügt derzeit über 50 Ortsstellen mit rund 1000 Bergrettungsmännern. Er ist der zweitstärkste Bergrettungsdienst in Österreich und steht leistungsmäßig mit Tirol an der Spitze, und vor allen Dingen hinsichtlich der Felsgehungen an gleicher Stelle. Von den 50 steirischen Ortsstellen werden im Jahr durchschnittlich 700 bis 800 Bergungen durchgeführt. Ausrüstungsmäßig aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, rangiert der steirische Bergrettungsdienst nicht nur hinter Tirol, sondern auch hinter Salzburg. Diese Diskrepanz kann nur durch eine hervorragende Ausbildung unserer Leute kompen-

siert werden. Ausbildungsmäßig gehören die steirischen Bergrettungsmänner zu den besten überhaupt in ganz Europa. Ich kann darauf hinweisen, daß bekannte Alpinisten, wie Schlömmner, Almberger, Huber, Sedlmaier — bekannt durch die Winterbesteigungen der Eiger-Nordwand und des Matterhorns — in diesem Bergrettungsdienst aktiv tätig sind. Ein Teil der Mannschaften des Bergrettungsdienstes wäre jederzeit in der Lage, die Bergführerprüfung abzulegen.

Um die derzeitige Ausrüstung zu vervollständigen und die teilweise stark abgenutzten Rettungsgeräte durch neue ersetzen zu können, fehlen dem steirischen Bergrettungsdienst 500.000 S. Die notwendigsten Anschaffungen, meine Damen und Herren, wären zur Zeit rund 20 Gebirgs-Tragen, 50 Akjas, 100 Perlon-Seile, 50 Stahlseile, 200 Kopflampen und 20 Funkgeräte. Es kann aber den Bergrettungsmännern kein Zuschuß zu ihrer persönlichen Ausrüstung, die bei diesen Einsätzen außerordentlich strapaziert wird, gewährt werden. Der Bergrettungsdienst, und zwar die Landesleitung Steiermark ist finanziell nicht einmal in der Lage, ihren Bergrettungsmännern die Unfallversicherung zu bezahlen. Es wäre gerade jetzt, wo wieder der Winter beginnt sehr zweckmäßig, wenn der Bergrettungsdienst auch die Schipisten überwachen könnte. Aber woher die Mittel nehmen, wenn manche Liftbesitzer unserem Bergrettungsdienst nicht einmal eine freie Fahrt gewähren? Und da stellt die Steiermark sicherlich eine Ausnahme dar. In den westlichen Bundesländern sind die Bergrettungsmänner auch bei den Schiliftgesellschaften stets gern gesehene Menschen. Der Bergrettungsdienst hat außerdem Dienststätten notwendig. Die 12 bestehenden Dienststätten wurden vom Bergrettungsdienst selbst gebaut, und das Material hierzu mußte er sich bei einzelnen Stellen in unserem Lande zusammenbetteln. Ich darf im Zusammenhang mit den finanziellen Fragen des Bergrettungsdienstes auf einen gemeinsamen Resolutionsantrag aller hier im Landtag vertretenen Parteien verweisen, der heißt: „Die Landesregierung wird aufgefordert, im Voranschlag für 1966 eine wesentlich höhere Dotierung der Post 54,704, „Förderung des Bergrettungs- und Suchdienstes“, vorzusehen, um die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Bergrettungsdienstes, insbesondere auch im Interesse des Fremdenverkehrs zu sichern und die notwendige Ausrüstung, die Versicherung der Bergrettungsmänner gegen Unfallsfolgen und die Entschädigung der Bergrettungsmänner für den Verdienstentgang zu ermöglichen.“

Neben finanziellen Fragen sind aber auch gesetzliche Fragen offen, die geregelt werden müssen. Wenn ich einen Blick auf unsere Bergführer mache, dann stelle ich fest, daß die Bergführer gesetzlich Freiwild sind, gesetzlich Freiwild deshalb, weil sie nach der Bergführerverordnung zwar verpflichtet sind zur Hilfeleistung bei Bergunfällen, es bestehen aber gar keine Bestimmungen hinsichtlich der Bezahlung für ihre gefährliche Tätigkeit oder auch nur für irgendeine angemessene Entschädigung. Die Landesgesetze der einzelnen Bundesländer schreiben dem Bergführer zwingend vor, dem in Bergnot

befindlichen Bergsteiger zu Hilfe zu eilen und selbst bei vermuteten Bergunfällen die Suche nach dem vielleicht Verunglückten aufzunehmen, sie enthalten aber nicht die geringste Vorschrift oder Bestimmung, wie die Kosten ersetzt werden sollten.

Wenn ich auf weitere Zahlen, die vom Steirischen Bergrettungsdienst vorhanden sind, hinweisen darf, dann vor allem auf die Einsatzzahlen. Im Jahre 1963 machte der steirische Bergrettungsdienst 41 Einsätze mit mehr als 50 Stunden, zusammen gesehen mehr als 2000 Stunden, 38 Einsätze, die mehr als 150 Stunden beanspruchten, also mehr als 7800 Stunden, und eine Suchaktion, die über 1600 Einsatzstunden erfordert hat. Diese Suchaktion in der Obersteiermark ist sicherlich vielen von Ihnen noch in Erinnerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Sie mit wenigen Zahlen und mit wenigen Worten auf die Probleme des steirischen Bergrettungsdienstes aufmerksam gemacht und Ihnen die Probleme dieses Bergrettungsdienstes vor Augen geführt. Unsere Berge sind sicherlich sehr schön, unsere Berge sind aber auch gefährlich. Schenken wir deshalb unser Wohlwollen dem braven Bergrettungsdienst, den braven Männern, die das grüne Abzeichen tragen „Österreichischer Bergrettungsdienst“, damit diese ihren freiwilligen, mit viel und großem Idealismus getragenen Dienst im Bewußtsein durchführen können, daß sie der Öffentlichkeit, daß sie dem Land Steiermark einen großen Dienst erweisen. Ein guter Bergrettungsdienst, der eine sichere und rasche Bergung von Verletzten bewirkt, ist sicherlich auch für unsere ausländischen Gäste eine gute Visitenkarte. Und somit trägt er bei, daß viele Fremde zu uns kommen, und wenn viele Fremde zu uns kommen, meine Damen und Herren, kommt das der österreichischen Wirtschaft zugute. Darum zum Abschluß meine Bitte: Mehr Mittel für den Steirischen Bergrettungsdienst! (Landeshauptmann Krainer: „Das haben wir beantragt!“ — Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat **Bammer**.

Landesrat **Bammer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Viel stärker als in den letzten Jahren haben sich die Abgeordneten dieses Hauses bei der Beratung der Gruppe 5 mit den Problemen des Sports auseinandergesetzt. Ich erlaube mir, doch einiges dem anzufügen und will versuchen, auch einige Antworten auf Fragen zu geben.

Der Herr Abgeordnete Leitner hat schon in der Generaldebatte und jetzt wieder Klage darüber geführt, daß die österreichischen Sportler bei der letzten Sommerolympiade in Tokio schlecht abgeschnitten haben. Er hat das letztlich dann in der Generaldebatte so definiert, daß in Tokio nicht die aktiven Sportler, sondern das System der österreichischen Sportförderung unterlegen sei. Ich möchte dem folgendes anfügen: Die Stellung der österreichischen Sportler im internationalen Sportgeschehen ist mit Ausnahme des Wintersports sicher keine erfreuliche, sie ist keine hervorragende. Aber wir sollen nicht übersehen, daß in immer stärkeren Maße sowohl bei der Olympiade als auch bei den anderen

internationalen sportlichen Bewerben und Auseinandersetzungen der Berufssport triumphiert und der Amateursport letzten Endes immer stärker und immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Eine kleine Nation, soweit deren Bevölkerung nicht gerade für eine Sportdisziplin besonders geeignet ist und besondere Voraussetzungen hat, wie etwa Österreich im Schisport oder Holland beim Schwimmen oder die Ungarn im Fechten; eine solche Nation kann bei den Aufwendungen, die heute in den großen Staaten der Erde für den Sport gemacht werden, wenn auch der Wille vorhanden wäre, nicht mit. Ich glaube, es ist nicht einmal bedauerlich, es ist nicht einmal ein Unglück, schon gar kein nationales Unglück, wenn wir aus Tokio ohne Goldmedaillen, ohne Silber- und ohne Bronzemedaillen zurückgekehrt sind. Die österreichischen Sportler haben bezeichnenderweise ihre Höchstleistungen zu einer Zeit vollbracht, die wir alle als die dunkelste und die schlechteste Zeit Österreichs bezeichnen, zu einer Zeit, in der Österreich am meisten Arbeitslose gehabt hat, zu einer Zeit, wo dem arbeitslosen jungen Menschen keine andere Auswahl geblieben ist, als sich einem Verein anzuschließen, als irgendeiner sportlichen Disziplin mit besonderem Interesse und besonderer Leidenschaft nachzugehen. Wenn wir vor die Alternative gestellt würden, solche Verhältnisse und damit eine Spitzenposition der verschiedenen sportlichen Disziplinen wieder zu erreichen oder den heutigen Zustand der Vollbeschäftigung haben zu wollen, so muß ich sagen, daß wir uns, glaube ich, einheitlich für das zweite, ohne zu bedenken und ohne Bedauern entscheiden. (Abg. Leitner: „Haben Sie etwas gegen den Breitensport?“) Ich komme schon dazu, Herr Abgeordneter Leitner. Aber ich glaube, daß unsere Sorge nicht so sehr dem schlechten Abschneiden in Tokio gelten muß, sondern dem Umstand, daß es bisher noch nicht gelungen ist, mehr Aktive auf die Sportfelder, auf die Übungsplätze als in die Zuschauerbänke zu bringen. Und hier liegt meiner Auffassung nach das echte Zukunftsanliegen der österreichischen Sportorganisationen. Bei jedem Bestreben, Spitzensportler herauszubringen und Spitzenleistungen zu vollbringen, muß immer wieder auf die besondere Bedeutung des Sports und der Leibesübungen für die Volksgesundheit hingewiesen werden. Ich brauche nicht zu wiederholen, was heute schon gesagt wurde über die Fernsehsendungen, über die Statistiken und über die Erfahrungen der Ergänzungskommandos des Bundesheeres bei der Untersuchung von Rekruten, was hier alles zutage gebracht wird. Das alles verpflichtet uns geradezu, in Zukunft noch mehr für den Breitensport, für den ausgesprochenen Freizeit- und Gesundheits-sport zu tun. Was können wir dazu tun? Wir können und müssen ausreichende und zweckmäßige Sportanlagen schaffen. Wir haben, auch das wurde betont, in Graz eine Reihe hervorragender Sportanlagen in Bau oder in Fertigstellung, oder sie sind vor kurzem übergeben worden. Aber ich glaube, daß beim Hinführen der Jugend zur Leibesübung, zur gesundheitssportlichen Betätigung, der Schule eine besondere Bedeutung zukommen muß. Die Freude an der Bewegung kann viel mehr und kann viel stärker in der Schule beim Kind geweckt wer-

den, weil der Prozentsatz von Kindern, die sich in Vereinen auf dem Turnboden bewegen, viel zu gering ist, um dieses breite Reservoir für die spätere Betätigung zu schaffen. Ich glaube, daß außer dem Umstand, daß mehr Turnsäle den Pflichtschulen angegliedert werden müssen, auch angefügt werden soll, daß Lehrschwimmbecken, daß Schwimmhallen für Unterrichtszwecke eine dringende Zukunftsaufgabe auch bei der Errichtung neuer Pflichtschulen sein werden. Das mag heute natürlich als etwas verfrüht klingen, weil wir mit viel Mühe und viel Anstrengung die Schulräume uns bemühen zu erstellen. Aber es ist heute, wenn Sie über die Grenzen hinausschauen, in Westdeutschland und in anderen Ländern schon durchaus Gang und Gebe, daß der Pflichtschule mit einigen hundert Kindern ein Lehrschwimmbecken angegliedert ist. Ich sage aufrichtig, bei all diesen schwierigen finanziellen Problemen freut es mich, daß auch steirische Städte sich schon bemüht haben, in der künftigen Planung Möglichkeiten vorzusehen, daß auch solche Lehrschwimmbecken angegliedert werden können.

Wir haben aber auch auf dem Gebiet von Massensportveranstaltungen sicherlich Ansätze. Schon seit einigen Jahren werden in zahlreichen steirischen Gemeinden die „Volks-Ski-Tage“ durchgeführt, bei denen bis zu 500 und 600 Teilnehmer sich an einfachen sportlichen Disziplinen beteiligen. Und wir haben, weil wir glauben, daß wir es den Gebietskörperschaften schuldig sind, im Landes-Sportrat beschlossen, daß im Jahr 1965 erstmals ein „Tag der Volksgesundheit“ von den Sportvereinen her, jedoch mit Unterstützung des Landes und der Gemeinden durchgeführt wird, weil wir die einfache Bewegung, das — wie es heute schon gesagt wurde — Wieder-Kennenlernen der Gehfunktionen der Füße und letztlich auch die einfache Sport-Disziplin stärker dem Staatsbürger, dem Landeseinwohner, vordemonstrieren wollen und ihn zur aktiven Mitarbeit werben müssen.

Es wurde betont, daß die Sportförderung in Tokio besiegt worden sei. Ich muß aufrichtig und offen sagen, und ich darf es namens des Präsidiums des Landes-Sportrates sagen, daß wir mit den Voraussetzungen, die uns durch den Landtag und auch durch die Landesregierung in der Steiermark in finanzieller Hinsicht geboten wurden, durchaus zufrieden sind. Es kann und wird nie möglich sein, alle Wünsche auf einmal zu erfüllen, aber ich darf darauf hinweisen, daß die Mittel für die Sportförderung im Jahr 1961 1,010.000 S betragen haben und im Jahr 1965, wenn es uns nach der Beschlußfassung vorliegt, 3,340.000 S betragen werden. Zu dem kommen noch die Förderungsbeiträge der Gemeinden. Die Sport-Toto-Mittel, die über die Fach- und Dachverbände an die Vereine verteilt werden. Es sind also, wie ich glaube, nicht die finanziellen Voraussetzungen, die eine größere Beteiligung, eine größere Aktivität nicht zulassen würden, es ist einfach — sprechen wir es offen aus — die vorhandene Bequemlichkeit das Ausschlaggebende. Das es also bequemer ist, mit dem Auto zu fahren, daß es bequemer ist, vor dem Fernsehschirm zu sitzen, daß es bequemer ist, im Zuschauerraum zu stehen und anderen zuzusehen. Und diese Bequemlichkeit, diese

Lethargie zu verscheuchen und zu beseitigen ist und muß daher Aufgabe aller Sportinteressierten sein.

Ich möchte also in aller Aufrichtigkeit der Landesregierung und dem Landtag, auch dem Herrn Landes-Sport- und Kulturreferenten und dem Herrn Landes-Finanzreferenten den Dank dafür sagen, daß sie für die Sportförderung beachtliche Mittel bereitgestellt haben und daß sie über diese Mittel im Haushaltplan auch für die großen Anliegen, für die großen Sportstätten immer wieder eingetreten sind und echtes Interesse gezeigt haben. Wir sind mit der Turnhalle in der Engelgasse glücklicherweise fertig geworden. Land und Stadt haben hier wesentliches geleistet. Die Eggenberger Rasensportanlage ist im Fertigwerden und, soweit ich sagen kann, haben Stadt und Land auch durchaus die positive Bereitschaft erkennen lassen, für die Fertigstellung der Kunsteisbahn die entsprechenden Beträge doch auch noch beizutragen. Hier hat ja auch der Bund beachtliche Leistungen finanzieller Art erbracht.

Ich möchte gar nicht erst die dringende Frage des Hallenbades für Graz noch einmal anschneiden. Ich möchte da nur dem Herrn Abgeordneten Leitner sagen, wenn wir, wie wir glauben, das notwendige, das große Hallenbad in der Steiermark und zuerst einmal in Graz haben wollen, dann werden alle, die können und alle, die interessiert sind, daran mittragen müssen, weil für eine so große Aufgabe eine Gebietskörperschaft allein oder eine Bevölkerungsgruppe allein nicht wird aufkommen können.

Und damit, sehr geehrte Damen und Herren, komme ich auch schon zum Schluß. Ich möchte noch einmal kurz darauf hinweisen, daß erst kürzlich die für uns erfreuliche Äußerung getan worden ist, daß in der Steiermark die Zusammenarbeit der Stellen des Landes, der Gemeinden mit der Landes-Sportorganisation auf Grund des Landes-Sportgesetzes eine so erfreuliche, so vorbildliche und gute ist — das waren Worte von Wiener Zentralstellen —, daß man es sich wünschen würde, daß in allen Bundesländern solche Einrichtungen bestünden und daß auch die Zusammenarbeit zwischen den drei Dachverbänden, ASVO, ASKO und Union eine gleich gute wäre.

Ich darf daher noch einmal den Dank der steirischen Sportler aussprechen, und wenn am kommenden Dienstag aus der Hand des Herrn Landeshauptmannes 58 steirische Staatsmeister ihre Urkunden, ihre Diplome erhalten werden, so wissen wir, daß es nur eine Etappe sein kann, eine Etappe zu einer beachtenswerten Stellung des steirischen Sportes im Rahmen des gesamtösterreichischen Sportes und daß wir alle gemeinsam uns noch sehr mühen und noch sehr viel tun werden müssen, um auch dem Umstand gerecht zu werden, daß der Sport in der Haushaltsgruppe 5 bei der Volksgesundheit untergebracht ist. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat **Sebastian:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es scheint in den letzten Jahren das Schicksal der Gruppe 5 geworden zu sein, daß mein Schlußwort immer in die Abendstunden fällt, wo naturgemäß schon eine gewisse Ermüdung einge-

treten ist und dem Hohen Haus alles, was gesagt wird, dann beschwerlich und lang erscheinen muß.

Es ist von einigen der Herren Abgeordneten sowohl im Finanzausschuß als auch hier darauf hingewiesen worden, daß die Gruppe 5 fast ein Viertel des Gesamtbudgets ausmacht, und Sie können mir glauben, daß es den für den wesentlichen Teil dieser Budgetpost zuständigen Referenten dazu drängen würde, mit der Fülle der Ausgaben, die hier getätigt werden, und der Aufgaben, die damit verbunden sind, Ihnen Rechenschaft darüber abzuliegen. Ich möchte gar nicht darüber reden, daß ich ganz gern und auch leicht dazu in der Lage wäre, zumal diese Gruppe fast ein Viertel des Budgets umfaßt, auch ein Viertel der Debatte mit diesen Problemen zu füllen. Ich bin mir dessen bewußt, daß das zuviel verlangt wäre, muß aber trotzdem bitten, daß Sie mir einiges Gehör schenken.

Es ist von mir in der letzten Zeit und vom Herrn Abgeordneten Dr. Stepantschitz, für dessen Beitrag als Diskussionsredner ich besten Dank sage, sowie von allen übrigen Debattenrednern, die zu der Gruppe, soweit sie mich betrifft, gesprochen haben, darauf hingewiesen worden, wenn auch nur mit wenigen Worten, welche hervorragenden ärztlichen und fachlichen Leistungen in unseren Kliniken und Anstalten in den letzten Jahren vollbracht wurden.

Mit Rücksicht aber auf die Tatsache, daß das Budget für heuer für diese Gruppe sehr groß ist und viel Wert auf das Bauen gelegt wird, habe ich heuer davon Abstand genommen, von dieser Seite aus Ihnen meine Betrachtungen darzulegen, sondern ich wollte Ihnen einen kurzen Überblick darüber geben, wie die Mittel zur Verteilung gelangen und was baumäßig am Sektor unserer Krankenanstalten geschehen ist.

Ich bin mir, meine Damen und Herren, sehr wohl bewußt, und ich weiß, daß Sie diese meine Auffassung teilen, daß sich menschliches Leid einfach nicht in Zahlen erfassen läßt. Und es ist viel menschliches Leid und viel menschliche Tragik, die sich in unseren Krankenhäusern abspielen. Wenn ich aber trotzdem heute eingangs meiner Rede mit Zahlen operiere, so deshalb, meine Damen und Herren, damit Sie, aber auch die Öffentlichkeit sich ein Bild davon machen können und sollen, daß unsere Krankenanstalten naturgemäß also und zweckbestimmt sozusagen, primär unseren Kranken, Heilung und Hilfe suchenden Menschen dienen sollen. Aber wenn man über das Krankenhaus spricht, denken die wenigsten Menschen, daß diese Anstalten in ihrer Betriebsführung naturgemäß auch ein sehr wesentlicher Wirtschaftsfaktor sind. Wenn ich nur das Budget aus dem Jahre 1964 hernehme, daß aus dem Präliminare von rund 400 Millionen Schilling allein einmal der Betrag von 273 Millionen Schilling auf den Personalsektor entfällt, und daß natürlich jeder, der dieses Gehalt erhält, unsere Wirtschaft befruchtet, indem er eben sein Gehalt in Konsumgüter umsetzt oder, wenn er dazu in der Lage ist, es auf ein Sparkonto legt und damit uns wiederum die Voraussetzungen zu Investitionen, die wir so dringend brauchen, schafft, das ist schon ein sehr wesentlicher Punkt. Und ich möchte dabei auch darauf hinweisen, meine Damen und Herren,

daß sich in den letzten vier Jahren ein Zustand ergeben hat, der für unsere Anstalten bedrohlich wurde, bedrohlich deshalb, weil noch im Jahre 1960, als ich das Referat übernommen habe, für den Sachaufwand ein Betrag von 59% zur Verfügung gestanden ist, jenes Geldes, das hier beschlossen wurde, und für den Personalaufwand nur 41% verbraucht wurden. In diesen letzten fünf Jahren hat sich das so gedreht, daß nunmehr 59% für den Personalaufwand und nur mehr 41% für den Sachaufwand zur Verfügung stehen. Und wenn Sie dazu noch die Preissteigerung in diesen 5 Jahren bedenken, werden sie sehen, daß sich eine Entwicklung angebahnt hat, die es uns in zunehmendem Maße erschwerte, die so dringend erforderlichen Bedarfsgüter oder ärztlichen Geräte und Einrichtungen anzuschaffen. Es ist heuer wiederum gelungen, neben der erforderlichen Erhöhung am Personalsektor auch auf der Seite des Sachaufwandes diese Situation wieder zum Besseren zu wenden, aber ich möchte nicht verhehlen, daß natürlich auch auf der Einnahmenseite eine sehr wesentliche Erhöhung dieser Gruppe vorgeschrieben wurde, wie ich überhaupt sagen möchte, meine Damen und Herren, daß bei der Behandlung dieser Gruppe viel zuwenig auf die Einnahmenseite geschaut wird, denn sie ist unter allen Einnahmensgruppen, mit Ausnahme der Gruppe 9, wo die verbundene Steuerwirtschaft ist, immerhin die größte Einnahmspost in diesem Budget. Für Lebens- und Genußmittel, meine Damen und Herren, gehen reine 44 Millionen Schilling auf bei unseren rund 2 Millionen Verpflegstagen, die wir in unseren Krankenanstalten haben, für Fleisch- und Wurstwaren 15 Millionen Schilling, für Brot- und Gebäcklieferungen 7 Millionen Schilling, für Molkerei- und Milchprodukte 8½ Millionen Schilling, für ärztliche Erfordernisse 51 Millionen Schilling, für Kohle und Koks 13 Millionen Schilling und für Strom und Beleuchtung 4½ Millionen Schilling. Das sind Beträge, die zu fast 93½% nach einer Aufstellung, die ich den Damen und Herren vor kurzer Zeit zukommen ließ, der steirischen Wirtschaft unmittelbar zugute kommen und zufließen, und der Restbetrag wird im Baugewerbe, im Bau- und Nebengewerbe, bei den Hausbauten und baulichen Maßnahmen und sachlichen Maßnahmen, die wir in unseren Anstalten treffen, verbraucht.

Ich hatte schon im Finanzausschuß, weil eine Anfrage an mich erfolgte, wie die Situation in unseren Krankenanstalten zur Zeit aussieht, einen kurzen Überblick gegeben, und ich werde mich auch hier bemühen, möglichst kurz zu sein, aber ich sagte schon, mit Rücksicht auf das große Bauvolumen, das gerade in diesem für das Jahr 1965 zu beschließenden Voranschlag zum Ausdruck kommt, möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick geben. Ich möchte vielleicht noch einleitend sagen, daß es beim Aufbau und Ausbau unserer Krankenanstalten zwei Phasen zu beobachten gibt. Die erste Phase war die, daß man die Kriegsschäden beseitigte, daß der erste Notstand überwunden wurde, daß man durch Zu-, Um- und Erweiterungsbauten die entsprechenden vordringlichen Maßnahmen getroffen hat und daß man natürlich auch versucht hat, durch Investition der verschiedensten Geräte und Gerätschaften dem immensen Nachholbedarf, aber auch der

medizinisch-technischen Entwicklung Rechnung zu tragen und diese Dinge angekauft wurden. Die zweite Phase hat dann mit dem Bau von neuen Anstalten, der in das Jahr 1955 schon zurückreicht, begonnen, mit dem Zentralröntgeninstitut, und wurde dann mit dem Landeskrankenhaus Wagner fortgesetzt. Vom Landeskrankenhaus Bad Aussee hat Herr Abgeordneter Hofbauer schon in dankenswerter Weise gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß wir dort in sehr exponierter Lage, unter sehr schwierigen Bedingungen den Ausbau vorgenommen haben, daß wir, wenn wir fertig sind, die Bettenanzahl von derzeit 38 auf 80 Betten erweitert haben werden, es konnte der Neubau, der rund 10 Millionen Schilling gekostet hat, jetzt übergeben werden, nunmehr erfolgt die Adaptierung und Umgestaltung des alten Baues, womit wir im nächsten Jahre dann fertig sein werden. Wir werden dort ein eingliedriges, der Chirurgie dienendes Krankenhaus, das auf das beste und modernste ausgestattet ist, für dieses Gebiet zur Verfügung haben.

Ich zähle die Krankenanstalten, damit sie im Voranschlag die Dinge mitsehen und in den Untervoranschlägen, der Reihe nach, wie sie im Voranschlag sind, auf. Das Landeskrankenhaus Bruck/Mur ist ein Sorgenkind. Es ist ständig überbelegt, es ist veraltet, es entsprechen viele seiner Einrichtungen nicht mehr den derzeitigen Erfordernissen, und dazu kommt die Schwierigkeit, daß durch die Verlegung der Bundesstraße uns noch an Grünflächen und Raum genommen wird, so daß dort künftighin ein Ausbau in einem großen oder großzügigeren Maße nicht mehr möglich sein wird. Ich habe daher vor einiger Zeit schon mir mit den zuständigen Stellen des Bauamtes, der Verwaltungsabteilung, aber auch mit dem Bürgermeister von Bruck über dessen Vermittlung ein Grundstück angesehen, welches geeignet wäre, künftighin ein Krankenhaus in diesem Einzugsgebiet des Mur- und Mürztales zu bauen. Erschrecken Sie bitte nicht, meine Damen und Herren. Ich bin mir dessen bewußt, daß an die Realisierung nicht in unmittelbar nächster Zeit herangeschritten werden kann. Aber ich glaube, daß es meine Verpflichtung ist, daß ich zumindest in die Zukunft plane, den Grund einmal sicherstelle, denn erstens einmal bei dem exorbitanten Ansteigen der Grundpreise und bei den an und für sich wenigen zur Verfügung stehenden Gründen in der Obersteiermark habe ich es als meine Verpflichtung empfunden, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß das Land Steiermark sich einen Grund sichert. Es ist auch berechtigte Hoffnung gegeben, daß man mit dem Besitzer zu einer Einigung gelangen wird. Es gibt nur insofern Schwierigkeiten, als dort eine 20 KV-Leitung, eine 100 KV-Leitung und die Ferngasleitung nach Donawitz über diesen Grund und in diesen Grund geleitet sind. Aber ich glaube, bei dem Projekt, das künftig dort erstehen müßte, könnte auch die Verlegung oder Umleitung dieser Leitungen nicht mehr die Rolle spielen. Die Lage der Grundstücke an sich, wäre außerordentlich gut, sie würde entsprechen, und ich glaube, hier könnte ein Krankenhaus entstehen, das wirklich von Grund auf geplant ist, wo man genau erhebt, welche Erfordernisse für das gesamte Gebiet, für Spezial- oder Fachabteilungen sein sollen und das dann Zug um Zug, wenn die

Mittel dafür zur Verfügung stehen, durchgedacht und ausgeplant entstehen könnte. Ich bin sehr froh, daß scheinbar dieses mein Vorhaben auch über den Kreis derer, die mit mir damals oben waren, hinausgekommen ist und daß das nun zu einem Antrag der ÖVP geführt hat, daß der Grund gekauft werden soll. Ich danke für diese Unterstützung. (LH. Krainer: „Der Wunsch ist schon sehr alt, der Abg. Pabst hat das schon vor 2 Jahren verlangt!“) Wir sind also diesem Antrag beigetreten und ich bin nur froh, wenn ich von allen Seiten auf diesem Gebiet Unterstützung finde.

Das nächste Krankenhaus ist Eisenerz. Sie wissen, daß es von der Bergarbeiterversicherung übernommen wurde. Wir haben dieses Krankenhaus, das sehr, sehr schlecht eingerichtet war, das keinerlei Nebenräume hat, versucht, langsam umzubauen und auszugestalten, damit es den Anforderungen entspricht. Vor allen Dingen war es unbedingt notwendig, daß im Krankenhaus Eisenerz ein Klein-Kinder-Zimmer dazukommt und eine Geburtenabteilung. Der Herr Abg. Ileschitz hat darauf hingewiesen, daß 70% der Gebärenden in die Krankenanstalten gehen. Wir hatten aber dort den Zustand, daß die Neugeborenen im Kreißsaal liegen mußten, weil einfach kein eigener Raum für Säuglinge zur Verfügung stand. Wir sind dort mitten im Ausbau. Auch für die Bediensteten mußten entsprechende Räume geschaffen werden, weil die überhaupt nur über eine Feuerleiter in das Dachgeschoß kommen konnten. Aber auf die Unterbringung der Bediensteten werde ich noch speziell zu sprechen kommen.

Ein Sorgenkind, meine Damen und Herren, ist das Krankenhaus in Feldbach. Es war dies, wie das bei vielen Krankenanstalten der Fall ist, ursprünglich nicht zweckbestimmt für ein Krankenhaus, es wurde im Krieg als Heereslazarett herangezogen und ist seither als Krankenhaus in Verwendung. Es fehlt dort an Nebenräumen, es ist bedauerlich, daß die Schwestern nicht einmal ein Schwesternzimmer zur Verfügung haben, sondern daß sie am Korridor die Medikamente, die Spritzen vorbereiten und dort an ihrem Schreibtisch ihren Bereitschaftsdienst versehen müssen. Es wird auch beim Krankenhaus Feldbach einiges in der Zukunft geschehen müssen.

Das Krankenhaus Fürstenfeld ist nach dem Kriege schon ausgestaltet worden. Dort sind aber, wie bei vielen anderen Krankenanstalten, auch Wünsche offen. Es gehört nicht zu den überbelegten Krankenanstalten, das ist aber naturbedingt durch den Raum und durch die Bevölkerungsziffer. Daher ist ein Ausbau nicht so dringend. Natürlich wäre auch wünschenswert, wenn einiges geschehen könnte.

Wichtiger und ein Schwerpunkt für das oststeirische Gebiet scheint mir das Krankenhaus Hartberg zu sein. Wir haben in den letzten Jahren auch dort um- und zugebaut, aber es scheint, daß eine Generalplanung erstellt werden muß für dieses Krankenhaus. Es ist für Projektierungsarbeiten auch im ao. Voranschlag ein Betrag vorgesehen, damit einmal ganz konkret festgestellt und projektiert werden kann, was dort geschehen soll. Und dann muß meiner Meinung nach vordringlich, nachdem im kommenden Jahr ja einige Bauvorhaben auslaufen, in Hartberg mit einem entsprechenden Um- und Zubau begonnen werden.

Das Krankenhaus Judenburg wurde in den letzten Jahren umgestaltet. Es hat einen Zubau erhalten. Hier ist, abgesehen von den Einrichtungen für das Personal, nichts Wesentliches mehr zu tun.

Im Krankenhaus Knittelfeld konnten wir auch in den letzten Jahren Wesentliches machen. Dort ist noch die Schließung einer zweiten Baulücke und die Fassadierung vorgesehen, dann, glaube ich, zumal dort auch Personalwohnhäuser gebaut wurden, daß dort auch das Wesentlichste damit geschehen ist.

Ein neuralgischer Punkt, meine Damen und Herren, ist das Krankenhaus Leoben. Hier wäre es vordringlich, eine Kinderabteilung zu bauen. Aber auch alle übrigen Abteilungen sind überbelegt. Das Landeskrankenhaus Leoben hat fast immer einen Belag von über 100%, wobei ein Krankenhaus normalerweise überhaupt nur bis zu 80% belegt sein soll und mit einem 80%igen Belag als bereits voll belegt gilt. Aber es wird in Leoben nicht mehr viel geschehen können, weil dieses Krankenhaus an einem so exponierten Platz längs der Bahn mit einem Bahnschranken liegt. Wenn die Rettung rasch fährt, um ein Menschenleben zu retten, muß sie dann oft beim geschlossenen Schranken stehen und warten. Es ist die Situation deshalb noch schwieriger geworden, weil das Werkskrankenhaus Donawitz zu einer Unfallstation ausgebaut und weil das Krankenhaus Seegraben aufgelassen wurde. Das macht die Situation im Krankenhaus Leoben doppelt schwer. Ich glaube, daß der zur Verfügung stehende Raum dazu benützt werden soll, daß man ein Bettenhaus macht, um zeitweise Auflockerungen vornehmen zu können. Es ist einfach erschütternd, wenn man hinkommt und dort die Menschen am Korridor herumliegen sieht.

Ein Sorgenkind ist das Krankenhaus Mariazell. Es ist nur ein eingliedrig geführtes, kleines Krankenhaus und dort gäbe es natürlich eine Reihe Dinge zu machen. Es scheint, auch wichtig zu sein in dem Gebiet, gerade weil ja im Winter viele Sportunfälle sich dort ereignen und über den Seeberg der Krankentransport ja außerordentlich schwierig ist und gar nicht immer möglich ist.

Das Krankenhaus Mürzzuschlag ist mit Ausnahme der Personalunterkünfte relativ gut in den letzten Jahren umgestaltet worden, so daß wir auch dort glauben, in Zukunft nichts Wesentliches bauen zu müssen.

Das Krankenhaus Radkersburg ist in den letzten Jahren gut ausgebaut worden. Es hat nach einer chirurgischen auch eine interne Abteilung bekommen, es ist eine Geburtenstation dazu gekommen und wir werden dort noch heuer den so sehr begehrten Aufzug anbringen. Ich möchte in diesem Zusammenhang generell für alle Krankenanstalten, die noch keine Krankenbett-Aufzüge haben, sagen, es ist etwas ganz Einfaches. Aber glauben Sie mir, daß die Tatsache, daß in einem Krankenhaus noch kein Krankenbett-Aufzug ist, dazu angetan sein kann, daß wir kein Haus-, Warte- und Wirtschaftspersonal bekommen, weil heute niemand mehr die Patienten treppauf und treppab schleppen will. Es wird also auch eine der vordringlichsten Maßnahmen sein, daß man überall dort, wo es noch keinen Krankenbettaufzug gibt, mindestens einen hinbaut.

Über das Krankenhaus Rottenmann wurde schon gesprochen. Dort ist mit Ausnahme während der Kriegszeit seit dem Jahre 1926 nichts geschehen. Dort wird also jetzt der Zubau kommen, der aber nicht zur Bettenvermehrung dient, dieser erste Bauabschnitt wird lediglich die Behandlungs-, Operation- und Untersuchungsräume erweitern. Hier komme ich auch zu dem, was Herr Abg. DDr. Stepantschitz betreffend Rottenmann gesagt hat, wie das Problem bei den Ärzten ist, bzw. daß man beim derzeitigen Ärztemangel, überhaupt Ärzte in ein solches Landeskrankenhaus bekommt. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eines aufmerksam machen, meine Damen und Herren: Es ist nicht leicht verständlich, um mich möglichst vorsichtig ausdrücken, wenn zu einem Zeitpunkt, wo wir an einem solchen Ärztemangel leiden, die Österreichische Ärztekammer eine Aussendung herausgibt, worin die studierende Jugend an den Universitäten aufgefordert wird, sich nicht dem medizinischen Studium zuzuwenden, weil der Beruf eines Arztes nicht dazu angetan ist, eine Familie zu erhalten. Ich muß sagen, das ist etwas schwierig (LH. Krainer: „Stimmt auch nicht!“) und ich möchte mich über dieses Problem nicht weiter äußern, ich sage dazu nur, daß eine solche Aufforderung natürlich auch nicht dazu beiträgt, große Hoffnungen zu wecken, daß es künftighin mit dem Ärztemangel besser werden wird.

Im Landeskrankenhaus Voitsberg ist auch ein Teil des Umbaues bereits vorgenommen worden, im wesentlichen der Umbau der Küche, der Wirtschaftseinrichtungen, wir sind aber jetzt dabei, auch andere wichtige Teile zu adaptieren. Das Landeskrankenhaus Wagna war das erste neue Krankenhaus neben dem Zentralröntgeninstitut und dem Kinderpavillon auf der Stolzalpe. In Wagna wird also der 3. Bauabschnitt mit Beginn des nächsten Jahres fertig.

Hörgas-Enzenbach und die Stolzalpe, meine Damen und Herren. Die Stolzalpe. — Es ist also dazu gekommen, daß die Tbc-Erkrankungen zurückgegangen sind, daß die Stolzalpe schon teilweise unterbelegt war, und es gibt einen Rechenkoefizienten, das heißt, es muß ein bestimmter Belag in einem Krankenhaus vorhanden sein, damit ein gewisser Wirtschaftlichkeitsfaktor erreicht wird. Wir sind daher schon im August 1961 dazu übergegangen, den Status der Heilstätte in ein Sonderkrankenhaus umzuwandeln und haben nunmehr ein zweites Mal den Indikationsbereich des Krankenhauses erweitert. Das bedingt natürlich, meine Damen und Herren, daß jetzt nicht mehr in althergebrachter konservativer Art dort die Behandlung erfolgt, sondern daß mannigfache operative allgemein chirurgische Eingriffe gemacht werden, ein viel rascherer Patienten-umlauf und dadurch natürlich viel mehr Personal erfordert wird, viel mehr medikamentöser Einsatz, aber wir haben dadurch die Belagsziffern auf der Stolzalpe wieder hinaufgebracht, und wir haben vor allen Dingen der Bevölkerung dieses obersten Gebietes des Murtales die Möglichkeit eröffnet, rasch in ein Krankenhaus zu kommen. Aber ich muß sagen, die Investitionen baulicher Art, personeller Art, technischer Art sind enorm und mannigfach, und wir werden nicht umhin können, vor allen Dingen auf

personellem Sektor hier noch einiges zu tun. In Hörgas und Enzenbach werden laufend Umgestaltungen und Umbauten vorgenommen, weil ja auch dort Jahrzehnte hindurch wie in den meisten Krankenanstalten nichts geschehen ist. Aber es kann eben nur Schritt um Schritt und Zug um Zug gehen.

Die Landes-Pflegeanstalten Feldhof, Schwanberg und Messendorf, von der Sie, sehr geehrte Frau Kollegin gesprochen haben. Auch hier bemühen wir uns ständig, etwas zu verbessern. Seit vier Jahren arbeiten wir an der Umgestaltung des sogenannten D-Traktes. Es wird immer ein Teil herausgenommen, umgebaut, darum ist auch der Überbelag in Messendorf, weil ja 80 Pflinglinge aus dem D-Trakt, wo gerade gearbeitet wird, aus der Abteilung dort sind. (Abg. Egger: „Ob viel oder wenig Patienten, das ist unerheblich!“) Aber wenn ich, hochgeschätzte Frau Kollegin, gleich auf das zu sprechen komme, was Sie in diesem Zusammenhang sagen: Schauen Sie, es ist eine Tragik. Wir haben ja Menschen dort beschäftigt und Verantwortliche, und wenn Sie sich beklagen, daß keine Waschsüssel dort ist (Abg. Egger: „Kein Wasser!“), dann muß ich Ihnen sagen, daß es das erste war, was mir dort aufgefallen ist, und daß ich gesagt habe, ja, ist denn das möglich. (Abg. Egger: „Ich habe nichts von zu wenig Waschsüsseln gesagt, zu wenig Wasser und nur kaltes Wasser!“) Aber ich sage Ihnen, wenn ich hinkomme und sehe, daß soundso viele Leute auf einer Station sind, daß ich erst dann sagen muß: Warum sind da nicht mehr Waschsüsseln? Warum ist da nicht eine Stellage, wo man sie aufhebt. (Abg. Egger: „Sie haben mich falsch verstanden!“) Aber ich sage Ihnen das, ich weiß auch, daß dort nur Kaltwasser ist und ich weiß auch, daß das Bad weit weg ist. Der Herr Abg. Prim. Dr. Stepantschitz hat vor einigen Jahren einmal über Messendorf gesprochen. Glauben Sie mir, gnädige Frau, alles, was wir für Messendorf noch tun, ist eine Fehlinvestition. Das einzige, was für Messendorf noch möglich ist, ist, daß es geschliffen wird. Und es ist eine Tragik, daß wir noch nicht in der Lage sind. Denn auch nicht die Kläranlagen, gnädige Frau, rettet mehr das Odeur dieser Korridore, sondern hier ist einfach ein Bau, der in die Jetztzeit nicht mehr hineinpaßt. Und es hat der Herr Prim. Dr. Stepantschitz damals ja auf die vielfache Zweckbestimmung dieses jahrhundertalten Gebäudes hingewiesen. Die Anstalt Feldhof wird im Jahre 1970 ihr 100jähriges Bestehen feiern, und ich hoffe, daß es dem Hohen Haus und mir möglich sein wird, auch im Bestreben — ja wir haben es umgetauft auf Wagner-Jauregg-Platz, damit wir vom Feldhof wegkommen — im Bestreben, daß wir dort eine offene Station hinbekommen, um das Odium des Feldhofes an sich wegzunehmen, auch bauliche Maßnahmen treffen können, daß wir Messendorf überhaupt entleeren können, daß wir dort nicht mehr Menschen unterbringen müssen. Und wenn Sie dann darauf hingewiesen haben, daß Leute auch in der Arbeitstherapie verwendet werden und daß deren Kleidung nicht die beste ist, schauen Sie, auch hier habe ich mich bemüht am Sektor Bekleidung, gnädige Frau. Es ist halt schwierig. Zuerst ist einmal Wehrmachtsstoff verwendet worden. Dann habe ich gesagt: Muß es denn so ein häßlicher Stoff sein? Muß

es eine solche Art von Stoff sein? Wenn Ihnen aber dann gesagt wird, es hilft ja nichts, sie müssen dort eben einen starken Loden nehmen, weil es so und so viele Menschen gibt die daran reißen und die ihn sonst ruinieren, dann muß ich das zur Kenntnis nehmen. Ich habe Anstoß daran genommen, gestützt auf den Kontrollbericht aus dem Jahre 1962, daß wir noch wie vor 50 Jahren dort unten selbst die Schuhe erzeugen und daß wir dann Schuhe haben, die schon von 5 und 6 Patienten getragen wurden, vertreten sind und vorne aufgehen. Ich habe gesagt es muß doch möglich sein, daß man sich mit einer steirischen schuherzeugenden Firma in Verbindung setzt und einen zweckmäßigeren, viel billigeren Arbeitsschuh bekommt. Ich kenne also die Dinge, aber ich teile nicht Ihre Auffassung, daß mit billigen Mitteln dort in Messendorf etwas gemacht werden kann.

Nun komme ich zum Krankenhaus Graz, meine Damen und Herren. Im Krankenhaus Graz ist viel in den letzten Jahren geschehen. Und wenn Herr Abg. Prim. DDr. Stepantschitz auf das Volumen der Wäscherei hingewiesen hat, so kann ich Ihnen sagen, ebensogut und gerne könnte ich über die Küche sprechen, wenn Sie bedenken, was es heißt, für 4000 Menschen Essen fertigzustellen und dieses auf 58 Stellen zu verteilen. Und ich könnte allein über die heuer abgeführte Kritik über Krankenhauskost, hier Ihnen einiges sagen. Aber wie gesagt ist das nicht möglich. Ich könnte ebensogut eine ganze Stunde über die Betriebe, die dieses Krankenhaus erfordert, sprechen, was hier alles geschehen müßte und immer unter dem Blickwinkel und unter Bedachtnahme darauf, daß das Krankenhaus 1905 bis 1912 gebaut wurde für einen Belag von 1700 Patienten und jetzt immerhin über dreitausend Menschen aufnimmt. Die Krönung für das Krankenhaus Graz aber, meine Damen und Herren, ist die Tatsache, daß wir am Freitag dieser Woche, die Dächgleiche für die Kinderklinik vornehmen können, ein Projekt, das bei seiner Fertigstellung über 90 Mill. S kosten wird, wovon sich der Bund bereit erklärt hat 40% zu bezahlen. Und wenn diese Klinik fertig sein wird, wird sie eine der modernsten Kliniken für Kinderkrankheiten sein. Die zweite Krönung, die gerade für das Krankenhaus Graz insoweit bevorsteht, ist die Tatsache, daß wir in der nächsten Zeit mit dem Bau der ersten Chirurgie beginnen werden, die ebenfalls modernst ausgestattet und durchdacht ist, eine Überdruckoperationskammer hineinkommt, ein Hubschrauberlandeplatz darauf vorgesehen ist und alle übrigen neuesten Erkenntnisse des Krankenhausbaues dort zur Verwertung gelangen. Hubschrauberlandeplatz deshalb, meine Damen und Herren, weil ich glaube, daß auch hier wiederum in die Zukunft schauend für schwere Erkrankungen letztlich das Transportmittel der Zukunft der Hubschrauber sein wird. In dem Zusammenhang wollte ich darauf hinweisen, daß ich gestern in der Tagespost lesen konnte, daß bei der (Abg. Pölzl: Das ist eine gute Zeitung) Kinderklinik, Luftschutzräume gebaut werden. Sie scheint also schlecht informiert zu sein. Ich habe gelesen, daß wir dort schon den besten Luftschutzbunker oder Zivilschutzbunker hätten. Das ist nicht der Fall. Der ist bei der Kinderklinik noch nicht

einmal begonnen. Er kommt dorthin, wo der Parkplatz ist. Aber bitte, solche Dinge können passieren. Wir haben über diese Frage ja gesprochen. (Landesrat Wegart: „Der Referent gibt so schlechte Informationen!“) Nun aber, meine Damen und Herren darf ich noch zu den einzelnen Diskussionen, soweit sie in der Debatte mein Referat betroffen haben, Stellung nehmen, soweit ich sie noch nicht berührt habe.

Es ist erfreulich — darauf möchte ich noch hinweisen —, daß wir in der nächsten Zeit auch mit dem Bau eines Schwesterninternates beginnen werden, womit wir hoffen, das es leichter sein wird, Schülerinnen für diesen schweren Beruf zu bekommen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, bei dieser Sache daran zu denken, daß die Anforderungen, die heute an eine Krankenschwester gestellt werden, weit über das Ausmaß hinausgehen, was früher von einer Krankenschwester gefordert wurde. Es sind physische und psychische Anforderungen die gestellt werden, sie muß heute Einrichtungen, Mechanismen bedienen, die es früher nicht gegeben hat und letztlich, meine Damen und Herren, gehört wirklich ein starkes Herz dazu, ein junges Mädchen dazu zu bringen, das erste Mal am Bett eines sterbenden Menschen zu stehen. Wir hoffen, daß wir mit einer wesentlich moderneren Unterbringung hier den bestehenden Mangel werden beseitigen können. Ich möchte nicht darauf hinweisen, was im Ausland gerade auf diesem Sektor geschieht und daß es trotzdem außerordentliche Schwierigkeiten gibt.

Zum Schluß dieses Kapitels, meine Damen und Herren möchte ich noch sagen, daß es nichts nützt, wenn wir die besten Krankenanstalten bauen, wenn wir sie bestens ausgestalten, das Wichtigste ist, daß wir auch Wohnraum und Unterkunft für die dort arbeitenden Menschen schaffen und daß wir die entsprechenden sozialen Einrichtungen in diesen Gebäuden vorsehen.

Ich habe gestern der Frau Abg. Egger gesagt, daß ich ihr antworten werde auf ihre Frage hinsichtlich des Internates. Es ist schwierig, in welche Situation man kommen kann, daß man eben in einer solchen Funktion selbst nicht davor gefeit ist, einmal einer charmanten Frau „nein“ sagen zu müssen. Es fällt mir das außerordentlich schwer. Aber ich habe Ihnen wiederholt meinen Standpunkt zu dieser Frage mitgeteilt. Ich kann mich Ihrer Argumentation nicht anschließen, Frau Abgeordnete, weil wenn ich Ihrer Argumentation folgen würde, daß die Schulleiterin oder der Schulleiter bei seinen Zöglingen im Internat wohnen muß, dann müßten alle Direktoren unserer Mittelschulen in Graz auch in den Schülerheimen des Landes wohnen und natürlich internatsmäßig untergebracht werden. (Abg. Egger: „Das ist doch eine völlig andere Situation! Im Gesetz ist es verankert! Wenn man aber die Worte verdreht und falsche Wahrheiten sagt, so kann man nicht argumentieren!“ — LH. Krainer: „Die Regierung hat ja darüber noch nicht entschieden!“) Im Gesetz steht auch drinnen, daß eine eigene Schulleitung sein muß, aber es steht nichts von einem eigenen Internat. Wir haben ein Internat des Landes und dieses wird von einer hervorragend ausgebildeten

Schwester geführt. Für den zukünftigen Bau ist ja ohnedies eine Regelung getroffen, die — so hoffe ich — zu einer Befriedung zumal nach außen hin beitragen wird. Innerlich wird es deshalb doch keine Befriedung geben, die Schwierigkeiten werden weiter bleiben.

Sie haben weiter von der Tetanus-Impfung gesprochen, Frau Abgeordnete. Sie unterstützen hiermit eine Forderung von mir, die ich schon zweimal erhoben habe beim Tag der Ersten Hilfe und wir haben heuer einen Antrag eingebracht auf Schaffung eines Gesundheitspasses, wobei ich glaube, daß der Gesundheitspaß, wie er in Salzburg aufgelegt ist, vollauf entsprechen würde, so daß man nicht wieder etwas Neues drucken müßte und dadurch auch eine Einheitlichkeit in Österreich erreicht werden würde.

Ich muß, meine Damen und Herren, zur Frage „Alterskrankenhäuser“ noch etwas sagen. Ich habe hier in diesem Hohen Haus über dieses Problem schon gesprochen und es lag ursprünglich ein Mißverständnis vor, das rein in der Bezeichnung bestanden hat, zwischem dem Herrn Abg. DDr. Stepantschitz und mir. Ich habe damals gesagt, das Gesetz sieht oder kennt nur den Ausdruck des Krankenhauses für chronisch Kranke und daß ich mich dagegen wehre, daß wir ein Krankenhaus, das a priori schon das Stigma trägt, daß hier nur alte Menschen hineinkommen, nicht machen sollen, damit diese Menschen nicht das Gefühl haben sollen, „aha, ich werde schon abgeschrieben, ich komme nicht mehr in ein voll ausgestattetes Krankenhaus“. Daß ich mich also dagegen wehre, daß das aber auch die Ärzte tun und daß das auch die Psychologen tun. Ich glaube also, wir wollen ja alle dasselbe, es geht ja im wesentlichen darum, Pflegeheime zu schaffen, wo eine ärztliche Betreuung vorhanden ist, wo Schwestern vorhanden sind, Pflegeheime, die in Verbindung mit einem Krankenhaus stehen, wohin also jederzeit der akut Kranke eingeliefert werden kann. Die Frage der postoperativen Behandlung, Herr Primarius DDr. Stepantschitz, ist, wie Sie wissen, eine Frage der Bettenhäuser, indem heute die Krankenhäuser so gebaut werden, daß gemeinsame Einrichtungen bestehen und dann Bettenhäuser, wo das Liegen und die Nachbehandlung erfolgen können, zu billigeren Sätzen, als das im Krankenhaus selbst der Fall sein kann.

Herr Abg. Pölzl, Ihnen darf ich sagen, Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß wir nicht ebenso offenen und leichten Herzens der Errichtung von Unfallstationen, sei es nun durch die Unfallversicherung oder sonstige Versicherungen zustimmen. Wir stimmen diesem Antrag gerne zu, ich möchte nur Ihrer aller Zeit nicht so sehr in Anspruch nehmen, denn hier gibt es eine Reihe anderer Faktoren, die da hineinspielen. Sie haben sich das einfach gemacht, indem Sie sagten, „na, das ist ja ungeschickt, wenn da einer in Liezen einen Unfall hat, bis der dann nach Graz geführt wird“. Ich befinde mich, abgesehen von den Fachleuten auf diesem Gebiet, auch in guter Gesellschaft mit den Politikern, denn niemand Geringerer als unser sehr verehrter Herr Landeshauptmann hat einmal sehr richtig gesagt, „was hilft das, wenn ich einen ins Unfallsranken-

haus transportiere, damit dort Spezialeingriffe am Schädel, an den Extremitäten oder sonstwo vorgenommen werden, wenn der in dem Unfallschock, beim allgemein ausgestatteten Krankenhaus vorbeigeführt wird und unterwegs stirbt. Es gilt also, unsere Krankenhäuser so auszustatten, daß allgemeine chirurgische Eingriffe aller Art gemacht werden können und daß die Spezialbehandlung auf dem Gebiete dann in speziell dafür eingerichteten Unfallkrankenhäusern gemacht wird. Das ändert nichts an der Tatsache, daß wir es außerordentlich begrüßen würden, wenn ein weiteres solches spezielles Krankenhaus irgendwo und von wem immer errichtet werden würde. Ich glaube, es müßten dann nur zu diesen Überlegungen noch sehr fachliche Überlegungen seitens der Mediziner kommen.

Sie können mir glauben, daß ich noch über eine ganze Reihe von Problemen etwas zu sagen hätte, besonders im Zusammenhang mit der Restaurierung von Krankenanstalten, weil auch davon hier gesprochen wurde. Ich sehe aber auch, wie schwierig es ist, nach so langer Zeit noch aufmerksam zuzuhören. Aber eines müssen Sie mir noch gestatten, meine Damen und Herren, daß ich von dieser Stelle aus auch den Vertretern des Bundes für Ihr Verständnis, das sie bei den großen Bauvorhaben für unsere Belange gehabt haben, hier den Dank ausspreche. Meine Damen und Herren, es war namentlich bei dem in Rede stehenden Bau der 1. chirurgischen Abteilung sicherlich nicht einfach die Herren zu überzeugen, wenn von ursprünglich 34, dann 38, dann 92, dann 104, dann 121 bis letztlich zu einem Projekt von 125 Mill. S der Baukostenzuschuß immer angestiegen ist. Ich muß hier weil der Herr Ministerialrat Dr. Sturminger nunmehr auch in Pension geht, der die Jahre seines Wirkens im Ministerium außerordentlich großzügig und wohlwollend Verständnis für steirische Belange gezeigt hat, meinen besonderen Dank abstaten, meinen Dank, meine Damen und Herren, das werden Sie verstehen, daß ich diese Gelegenheit wahrnehme, möchte ich natürlich so wie alle Jahre auch diesmal wieder als der für dieses Referat zuständige Referent allen in den Krankenanstalten Bediensteten, wo immer sie tätig sind, ob als Arzt und Schwester am Krankenbett, als Wärterin, Heizer oder sonstwie, sie alle tragen dazu bei, daß diese sehr komplizierte Maschine und daß dieses sehr komplizierte Werk überhaupt laufen kann und funktionieren kann, ihnen allen möchte ich von dieser Stelle aus für den schweren und oft opfervollen Beruf, den sie erwählt haben und dem sie dienen, den besten Dank aussprechen. Danken möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch der Administrativabteilung, der Rechtsabteilung 12 und der Sanitätsabteilung, soweit sie damit befaßt ist und den Herren des Landesbauamtes, die gerade mit der Abteilung zwölf eine mannigfache Aufgabe zu erfüllen haben. Eine Reihe von Menschen, die mehr als drei Jahrzehnte unseren Anstalten und unseren Kranken gedient haben, scheidet aus dem Landesdienst aus, auch Ihnen möchte ich an dieser Stelle danken für ihre Jahrzehnte währende Treue und Dienstbereitschaft dem Land und den Kranken gegenüber, und hier, weil es ja unmöglich ist, alle hervorzuheben, möchte ich nur dem leitenden Primararzt des Lan-

deskrankenhauses Judenburg, Prim. Dr. Ludvik, dem Primarius der chirurgischen Abteilung des Landeskrankenhauses Judenburg Dr. Maier, und dem Primarius der Frauenabteilung am Feldhof, Prim. Dr. Koss, den Dank des Hauses, aber auch meinen persönlichen Dank für ihre langjährige Tätigkeit im Lande Steiermark, für ihre opfervolle Hingabe an die Kranken, die sie betreut haben in ihrem Wirkungsbereich aussprechen. Sie haben sich die Wertschätzung der Menschen mit denen sie in Berührung gekommen sind, denen sie geholfen haben, die sie geheilt haben, erworben. Diese Wertschätzung ist auch sichtbar zum Ausdruck gekommen, durch hohe Auszeichnungen des Herrn Bundespräsidenten, sei es durch die Verdienstmedaille für die Republik Österreich oder den Titel „Medizinalrat“. Ihnen allen sei an dieser Stelle gedankt und zum Schlusse danke ich Ihnen, meine Frauen und Herren Abgeordneten und der Landesregierung für das Wohlwollen und für das Verständnis, das Sie gerade diesem so wichtigen Kapitel immerzu entgegengebracht haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter: Ich verzichte.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die den Ansätzen der Gruppe 5 zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Gruppe ist angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 9 Uhr früh. Pünktlicher Beginn!

Unterbrechung: 16. Dezember, 22.45 Uhr.

Fortsetzung: 17. Dezember, 9 Uhr.

Präsident: Hohes Haus! Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 6 „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen“. Berichterstatter ist Herr Abg. Franz Koller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Koller: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als höchst dotierte Gruppe, nämlich mit 492 Millionen Schilling oder über 25% an Ausgaben des gesamten ordentlichen steirischen Landesbudgets ist die Gruppe 6 für die verschiedenen Wohnbauförderungen, den Straßenbau, die Flußregulierungen und für die Wasserleitungs- und Kanalbauten zuständig. Damit sind die in dieser Gruppe vorgesehenen Maßnahmen des Landes zu einem entscheidenden Motor für die steirische Wirtschaft geworden. Kräftige Wirtschaftsimpulse gehen hier Hand in Hand mit der Lösung dringlich gewordener Probleme, wie der Frage der ausreichenden Wohnversorgung und der Anpassung unseres Straßennetzes an die Anforderungen des modernen Verkehrs.

Diese Tatsache findet auch im vorliegenden Budget ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß im kommenden Jahr für die vorhin genannten Zwecke um 71,4 Millionen Schilling mehr ausgegeben werden.

Im einzelnen sind vorgesehen: für die Wohnbauförderung 233 Millionen Schilling. Im Jahre 1964

wurde aus den verschiedenen Wohnbauförderungsaktionen der Bau von 2946 Wohnungen gefördert. Mit den um 25,6 Millionen Schilling erhöhten Betrag für das Jahr 1965 wird es sicherlich möglich sein, im kommenden Jahr den Bau von noch mehr Wohnungen zu fördern. Dies ist auch notwendig, weil bereits jetzt beim Landes- Wohnungs- und Siedlungsamt ungefähr 2300 unerledigte Wohnbauförderungsanträge von natürlichen Personen und Anträge für etwa 8800 Wohnungen von Gemeinden und Bauvereinigungen vorliegen. Daß im Laufe des kommenden Jahres weitere Anträge folgen werden, ist zu erwarten.

Für den Straßen- und Brückenbau sind neben den Bundesstraßen vom Lande für 1965 215,1 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist um 26,3 Millionen Schilling mehr als 1964. Damit ist es sicherlich möglich, eine weitere Etappe im Ausbau der steirischen Landesstraßen zu verwirklichen.

Für die Flußregulierungen und die Wildbachverbauungen wurden die Ansätze gegenüber 1964 erfreulicherweise verdoppelt. Es stehen im kommenden Jahr insgesamt 25,6 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die um 7,1 Millionen Schilling erhöhten Ansätze für Wasserleitungs- und Kanalbauten werden es besonders den Gemeinden ermöglichen, ihre vor allem aus sanitären Erwägungen vordringlichen Projekte zu verwirklichen, stehen doch für diesen Zweck insgesamt 17,2 Millionen Schilling an Förderungsmitteln zur Verfügung.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren ist ein kleiner Auszug aus der Gruppe 6. Der Finanzausschuß hat sich mit allen diesen Fragen der Gruppe 6 eingehend befaßt und ich darf im Namen desselben, die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, der Gruppe 6, Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Ingenieur Koch. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewaltiges ist seit dem Jahre 1945 auf dem Sektor Straßen- und Brückenbau geleistet worden. Viele Wünsche sind erfüllt worden, aber viele Wünsche sind noch offen. So ist auch in unserem Bezirk Deutschlandsberg noch eine Reihe von solchen Wünschen offen. Wir haben eine Reihe von Straßen, die noch nicht asphaltiert sind, wir haben noch eine Reihe von Verkehrsfallen, wir haben Straßenübernahmewünsche, wir haben auch Ortsdurchfahrten zu asphaltieren und anderes mehr. Ich werde mich bemühen, möglichst kurz die Dinge zusammenzufassen, damit auch möglichst viele Kollegen Gelegenheit haben, ihre Wünsche anzubringen, weil ja der allgemeine Wunsch besteht, daß wir vor Weihnachten noch dieses Budget verabschieden.

Einige wichtige Wünsche erlaube ich mir kurz vorzutragen. Das ist die Ortsumfahrung Frauenthal, die mit ihren Verkehrsfallen sicherlich ein sehr ernstes und wichtiges Problem ist. Auch der Johngraben, der in seinem Steilstück zur Hälfte abgeschränkt werden muß und diese gefährliche Stelle seit Jahren besteht, muß, glaube ich, endlich einer

Sanierung zugeführt werden. Der Weiterbau der Straße Eibl—Lorenzen ist ebenfalls eine dringliche Angelegenheit, weil diese Steilstraße bei einem Wolkenbruch vollständig wieder zunichte gemacht werden kann, die derzeit in einem verhältnismäßig guten Zustand ist und wo mit einem Belag sehr rasch und verhältnismäßig billig diese Straße saniert werden könnte.

Außerdem möchte ich anmelden, daß die Straßenübernahme von Lorenzen bis Mautnereck eine sinnvolle wäre, weil ja die Ringstraße zur Sobother Bundesstraße dann damit hergestellt sein würde, die verkehrsmäßig und volkswirtschaftlich von großer Bedeutung wäre.

Der Weiterbau der Glashüttner Straße — es fehlen noch 4 km — hätte fremdenverkehrsmäßig und allgemeinwirtschaftlich eine besondere Bedeutung.

Ortsdurchfahrten habe ich schon erwähnt. Da möchte ich auch bitten, die wichtigsten im nächsten Jahr durchzuziehen. Im besonderen darf ich erwähnen St. Anna ob Schwanberg.

Das größte Bauvorhaben ist die Bundesstraße Eibiswald—Lavamünd. Dort sind gewaltige Bauwerke durchzuführen, vor allen Dingen diese wunderschöne, große Brücke, die das ganze Tal überspannt und die wahrscheinlich in Kürze vollendet sein wird. Diese Straße hat für Süd- und Südweststeiermark eine außerordentliche Bedeutung und wir dürfen hoffen und wünschen, daß mit besonderem Nachdruck diese große Verkehrsstraße, die ja das Tor nach dem Westen aufreißt, in den nächsten drei Jahren vollendet werden kann. Ein wesentliches Problem ist, die Straßen von den schweren Lastzügen vor allen Dingen von den Ollastzügen, zu entlasten. Da gibt es 2 Möglichkeiten und zwar, daß die Pipeline so rasch als möglich verwirklicht wird, die aus dem Süden über die Koralpe führen soll, etwa Landsberg—Wildon, dann durch die Oststeiermark nach Schwechat und die Autobahn von Gleisdorf nach Graz und in späterer Folge bis nach Mooskirchen weiter. Die Gesamtlänge der Autobahn ist ja 140 km, die durch die Steiermark zieht und es würde sehr zum Vorteil sein, wenn es gelänge — wie etwa in großen Zügen geplant — dieses große Bauvorhaben in 5 Jahren durchzuziehen. Es wird nicht leicht sein, monetär und personell, die großen Aufgaben der Straßen- und Brückenbauten durchzuziehen, nachdem der Verkehr ja lawinenartig wächst.

Ich darf zusammenfassend meine drei Wünsche noch einmal äußern: die Straßenwünsche, wie wir sie aufgezählt haben im nächsten Jahr ins Programm zu nehmen, zweitens den Bau der Pipeline und den Bau der Autobahn so rasch wie möglich zu aktivieren und drittens, daß man bei dieser Gelegenheit versucht, eine Raffinerie im südweststeirischen Raum zu placieren, weil sie dort ja bedarfsgemäß sinnvoll placiert werden soll und könnte.

Abschließend darf ich noch — es wird sicher noch von berufenem Munde erfolgen — dem ganzen Landesbauamt, dem Baudirektor mit allen seinen Mitarbeitern den besonderen Dank aussprechen, denen das Kunststück gelungen ist, ein Mehrfaches an Geld zu verarbeiten und in den Bauwerken zu verwirklichen nahezu mit dem gleichen Personalstand. Wir alle wissen, daß in den letzten zehn

Jahren der Betrag sich vervielfacht hat und diese Ingenieure und diese Techniker diese gewaltige Summe verarbeiten konnten. Ich glaube im Namen aller ihnen Dank sagen zu dürfen. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Bammer.

Landesrat **Bammer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Ansätze der Gruppe 6 werden, soweit es den Wohnungsbau und die Wohnbauförderung betrifft, sehr viele Neubauwohnungen im kommenden Jahr ermöglichen und damit wieder zahlreichen Familien eine neue, moderne und gesunde Heimstätte geben. Insgesamt sind im Rahmen der Wohnbauförderung 1954 169 Millionen Schilling für Darlehen und Annuitätzuschüsse vorgesehen. Die Ziffer kommt so zustande, daß zwei Drittel dieser Beträge aus Bundesmitteln stammen und ein Drittel Landesbeiträge sind. Die Bundesmittel müßten eigentlich — und das wurde schon im Finanz-Ausschuß betont — höher sein, als es in den Ansätzen des Budgets 1965 zum Ausdruck kommt. Ich darf daran erinnern und feststellen, daß die Aufteilung der Bundesbeiträge nach dem zuständigen Bundesgesetz eine Neuberechnung entsprechend der alle 10 Jahre durchzuführenden Volkszählung und der Erhebung des Wohnungsfehlbestandes notwendig macht. Das heißt, daß also im Budget 1965 bedauerlicherweise noch immer nicht die Ergebnisse der Volkszählung, der Wohnungserhebung des Jahres 1961 wirksam geworden sind. Diese Erhebungen im Jahre 1961 haben zu Ergebnissen geführt, die einerseits überraschen, die andererseits den Widerstand und die Ablehnung jener Bundesländer ausgelöst haben, die wesentliche Einbußen bei der Zuwendung von Bundesmitteln nunmehr zur Kenntnis nehmen müssen. Nach dieser Erhebung 1961 beträgt der Wohnungsfehlbestand in ganz Österreich nur mehr 59.932 Wohnungen. Und wenn Sie die Ziffern, die für die einzelnen Bundesländer ausgewiesen werden, betrachten, so wird auch, objektiv gesehen, der Widerstand verschiedener Länder verständlich. Sie haben im Burgenland noch 221 Wohnungen, und jeder Funktionär des Burgenlandes erklärt, in Eisenstadt allein haben wir weit über 1000. Sie haben, ich möchte gar nicht alle aufzählen, in Niederösterreich noch 3062 Wohnungen, die fehlen, sie haben in Salzburg etwa 5000, sie haben in Tirol 3000 und sie haben in Wien insgesamt nach dieser Ausweisung noch 7768 fehlende Wohnungen. Die Steiermark steigt bei dieser Erhebung, ich weiß nicht, ob ich froh sein soll oder weniger froh, mit 13.951 fehlenden Wohnungen nach Oberösterreich ziffernmäßig sehr hoch heraus, und es ist deshalb auch verständlich, daß die Zuschläge, die nach dieser Berechnung auf die Länder erfolgen sollen, in Oberösterreich und in der Steiermark am bedeutsamsten fühlbar werden würden. Es wird nun von jenen Ländern, die mit viel Erfolg das Wirksamwerden dieser Erhebungen zum Teil verzögern konnten, behauptet, daß diese Ziffern nicht richtig sind. Es wird behauptet, daß bei der Berechnung dieser Ziffern andere Kriterien berücksichtigt wurden als im Jahre 1951 oder bei der Berechnung der ersten Aufteilung im Jahre 1954. Und das bringt die Schwierigkeit, daß nunmehr in einer Reihe von

Bundesländern — Wien, Niederösterreich, es sind da noch einige andere Länder, Tirol, Vorarlberg, alle, die weniger bekommen würden als in den letzten Jahren —, die Auffassung herrscht, und zwar bei allen Parteien in diesen Landtagen, daß diese Erhebung zum Teil unrichtig ist und nicht für die Neuverteilung der Mittel die Grundlage bilden kann. (LH. Krainer: „Weil sie keine andere Ausrede haben!“) Ich möchte ganz deutlich sagen, daß wir in der Steiermark natürlich an der Zuweisung erhöhter Förderungsmittel und, wie wir glauben, berechtigterweise erhöhter Förderungsmittel interessiert sein müssen und uns dafür einsetzen müssen. Es würde das für die Steiermark im Jahre 1965 bedeuten, daß an Bundesbeiträgen etwa 20 Millionen mehr kommen, und wenn wir die 50% Landeszuschüsse und Landesbeiträge noch dazuzählen, bedeutet das 1965, daß die Wohnbauförderung 1954 um 30 Millionen Schilling höher sein würde, also knapp an die 200 Millionen kommen würde. Das ist natürlich für die Steiermark bedeutsam. Und ich glaube, daß der Landtag einhellig der Auffassung ist, daß man sich dafür einsetzen muß, daß diese Ziffern auch wirksam werden. Es wird natürlich auch, das ist kein Geheimnis, wenn es während des Jahres noch möglich sein würde, dem Herrn Landesfinanzreferenten die Verpflichtung auferlegen, weitere 10 Millionen vom Land her bereitzustellen. Aber bei seinem bisherigen Verständnis zweifle ich nicht, daß das erfolgen wird. Nur, glaube ich, kann man nicht allein, losgelöst, wenn man die Verteilung der Wohnbauförderungsmittel des Bundes auf die Länder diskutiert, die Wohnbauförderung 1954 sehen. Man muß korrekterweise sagen, daß auch bei den anderen Fonds die steirischen Belange nicht in dem Ausmaß zahlenmäßig Berücksichtigung finden, als es uns der gegebenen Situation nach gerechtfertigt erscheint. Der steirische Anteil beim Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds beträgt 14,2%, und er ist beim Wohnhauswiederaufbaufonds geradezu erschütternd gering. Die Steiermark zählt sicher zu jenen Ländern, die sowohl durch Einwirkungen aus den Luftangriffen als auch als ehemaliges unmittelbares Kampfgebiet sehr viele Kriegsschäden erlitten haben, und es ist unbegreiflich, daß die Steiermark mit einem Prozentsatz von 10% an den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds bisher abgespeist worden ist. Hier sind echte Ungerechtigkeiten enthalten, und es besteht scheinbar überhaupt keine Aussicht, daß hier einmal eine Änderung eintritt. Es ist die steirische Quote auch nicht nur in Prozenten, sondern in den jeweiligen Jahresausschüttungen ziffernmäßig außerordentlich bescheiden, und ich glaube, daß es auch hier ein gemeinsames Anliegen sein muß, für eine bessere Berücksichtigung der Steiermark, unseres Bundeslandes, bei der Ausschüttung in Wien einzutreten. Es wird allerdings behauptet, und ich glaube, daß diese Behauptungen zu einem großen Teil heute auch schon eine Berechtigung haben, daß durch die Ausschüttungen des Wohnhauswiederaufbaufonds in ganz Österreich schon mehr Wohnungen wieder aufgebaut oder instand gesetzt worden sind, als je durch Kriegseinwirkungen zerstört wurden. Wir wissen, daß eine Änderung des Wohnhauswiederaufbaugesetzes die Volumenvergrößerungen

und die sehr beträchtliche Erhöhung der Zahl der Wohnungen, bezogen auf ein einzelnes Projekt, zur Folge hatte. Nun fehlt, wie viele Menschen behaupten, die innere Berechtigung zur Aufrechterhaltung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Es fehlt vor allem die Berechtigung dafür, daß den Familien, die sich um eine Wohnung bemühen, völlig geänderte Voraussetzungen entgegneten, ob sie eine Wohnung beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erhalten und erwerben, selbst die ausgebombt waren, oder ob sie eine Wohnung, aus den anderen sozialen Fonds gefördert, ansprechen. Und es wäre ein objektiv richtiges Erfordernis, die Mittel des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds dem sozialen Wohnbaufonds anzugliedern, um auch einigermaßen gleichmäßige Förderungsvoraussetzungen für die Wohnbauförderung in unserem Lande zu erreichen. Wir haben noch bei der Betrachtung der Wohnverhältnisse in unserem Lande zu berücksichtigen, daß es eine große Anzahl von Familien gibt, die schon jahrzehntelang in außerordentlich tristen oder in sehr schlechten, man kann manchmal sagen katastrophalen Wohnverhältnissen leben. Es sind dies die Familien, die in Barackenwohnungen leben und die zum Teil in Baracken hausen, die noch im ersten Weltkrieg errichtet worden sind. Es ist dies keine aus der Luft gegriffene Behauptung, denn ich selbst weiß, der ich im Jahre 1922 in einer Baracke des ersten Weltkrieges zur Welt gekommen bin, daß diese Baracke heute noch, in natürlich viel schlechteren Verhältnissen, nach 42 Jahren kinderreichen Familien als Heimstatt dienen muß. Es war eine echte soziale Überlegung, als die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses einen Antrag gemacht haben, der eine Sonderaktion zur rascheren Beseitigung des Barackenelends in unserem Lande beinhaltet. Wir glauben nach den Erhebungen, daß in der Steiermark noch etwa 2000 Barackenwohnungen bewohnt sind und daß es, wenn man der Beseitigung der Barackenwohnung einen gewiß berechtigten Vorrang einräumt, möglich sein müßte, in wenigen Jahren die letzte Barackenwohnung durch eine Wohnung in einem Massivbau ersetzen zu können. Ich möchte gar nicht auf all die Details, die in unserem Antrag sehr konkret angeführt sind, vor allen Dingen die Finanzierung, eingehen. Ich darf nur grundsätzlich sagen, daß es unsere Auffassung ist, daß dieses Barackenersatzprogramm ähnlich finanziell gefördert wird, wie der Wohnhauswiederaufbau, denn wenn man 25, 30, zum Teil über 40 Jahre in einer solchen Holzbaracke mit all den Gefahren, auch des Brandes und der anderen Umstände, und Risiken wohnen muß, kann hier die gleiche soziale Begründung genommen werden, wie wir sie beim Wohnhaus-Wiederaufbau ursprünglich bei der Gesetzgebung berücksichtigt haben. Es gibt hier beim Barackenersatzprogramm, meine Damen und Herren, genauso wenig wie bei den anderen Sonderwohnbauprogrammen eine Priorität der Antragstellung. Aber wenn wir schon über das vom Landtag seinerzeit verabschiedete Wohnbausonderprogramm der Steiermark sprechen, das auch heute noch im Budget mit etwa 830 Millionen — ich möchte fast sagen — in Liquidierung ist, dann sollten wir auch nicht übersehen, daß durch das Ent-

egenkommen und durch die Intervention steirischer Abgeordneter beim Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds vor einigen Jahren ein Industrie-Sonderwohnbauprogramm durchgezogen werden konnte, das vor allem auch einigen von der Wohnungsnot besonders stark betroffenen Gemeinden und Industrieunternehmungen in unserem Lande eine fühlbare Erleichterung am Wohnungssektor gebracht hat.

Nun hat auch der Finanzausschuß gemeinsam einen Antrag beschlossen, der zu einer Änderung der Finanzierungsrichtlinien bei der Wohnbauförderung 1954 in unserem Lande führen soll.

Ich habe schon des öfteren verlangt, daß in der Steiermark der durch ein Landesgesetz begründete und eingesetzte Wohnbauförderungsbeirat sich mit den Überlegungen auseinandersetzen soll, die in allen Teilen Österreichs und auch darüber hinaus angestellt werden, damit man zu einer noch wirksameren und sozialeren Wohnbauförderung kommt. Ich glaube, es ist notwendig, daß man von der ausschließlichen Objektförderung, also der einheitlichen Kreditgewährung für jede Wohnung wegkommen muß und daß man zu einer Art Mischsystem, wie es die letzten Erkenntnisse sind, kommen soll, die eine Objektförderung als Sockelfinanzierung vorsieht und die dann bei einer endgültigen Abrechnung der Förderungsmittel eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen und der familiären Verhältnisse fordern. Das heißt, daß man auf dem gleichen Sockel, also auf der gleichen Objektförderung für alle Wohnungen noch aufstocken soll, je Kind, in bezug auf das Familieneinkommen, so daß etwa bei einer Familie mit drei oder vier Kindern schon erreicht werden könnte, daß die Baukostenbeiträge oder Eigenbeiträge wegfallen, so daß eine echte Berücksichtigung der kinderreichen Familien erzielt wird. Das ist ein Vorhaben, das immer wieder bei den Beratungen der Gruppe 6 hier im Hohen Hause ausgesprochen worden ist. Ich glaube, daß durch den Antrag zum Ausdruck gekommen ist, daß alle im Finanzausschuß vertretenen Parteien, zumindest die drei großen Parteien, und ich glaube auch im Haus alle vier Parteien einer solchen besseren und sozialeren Finanzierung zustimmen können. Ich möchte noch aussprechen, was noch nicht in dem Antrag aufscheint, daß man, wenn man im Jahre 1965 nicht zu dieser neuen, besseren Finanzierung kommt, wahrscheinlich auch die Kreditsätze in der Wohnbauförderung 1954 wird nachziehen müssen, weil beim Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds für die Vorhaben des kommenden Jahres eine Erhöhung von 84.000 auf 90.000 Schilling je Wohnung erfolgen wird und wir im Land mit 85.000 Schilling damit etwas in Rückstand geraten. Ich glaube, daß hier einhellig die Auffassung herrscht, daß in der Steiermark bei der Wohnbauförderung 1954 keine schlechtere Finanzierung als bei den anderen Fonds eintreten soll, zumal es unser gemeinsamer Wille war, ähnliche Voraussetzungen für die Darlehenswerber und späteren Mieter bei der Berechnung der Miete zu schaffen.

Ich bin also und spreche das aus, der Meinung, daß man den Wohnbauförderungsbeirat aktivieren soll. Es ist eine Reihe von Fachleuten in diesen

Beirat als Mitglieder oder Ersatzmitglieder berufen. Man könnte in einer freimütigen und positiven Diskussion zu besseren Lösungen für die Wohnbauförderung in unserem Lande kommen.

Wenn wird die Summe der für den Wohnbau ausgegebenen Mittel und Kredite berücksichtigen, so sehen wir, daß es in die viele hunderte Millionen gehende Beträge sind, die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen oder wie beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, einfach Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Bei den Wohnbauvereinigungen ist noch der Dachverband als Prüfungsorgan einigermmaßen am Laufenden mit den Kontrollen, wenngleich wir immer wieder die Erfahrung machen, daß auch die Prüfungsorgane des gemeinnützigen Verbandes nicht ausreichen, um eine wirklich sehr korrekte und solide, bis ins letzte kontrollierte Gebarung dieser Millionenbeträge zu sichern. Ich glaube, es ist eine wichtige Forderung, daß man den Menschen, die sich an die Wohnbauvereinigungen wenden, um zu neuem und besserem Wohnraum zu kommen, die selbst sparen und beachtliche Beträge selbst aufbringen, ein noch sichereres Gefühl geben mußte, daß ihre Gelder in guter Obhut sind und daß sie nicht umsonst oder für irgend jemand sparen, der dann die Gelder anderen Zwecken zuführt. Ja man mußte auch vom Landtag aus den Ruf erheben, eine Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen und aller Vereine, die aus allgemeinen Steuermitteln oder Fonds Kredite bekommen, durch den Rechnungshof durchzuführen, weil uns dann eine noch strengere und gewissenhaftere Gebarung als Ergebnis gewährleistet ist.

Ich darf das, was ich mir erlaubt habe hier im Hohen Haus zur Gruppe 6 zu sagen, noch einmal ganz kurz zusammenfassen. Erstens das gemeinsame Bemühen, eine bessere Berücksichtigung der Steiermark aus den zentralen und sozialen Wohnbaufonds zu erreichen, zweitens neue Wege der Finanzierung in der Wohnbauförderung 1954 zu suchen, die zu einer besseren Berücksichtigung kinderreicher Familien führen und drittens den Menschen, die für eine Wohnung sparen, das Gefühl zu geben, daß ihr Geld in sicheren Händen ist, durch die Einführung der Kontrolle durch den Rechnungshof. Ich bitte Sie, diese Anregungen zur Kenntnis zu nehmen, damit wir in der Wohnbauförderung in den kommenden Jahren gemeinsam ein schönes Stück weiterkommen. (Beifall.)

Präsident: Von den 19 zu dieser Gruppe vorgekehrten Rednern ist als nächster Herr Abg. Vinzenz Lackner an der Reihe. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat mir bereits zugerufen „kurz, kurz“. Ich möchte nur wünschen, daß wir das beim nächstjährigen Budget schon vom Anfang an einhalten. Aber es geht nicht an, daß eine Gruppe überdimensioniert behandelt wird, während man bei einem anderen wichtigen Kapitel schon von vornherein ermahnt wird, sich kurz zu halten. Ich habe mir nicht vorgenommen, Bezirkswünsche oder Kirchturmwünsche vorzutra-

gen, sondern ich habe mir vorgenommen, generell zu den steirischen Straßen, einschließlich der Bundesstraßen zu sprechen. Da muß man sich ja auch darauf vorbereiten durch Statistiken und Unterlagen, und wenn man dann nicht lang davon reden kann, wird man sich ein anderes Mal dieser Mühe nicht unterziehen.

Trotzdem möchte ich nun zu meinen Ausführungen kommen. Zur Gruppe 6 gehört der Straßen- und Brückenbau, ein Gebiet, auf dem das Land Steiermark Hervorragendes schon geleistet hat und auf dem trotz allem, was geleistet wurde, noch sehr viel geschehen muß, wenn wir einigermaßen mit der sich so gigantisch entwickelnden Motorisierung des Verkehrs Schritt halten wollen. Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, der nicht davon erfaßt wurde, ja überhaupt keinen, der nicht schon davon abhängig ist. Gewerbe, Handel, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, selbst die Schüler, die durch die Entwicklung unserer Wirtschaft, der Technik und der Wissenschaft vor immer höhere Anforderungen gestellt werden und deshalb in zentral gelegene entsprechende Bildungsanstalten fahren müssen, sind davon betroffen. Im besonderen davon berührt aber ist wohl einer unserer aktivsten Wirtschaftszweige, der Fremdenverkehr. Nachgewiesen kommen 80% aller ausländischen Gäste mit dem PKW. oder Omnibus. Aber auch der Inlandverkehr hat Formen angenommen, wie man sie vor Jahren nicht erwartet hätte. Dazu kommt noch der Berufsverkehr, der besonders zu Dienstbeginn und -Schluß oft schon zum Chaos zu werden droht. Um diese Zeit, aber auch dazwischen, wenn die abgestellten Fahrzeuge die dem flüssigen Verkehr bestimmten Straßen ein-, oft aber auch beidseitig verstellen und behindern, bekommt man das Gefühl, es gäbe schon mehr Autos als Schuhe, denn die Motorisierung hat uns bereits überrollt. Land und Gemeinden machen heroische Anstrengungen, um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, doch reicht ihre Kraft nicht aus. Wenngleich auch das Land Steiermark mit seinen für diese Zwecke eingesetzten Mitteln im Bundesdurchschnitt liegt — im vorliegenden Haushaltsplan sogar darüber — und bemüht ist, allen Bezirken und Gebietsteilen Rechnung zu tragen, so ist die Zeit doch schneller und hat damit auch gut gemeinte und gewiß auch wohl überlegte Vorausprogramme des Landes, der Gemeinden aber auch des Bundes überholt. Dr. Stepantschitz hat in seiner Rede angeführt, daß in Graz jeder Siebente ein Auto hat. Das ist bereits der Bundesdurchschnitt in der Deutschen Bundesrepublik.

Wenn wir uns die Ziffern zu diesem Unterabschnitt der Gruppe 6 ansehen, können wir feststellen, daß allein für Landesstraßen um 26 Millionen Schilling mehr ausgegeben werden als im Vorjahr. Das ist eine Steigerung von rund 13%. In Summe werden für den Straßen- und Brückenbau 214,562.800 Schilling zur Verfügung stehen, davon entfallen auf die Erhaltung von Straßen 35 Millionen, das ist um 3,5 Millionen oder 10% mehr als 1964. Auf den Aus- und Neubau entfallen 14 Millionen, das sind um 15% mehr als 1964. Auf den Ausbau von Brücken entfallen 15,2 Millionen, das

ist um 2,7 Millionen mehr als 1964. Trotz Mehrerfordernis und gesteigerter Aufgaben wird das Personalerfordernis nur um 1,2% von 40,6 Millionen auf 41,2 Millionen Schilling steigen.

Inbegriffen in der Gesamtsumme sind natürlich auch Neuanschaffung von Kraftfahrzeugen, Baumaschinen und Geräten, Bauleitungs- und Projektierungskosten sowie Bekleidungs- und Ausrüstungskosten für unsere braven Straßenmeister und -wärter. Die steigenden Anforderungen, die durch die eingangs angeführte Entwicklung an unseren Landeshaushalt gestellt werden, finden naturgemäß alljährlich wiederholt in den Landtagsdebatten, insbesondere bei der Budgetdebatte ihren besonderen Niederschlag. Sie verdienen aber auch eine besondere Beachtung. So wurde am 12. Dezember 1963 die Steiermärkische Landesregierung durch das Hohe Haus aufgefordert, zur Klarstellung der Besitz- und Verwaltungsverhältnisse eine Bestandsaufnahme über die ganz oder teilweise aus Mitteln der öffentlichen Hand errichteten Straßen und Wege durchzuführen und dem Landtag vorzulegen. Diesem Beschluß wurde Rechnung getragen, und das Ergebnis dieser umfassenden, mit großer Gründlichkeit und Sachkenntnis durchgeführten Arbeit liegt nun auf. Es ist in den Steirischen Statistiken, Heft 2 vom Juni 1964, auf 34 Maschinschreibseiten in 28 Tabellen, nach allen zweckmäßigen und einschlägigen Gesichtspunkten übersichtlich gegliedert, enthalten. Die Verfasser dieses Berichtes haben damit eine sehr gute und gründliche Arbeit geleistet. Es gebührt ihnen der Dank des Landes. Aus der Statistik selbst läßt sich für den Interessierten sehr vieles herausholen. Sie gibt einen umfassenden Überblick über das steirische Straßennetz, den Anteil an Bundesstraßen, Landesstraßen, aber auch an Gemeindestraßen sowie landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Wegen und Straßen, ja sogar der Fußwege und der markierten Steige, den Bauzustand, je nach Belag und Unterbau, ob staubfrei oder nicht, den Interessentenanteil, den Anteil, den die öffentliche Hand leistet, sei es nun Bund oder Land oder Gemeinde, kurzum ein sehr aufschlußreiches Bild. Ebenso genau ist — ohne Graz — das verbaute und nicht verbaute Gebiet festgehalten. Es zeigt uns aber auch, wie sehr durch diese Kompetenzverteilung für ein und dieselbe Straße, die außerdem örtlich sehr verschieden gelagert sein kann, ein Zusammenwirken mit allen maßgebenden Stellen unbedingt erforderlich ist. Dazu gehört die gerechte Verteilung zweckbestimmter Mineralölsteuer nach Ländern und Gemeinden, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können. Nachdem die Bundesstraßen hier den Löwenanteil abschöpfen, den Ländern und Gemeinden aber ebenso wichtige Aufgaben zufallen, bin ich nicht der Meinung, daß es hier keinen Sinn hätte, über Bundesstraßen und deren Probleme zu sprechen, wie dies zum gleichen Kapitel anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte ein Abgeordneter geäußert hat. Ich glaube eher, wie schon von mir erwähnt, daß gerade im Hinblick auf die sich noch immer steigende Entwicklung der Motorisierung des Verkehrs und Verlagerung von immer mehr Fahrzeugen von der Schiene auf die Straße ein Generalprogramm unter Beteiligung aller zuständigen Stel-

len hierfür in Angriff genommen werden müßte, um die bereits vorausgeahnte Entwicklung einzuholen. Dies könnte, wenn wir das jetzige Tempo beibehalten, zu schweren wirtschaftlichen Folgen führen. In Österreich hat die Liberalisierung die Motorisierungswelle vor ungefähr 10 Jahren ausgelöst. Seitdem stieg die Kraftwagenanzahl unaufhaltsam weiter, jährlich zwischen 9 und 28%, die Zahl der PKWs, sogar um 56%. Der Kraftfahrzeugbestand hat längst die Millionengrenze überschritten. Es sind bereits weitaus mehr PKW. als Motorräder und Roller im Verkehr. Die Parole lautet: 4 Räder und ein Dach. Dazu kommen noch über 400.000 Mopeds sowie 1,8 Millionen Radfahrer (Landesrat Wegart: „Radfahrer gibt es wohl viele!“). Das heißt, daß, auf Räder umgerechnet, jeder 7. Einwohner ein Kraftfahrzeug besitzt. Auf PKW. umgerechnet, kommt jedoch erst auf jeden 15. Einwohner ein Auto. Die Vollmotorisierung, so wird dann angenommen, ist dann erreicht, wenn auf jeden 4. Einwohner ein Auto entfällt, wie dies in Ländern mit höchstem Wohlstand schon erreicht ist. Dies bedeutet, daß die Entwicklung nach unserem Maßstab erst begonnen hat. Wohin sollen die Fußgänger, wie schützen wir unsere Schulkinder, unsere Alten, die gebrechlich geworden, den Kraftfahrer selbst? Tausende Schulkinder sterben jährlich schon jetzt auf Europas Straßen, am Weg zur Schule oder am Heimweg. Fehlen wird es hier wahrscheinlich auf vielen Seiten, vor allem an geeigneten Überwegen, an der entsprechenden Beaufsichtigung, der Verkehrserziehung, aber auch an der Einsicht und Rücksicht der Kraftfahrer. Alles Probleme, die nicht Schritt zu halten vermögen mit der vorauseilenden Entwicklung.

Allein es mit gesetzlichen Mitteln zu versuchen, wäre ein aussichtsloses Beginnen, denn das ganze hat auch eine volkswirtschaftliche Seite. Der Herr Kollege Dr. Stepanitschitz hat ja gestern schon auf die menschliche Seite und auf das moralische Problem dieser Sache hingewiesen. Über 20.000 Betriebskraftfahrzeug-Mechaniker, Tankstellen, Garagen, Fahrschulen, Spediteure, Auto- und Lastwagenhändler, Taxis, Fahrzeughändler mit bereits über 100.000 Beschäftigten und Selbständigen leben in und von diesem Wirtschaftszweig. Die Fahrzeugindustrie mit einem Produktionswert von rund 3 Milliarden Schilling beschäftigt weitere 30.000 Arbeiter und Angestellte, dazu kommt die Mineralölindustrie mit 12.000 Beschäftigten und einer Jahreserzeugung im Werte von ebenfalls 3 Milliarden Schilling. Hunderte Baufirmen sind mit Zehntausenden Arbeitern und Angestellten im Straßenbau beschäftigt. Diese Firmen haben Milliardenwerte in den Maschinenpark investiert.

So gesehen, hat die Motorisierung trotz der Belastungen, die sie uns in den Landeshaushalt bringt, trotz der Probleme, die sie in fortschreitendem Maße bringt und neu aufwirft, ihre unverkennbare und nicht zu übersehende volkswirtschaftliche Bedeutung. Aber auch zusätzliche Kosten werden dadurch verursacht. Man darf nicht übersehen, daß die Tonnage der Fernlast immer größer wird, damit wird natürlich der Achsdruck größer und die Belastung der Straße vielfach, wie aus dem vorerwäh-

ten Bericht zu ersehen, schwerer und der Straßenzustand schlechter. In Österreich standen schon im Jahre 1960 an die 100.000 LKWs. mit mehr als 60.000 Anhängern in Betrieb mit einer Gesamttonnage von 300.000 Tonnen. Zu schwacher Unterbau und die großen Belastungen der Straße führen zu besonders argen Frostschäden. Natürlich haben es unsere südlichen Nachbarn leichter, aber danach fragt der Fremde nicht. Jeder erwartet fertige, schöne Straßen, wie er sie zu Hause zwar auch nicht immer antrifft. Schlechte Straßen sind uns aber auch selbst zuwider, denn sie sind ja Verlustquellen. Jeder Kraftfahrer weiß, mehr Treibstoffverbrauch, mehr Reifenverschleiß, höhere Gefahrenquellen und verschiedenes anderes mehr sind die Folgen schlechter Straßen. Ich habe im Vorjahr auf Grund eines statistischen Berichtes Erhebungen angestellt, und sie brachten ein erschütterndes Bild. Man hoffte, eine Besserung für das kommende Jahr sei zu erwarten, aber leider ist das nicht eingetreten. Es ist eher eine Verschlechterung eingetreten. Begonnen hat die Serie der schwersten Unfälle im April bei Pernegg, als eine Familie, Vater, Mutter, Kinder, mit einem Schläge ausgerottet wurde und nur das dreijährige Söhnchen am Leben blieb. Ich hatte damals, nachdem es sich um einen Konzernangehörigen von uns handelte, die schwere Pflicht zu erfüllen, von dieser Familie Abschied zu nehmen. Sie können es sich nicht vorstellen, was es heißt, in vier Särgen drei Generationen, die Mutter des Vaters, die Frau und das Kind. Ich habe damals der versammelten Schuljugend — es waren ja die ganzen Mittelschüler vom Bezirk Mürzzuschlag anwesend — zugerufen, sie mögen doch die Flamme ihres Lebens, die sie von der Schöpfung erhalten haben, besser hüten. Ich habe aber damals auch gesagt, möge ihnen das ein warnendes Beispiel sein, aber auch dazu gesagt, daß wir alle, die die menschliche Gesellschaft bilden, uns diese vier Säрге als eine schwere Anklage betrachten müssen gegen uns selbst, wenn wir nicht mit dem Segen der Technik fertig werden, wenn wir nicht Mittel und Wege finden, den Segen in richtige Bahnen zu lenken, daß er zum Fluch für uns alle zu werden droht.

Aber diese Appelle scheinen nichts zu nützen. Man weiß noch immer nicht die eigentliche Ursache, es sind nicht immer die schlechten Straßen schuld. (Abg. Dr. R a i n e r : „Im Gegenteil! Bei den schlechteren Straßen sind weniger Unfälle!“) Der zweite Fall war der des Grazer Polizeibeamten im Ennstal, der dritte der der Wiener Familie in Dürnstein bei Neumarkt, der vierte in Eichdorf, auf Straßentypen, die an und für sich sehr schön sind, und trotzdem kommt so etwas vor. Ich erinnere nur an die vielen weißen Kreuze, die voriges Jahr aufgestellt waren und im heurigen Jahr zu Allerheiligen gefehlt haben. Ich habe damals auf die Straße Stadlhofen im Bezirk Knittelfeld aufmerksam gemacht. Sie wurde seit dieser Zeit, nachdem der amerikanische Konsul dort verunglückt ist, mit einem neuen Belag versehen. Und seit dieser Zeit, nachdem auch eine Verkehrsbeschränkung dort besteht, sind diese Unfälle zurückgegangen. (Abg. Dr. R a i n e r : Die Verkehrsbeschränkung, die war es!“) Es war unverständlich, wie es auf diesem geraden

Straßenstück zu Allerheiligen ausgeschaufelt hat, wie auf einem Friedhof. Mehr als 14 weiße Kreuze waren dort versammelt. Gott sei Dank ist damit wieder eine Fehlerquelle entschärft.

Straßen bauen aber kostet Geld und immer wieder Geld. Es sind enorme Summen, die in unsere Straßen und Brücken hineingebaut werden. Wenn man diese Zahlen und Ziffern näher betrachtet und Vergleiche mit der Vorkriegszeit anstellt, so muß man doch anerkennen, daß etwas geschieht. Aber auch demjenigen, der nicht Einblick in das Zahlen- und Ziffernmateriale hat und nicht um die geplanten Bauvorhaben weiß, muß, wenn er offenen Auges durch die Lande geht, auffallen, wie viele neue Brücken, größer und schöner als je zuvor, seit Kriegsende entstanden sind, wieviel Kilometer Straßen gebaut wurden, und das bei ständig steigenden Baukosten. Trotzdem, wenn man auf die Programmkarte des Straßenbauamtes sieht, ob es nun die vom Bund oder Land ist, scheint es dort wie bei einem Fleckerlteppich zu sein. Das liegt nicht in der Absicht, den einen vor dem anderen zu bevorzugen, das liegt an den technischen Gegebenheiten. Brücken müssen z. B. zuerst gebaut werden, bevor man mit einer Straße weiterkommen kann. Wenn man die Preise anschaut und vergleicht, so kostete 1960/61 die Erhaltung von 1 km Straße 20.000 S, der schwere Ausbau 3,3 Millionen Schilling je km, leichter Ausbau 1,2 Millionen je km, Staubfreimachung 660.000 Schilling je km, Erneuerung 330.000 Schilling je km, Frostsanierung mit Belag 880.000 Schilling, Frostsanierung ohne Belag 440.000 Schilling je km, eine Oberflächenherstellung 88.000 Schilling je km und so geht es weiter.

Die Kosten für 1 km Autobahn sind naturgemäß um ein Vielfaches höher. Sie schwanken außerdem stark, hängen von den Geländebedingungen ab, von den notwendigen Brücken usw. und lagen 1960/61 zwischen 10 und 25 Millionen Schilling je km. Das sind Ziffern, von denen man sich gar keine Vorstellung macht. Man ist schon unzufrieden, wenn die eine oder andere Baustelle nicht rechtzeitig beendet ist oder den Verkehrsteilnehmern einen kleinen Aufenthalt bringt.

Das Bundesprogramm für die Steiermark ist auf 15 Jahre aufgestellt worden ab dem Jahre 1957 und soll in 5 Jahresraten zu drei gleichen Teilen fertiggestellt werden. Es wurde damals ausgerechnet, daß man im Jahr 1,2 Milliarden für die Straßen braucht. Das entfällt nicht alles auf die Steiermark und ist das, was damals die Einnahmen aus der Mineralölsteuer samt Zuschlag usw. waren. Aber es hat die Zeit auch dieses Programm überholt und man ist schon im 1. Fünfjahresplan nicht zurecht gekommen, sondern hat ihn überzogen und man hat Dinge hineingenommen in den zweiten, also in das jetzt laufende Programm, was eine Verlängerung für die Zeit über 1963 hinaus bedeutete.

Mit Beginn des zweiten Fünfjahresplanes waren in der Steiermark an Bundesstraßen 303 km voll ausgebaut, das waren nur 23%. Entsprechend d. h. mittelgut ausgebaut waren 265 km, das waren 20%. Staubfrei waren 1229 km, d. s. 87%. Das wird sich bis zum Ende des laufenden Programms wesentlich verbessern. Es werden dann 56% voll und entspre-

chend ausgebaut und 92% staubfrei gemacht sein. Sehr interessant in diesem Programm ist, daß auch 13 schienengleiche Straßenkreuzungen drinnen sind, die bis dahin entfernt sein werden und außerdem werden 39 Ortsdurchfahrten ausgeschaltet sein.

Es würde zulange dauern, das alles noch anzuführen. Es ist ja den meisten hier im Hause Anwesenden bekannt. Alles in allem kann gesagt werden, daß nach wie vor die Forderung erhoben werden muß — damit das Land und die Gemeinden zu ihrem gerechten Anteil kommen —, daß die Mineralölsteuer und der Zuschlag zur Mineralölsteuer, die insgesamt jetzt schon 3½ Milliarden Schilling für den Bund bringt und von der nur 70% für Bundes- und Landesstraßen aufgebraucht werden, während die anderen 30% für die Autobahn verbraucht werden, daß davon auch die Länder und Gemeinden ihren Anteil bekommen. Ich möchte daran erinnern, daß ja auch das Land neue Straßen bauen soll. Es liegt noch immer ein Beschluß dem Landtag vor für das Glattjoch, das man immer mehr ins Vergessen geraten lassen möchte. Beim Glattjoch ist es so ähnlich wie im Ennstal und im Murtal. Dort ist der Lackner Karl und hier bin ich, wir wollen immer zusammenkommen, wir beide bemühen uns sehr, kommen aber nicht durch. Ich möchte das nur anführen, weil man in dem Gebiet sehr viele Versprechungen gemacht hat, die aber noch einzulösen sind. (Landeshauptmann Krainer: „Wo denn?“)

Ich möchte nur eines noch dazu sagen. In unserer Bundeshymne heißt es: „Liegst dem Erdteil Du inmitten, einem starken Herzen gleich.“ Das bezieht sich auf unser schönes Österreich. Zu einem Herzen gehören aber auch die Schlagadern, und das sind die modernen Straßen unserer Zeit. Wenn die verstopft sind, kann das Herz nicht arbeiten. (Abg. Pölzl: „Da gibt es einen Infarkt!“ — Abg. Dr. Rainer: „Der Lackner hat immer mit dem Herzen zu tun!“) Es müssen daher auch die Randbezirke ausgebaut werden. Es hat keinen Sinn, schöne Durchzugsstraßen zu bauen, denn wenn der Fremde kommt und nur schöne Durchzugsstraßen vorfindet, so wird er durch schlechte Straßen in den Seitentälern nur verärgert. Alle zusammen müssen wir uns also anstrengen, daß wir vom Bund für unsere Gemeindestraßen mehr Mittel bekommen, Mittel, die erforderlich sind, damit wir mit der Zeit Schritt halten können. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abg. Neumann. Ich erteile es ihm.

Abg. Neumann: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Der Kohlenbergbau soll zwar erst in der Gruppe 7 dieses Budgets zur Behandlung kommen. Von der Warte des Bezirkes Voitsberg aus gesehen, steht er jedoch im engsten Zusammenhang mit den Ansätzen der Gruppe 6 „Straßenbau“. Ich möchte daher als Einleitung zu den Straßensorgen des Bezirkes nicht mit einem interessanten allgemeinen Überblick über die gesamte Straßensituation des Landes beginnen, wie es der Kollege Lackner getan hat, sondern ich möchte als Einleitung zu den Straßensorgen des Bezirkes mit der Situation auf dem Kohlensektor beginnen. Hohes Haus! Es

ist zwar richtig und erfreulich, daß die Kohle nach den Rückschlägen der letzten Jahre als Energieträger in diesem Lande an Klang und Bedeutung wieder zugenommen hat, einerseits durch die Bemühungen dieses Hohen Hauses bei der Förderung des Feinkohlenabsatzes, im Konkreten durch die Errichtung des Grazer Fernheizkraftwerkes, für das das Land die Ausfallsbürgschaft übernommen hat, sowie durch die Initiative bei der Errichtung kalorischer Kraftwerke, die überhaupt die große Hoffnung des Kohlenbergbaues sind, sind sie doch jetzt schon mit 40% am Feinkohlenabsatz beteiligt und schließlich daß es durch die Initiative des Hohen Hauses und vor allem des Herrn Landeshauptmannes oben an der Enns nicht zur Errichtung des Großprojektes Kastenreith gekommen ist, welches den kalorischen Kraftwerken die Lieferung von Spitzenstrom genommen hätte. Durch alle diese Maßnahmen sind die Feinkohlenhalden in den weststeirischen Kohlenrevieren, die uns noch vor Jahresfrist so große Sorgen bereitet haben, auf ein kleines Häufchen von 88.000 Tonnen — früher 400.000 Tonnen — zusammengeschrumpft. Es gebührt diesem Hohen Haus für diese Initiative am Kohlensektor, im besonderen unserem sehr verehrten Herrn Landeshauptmann, wohl der Dank der gesamten Weststeiermark. Dem heimischen Kohlenbau ist als zweites noch zugute gekommen, daß sich in den letzten Jahren immer mehr gezeigt hat, daß die neuen Energieträger, Erdgas und Erdöl für die heimische Wirtschaft zwar großes und Bewunderungswürdiges leisten, daß sie allein jedoch nicht in der Lage sind, den steigenden Bedarf der dynamischen Wirtschaft zu decken. Es ist außerordentlich beachtlich, daß dieser Energiebedarf in den letzten 20 Jahren um mehr als das Doppelte angestiegen und noch weiter im Ansteigen begriffen ist.

Hohes Haus! Von der Warte des Bezirkes Voitsberg aus aber ist zu beachten, daß dieses „Braune Gold“ nicht unerschöpflich ist, das „Braune Gold“, dem der Bezirk Voitsberg vor allem seine wirtschaftliche Blüte verdankt. Der Marienschacht, der einmal gegen 200 Bergarbeiter beschäftigt hat, ist ausgekohlt und bereits stillgelegt, in den zwei bedeutenden Schächten und Gruben, Karlschacht und Franzenschacht, die jetzt 2000 Bergarbeiter beschäftigen, wird es nach fachlichen Gutachten in 8 bis 10 Jahren keine Kohle mehr geben. Durch Einschränkungen in anderen Revieren sind in unseren weststeirischen Kohlenbergbaugebieten bereits jetzt um 10% Bergarbeiter weniger geworden. Und wenn auch durch die Entdeckung eines neuen Kohlenflözes im Zangtal, was uns alle sehr freut, die Situation etwas gemildert wurde, so sind wir doch zur Gänze noch nicht von unseren Sorgen befreit. Es gilt daher, Hohes Haus, in der Weststeiermark schon jetzt nach neuen Wirtschaftszweigen Ausschau zu halten, und diese neuen Wirtschaftszweige sind bei uns als erstes die Ansiedlung neuer Industrien und als zweites die Förderung des Fremdenverkehrs. Hohes Haus! Für einen nachhaltigen Erfolg auf beiden Gebieten, sowohl für die Ansiedlung neuer Industrie wie auch für die Hebung des Fremdenverkehrs, bedarf es jedoch guter Straßen. Und daher sage ich, steht die Situation unseres Bezirkes im engsten Zusammenhang mit den Ansätzen der Gruppe 6 „Stra-

ßenbau“. (Zwischenruf von der SPO: „Ah, endlich!“) Es ist hierzu notwendig, daß wir endlich von der verkehrungünstigen und damit auch wirtschaftlich ungünstigen Lage des Bezirkes, wo wir ein Seitental bilden wie ein Gewässer, das nicht in den breiten Strom fließt, herauskommen. Wir sind daher sehr glücklich darüber, daß im Voranschlag die ersten Beiträge für den Beginn des Autobahnbaues Gleisdorf-Graz-Mooskirchen angesetzt sind, daß für den wichtigen Ausbau der Gaberlstraße im Budget 1964 9 Millionen Schilling angesetzt waren und nun im Budget 1965 7,1 Millionen Schilling vorgesehen sind. Hier hätten wir jedoch eine dringende Bitte, und zwar die, daß die Ausschreibung der Baulose etwas früher erfolgen möge, damit die Firmen mit dem Bau nicht in eine Jahreszeit kommen, die in diesen hohen Regionen ein erfolgreiches Bauen schon sehr in Frage stellt, so daß es dazu kam, daß vorhandene Budgetmittel gar nicht zur Gänze verbaut werden konnten. Das Gaberlgebiet beginnt sich immer mehr zu einem steirischen Schizentrum zu entwickeln und könnte, wenn die Zufahrtsstraße einmal ordentlich ausgebaut ist, dem Schistrom nach dem Bachern, der, wie wir immer hören, für uns eine Einbahnstraße darstellt, eine sehr wertvolle Konkurrenz bedeuten und vielleicht auch ein allmähliches Ende geben.

Hohes Haus! Ich möchte auch bitten, auf den wichtigen Weiterbau der Landesstraße Söding—Geistthal—Stübing, der die Weststeiermark mit dem Murtal verbindet, nicht zu vergessen. Erwähnen möchte ich auch, daß wir auch durch den Teigitschgraben zur Hierzmannsperre eine gute Straße benötigen würden, und schließlich sei erwähnt, daß sich die Straße nach Piber in einem sehr schlechten Zustand befindet und eine immer stärkere Frequenz aufweist. Im vergangenen Jahr waren es rund 60.000 Menschen aus allen Ländern der Erde, die dieses Lippizanergestüt besucht haben. Die Zufahrtsstraße ist sehr schlecht und eine Übernahme und ein Ausbau durch das Land wäre dringend erforderlich. Sehr begrüßenswert wäre es auch, wenn die Belagererneuerung der Packer Bundesstraße für unseren Bezirk fertiggestellt werden könnte, wo noch das Teilstück Köflach—Edelschrott offen ist. Hohes Haus! Wenn ich nun das Straßenlied für den Bezirk Voitsberg vorzeitig beenden möchte, dann nicht deshalb, weil wir in der Weststeiermark keine Straßenprobleme mehr hätten, sondern deswegen, weil ich den Kollegen nicht noch mehr Zeit wegnehmen möchte. Nochmals betonen möchte ich aber, daß der flüssige Ausbau der Autobahn, der Gaberlstraße und des gesamten weststeirischen Straßennetzes zur Stärkung und Erhaltung der gefährdeten wirtschaftlichen Kraft des Bezirkes Voitsberg unser besonderes Anliegen sind, bei deren Lösung ich um die weitere Unterstützung des sehr verehrten Herrn Landeshauptmannes, der hohen Landesregierung und des gesamten Hauses auch für die Zukunft bitten möchte. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Juvancic das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. **Juvancic:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich werde Ihre Zeit nur ganz kurz in Anspruch nehmen und Ihnen keineswegs einen Vortrag über den Erzberg halten, aber ein dieses Gebiet betreffendes Problem möchte ich doch be-

handeln. Vor nunmehr 10 Tagen hatten wir in der alten Bergstadt Eisenerz das Barbarafest gefeiert, und zu diesem Fest konnten wir eine große Anzahl namhafter Persönlichkeiten begrüßen. Diese Persönlichkeiten konnten sich überzeugen, daß wir traditionsbewußt sind und dem bergmännischen Gedankengut Platz geben. Sie konnten sich aber auch überzeugen, in welch jämmerlichem Zustand die Präbichl-Nordrampe sich befindet. Dieses Straßenstück ist wohl unbestritten das Straßenproblem Nr. 1 in der schönen Steiermark (Abg. Leitner: „Das hat der Herr Landeshauptmann auch einmal behauptet, aber gemacht ist nichts worden!“) Immer wieder wurde der Baubeginn dieses für Eisenerz im besonderen und darüber hinaus für den gesamten Nord-Südverkehr so wichtigen Abschnittes verzögert und als vor mehr als zwei Jahren mit dem Ausbau des Bauloses Leopoldstein-Gsollgraben begonnen wurde, waren wir alle hoch erfreut und hofften, daß mit dem gleichen Schwung mit dem Ausbau der Nordrampe begonnen wird bzw. daß in dem gleichen Tempo auch dieses große Stück beendet werden wird. Sicherlich sind dazu beachtliche finanzielle Mittel nötig, und es wird Jahre dauern, bis dieses Programm durchgeführt werden wird. Das erwähnte Baulos wurde fertiggestellt und mit der Nordrampe leider nicht begonnen. Abgesehen von einigen kleinen Schürfarbeiten im heurigen Jahr wurde mehr oder minder nichts gemacht. Für diese Verzögerung bzw. für die Nichtaufnahme der Bauarbeiten wurden mehrere Gründe angeführt, so auch Schwierigkeiten wegen wasserrechtlicher Belange. Diese Schwierigkeiten betreffen jedoch ein Gebiet, durch welches die Straße bereits fertiggestellt ist, und die Summe des Streitwertes des zweiten Abschnittes, wobei ich mich keineswegs in ein schwebendes Verfahren einmengen will, ist ein Bruchteil der gesamten Bausumme, wobei man noch berücksichtigen muß, daß ja bei jedem Bauvorhaben ein gewisser Betrag für Unvorgesehenes vorgesehen ist, und sogar für diesen normal mit 20% anzunehmenden Betrag ist der Streitwert ein Bruchteil. Der Herr Landeshauptmann war vielleicht nicht ganz richtig informiert, konnte sich aber in Eisenerz anlässlich der Barbara-Feiern durch eine Aussprache mit dem Bürgermeister dieser Stadt selbst ein Bild machen und hat auch gleich nach den Feierlichkeiten der Stadtgemeinde mitgeteilt, daß er bestrebt sein wird, bürokratische Schwierigkeiten zu beseitigen, um den Baubeginn dieser Nordrampe doch irgendwie in die Wege zu leiten. Wir wollen es hoffen, aber leider fehlt uns der Glaube, Herr Landeshauptmann. Aber was nicht ist, kann noch werden! (Landesrat Sebastian: „Eingedenk des Empfanges in Bruck im Jahre 1957.“) Ich will zu diesem Straßenproblem nur noch einige Worte sagen. Dieses Gebiet hat jahrhundertlang Erz und damit Brot der ganzen Steiermark und darüber hinaus ganz Österreich gegeben. Leider ist in Eisenerz von diesem Reichtum nicht viel geblieben. Sie werden keine Großbauten bei uns finden, keine schönen Fassaden, keine sonstigen Kulturgüter. Der Reichtum ging hinaus. Die Bevölkerung, die dort lebt, ist arbeitsam und fleißig, geht dem harten Beruf des Bergmannes nach und die einzige Möglichkeit das Gebiet zu verlassen, ist eben die Präbichlstraße. Und wenn auch, wie schon ange-

führt, die Motorisierung zugenommen hat und selbstverständlich auch in Eisenerz viele Arbeitnehmer eigene Fahrzeuge haben, so muß ich hinzufügen, diese eigenen Fahrzeuge wurden mühsam erarbeitet. Meistens ist es nur möglich gewesen, wenn mehrere Familienangehörige arbeiteten, daß sie sich diese Fahrzeuge leisten konnten. Natürlich bei so schlechten Straßenverhältnissen leidet ein Fahrzeug und jeder überlegt es sich, ob er diese schwierige Fahrt über den Präbichl antreten soll. Wir wollen hoffen, daß im kommenden Jahr wirklich mit aller Energie mit dem Ausbau der Nordrampe begonnen wird, damit dem jetzigen Zustand, diese Trasse ist einer Versuchsstrecke für Geländefahrzeuge ähnlicher als einer Bundesstraße, eine Ende gemacht wird. Ich möchte alle verantwortlichen Stellen ersuchen, mitzuwirken, daß dieser Ausbau auch tatsächlich begonnen wird. Wenn ich hier einige Worte über das Straßenproblem verloren habe, so möchte ich auch ein anderes Kapitel anschneiden, das in diese Gruppe fällt und das uns alle äußerst berührt, u. zw. ist das die Reinigung unserer Gewässer. Im Jahr 1959 war wohl der Hauptgrund für die Wasserrechtsnovelle die immer bedrohlicher werdende Verschmutzung unserer Gewässer. Der Inhalt der Novelle behandelt die Sanierung dieser Gewässer durch entsprechende Reinigung der Abwässer. Seit Inkrafttreten dieser so wichtigen Novelle sind mehr als 5 Jahre vergangen und von einer wirksamen Besserung kann auf keinen Fall gesprochen werden. Man kann ohne die geringste Übertreibung feststellen, daß bedauerlicherweise das Gegenteil der Fall ist. Die Verhältnisse haben sich noch weiter verschlechtert und stellenweise einen besorgniserregenden Grad erreicht. Immer mehr beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit dieser Frage und verlangt entscheidende Abhilfe. In der Presse kann man immer häufiger Artikel lesen, die besonders kraß die Zustände der Gewässerverunreinigung aufzeigen. Der Zustand vieler Gewässer steht in offenkundigem Widerspruch zu den Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes. Diese Feststellung deckt sich mit der Auffassung der entsprechenden Stellen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Nun, welche Auswirkungen hat dieser traurige, Ihnen, meine Damen und Herren aufgezeigte Zustand? Auf Grund der mangelhaften Reinhaltung unserer Gewässer besteht eine ernstliche Gefährdung der Volksgesundheit, der Interessen der Wirtschaft, des Fremdenverkehrs und der so wichtigen Trinkwasserversorgung unserer Bevölkerung. Sicherlich gibt es eine Anzahl von Gründen, die zu der augenblicklichen Lage geführt haben. Zu einem gewaltigen Nachholbedarf an entsprechenden Anlagen gesellte sich der für uns alle so wichtige Aufschwung unserer Industrie. Bestehende Industrieanlagen wurden erweitert, neue, größere Anlagen errichtet. Der Bedarf an Wasser, sei es für die Industrie, sei es für die Haushalte unserer Bevölkerung, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Immer mehr Waschmittel werden verwendet, die, wie man oft bis zum Überdruß hören kann, das Leben der Hausfrau erst lebenswert machen. Die Werbung bringt auf Plakawänden in leuchtenden Farben die letzten Erkenntnisse. Diese Verbrauchssteigerungen bringen auch eine entsprechende Vergrößerung der Abwässer

mit sich. Abwässer sind es aber, die die Verschmutzung unserer Gewässer verursachen. Sicherlich stellen sich einer gründlichen Sanierung große finanzielle und technische Schwierigkeiten entgegen. Man soll keineswegs übersehen, daß eben zu dem bereits erwähnten Nachholbedarf eine große Zuwachsrate kommt. Von maßgebender Stelle wurde hingewiesen, daß auf Grund der zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel eine gewissenhafte und gründliche Planung nötig ist, denn nur so kann gewährleistet werden, daß mit diesen zur Verfügung stehenden Mitteln auch tatsächlich eine rasche und wirksame Verbesserung der Wassergüteverhältnisse erreicht werden kann. Die Anregung zur Erstellung eines Schwerpunkt-Programms durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ist zu begrüßen und es werden bei konsequenter Durchführung Erfolge eintreten. Die schwerpunktartige Sanierung jener Gewässer, die im öffentlichen Interesse als primär zu bezeichnen sind, muß zuerst begonnen werden. Diese Bereinigung könnte durch Investitionsbegünstigungen bzw. durch sonstige Förderungen erleichtert werden. Für die Steiermark ist die Frage des Gewässerschutzes besonders aktuell. In unserem Bundesland haben etwas mehr als 16% der österreichischen Bevölkerung ihren Wohnsitz, jedoch finden wir in den Tälern unseres Landes rund 40% der österreichischen Industrie. Dies macht Ihnen, meine Damen und Herren deutlich, welche Größenordnung die Abwasserfrage für uns haben muß. Die Mur mit ihren Nebenflüssen stellt in Österreich auch das Hauptproblem dar. Die Strecke Judenburg—Leibnitz kann als der Schwerpunkt der Abwasserfrage ganz Österreichs bezeichnet werden. Ich glaube, jeder, der die Mur betrachtet, wird meine Ausführungen bestätigt finden. Dieser Fluß, der einst wegen der Klarheit seines Wassers berühmt war, ist heute eine ekelerregende Brühe. Sicherlich kann man dazu einwerfen, daß es auch in anderen Industriegebieten nicht viel besser aussieht. Doch kann dies keine Entschuldigung sein. Die beabsichtigte Erstellung eines Schwerpunkt-Programms ist auf jeden Fall ein Schritt auf dem Wege zur Sanierung. Es hat sich in dankenswerter Weise die Presse immer wieder eingeschaltet, um unsere Bevölkerung auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Es ist ja mit der Verschmutzung der Flüsse nicht abgetan. Mit der Verfärbung unserer Gewässer könnte man sich ja noch abfinden. Nein, es sind die folgenden Gefahren: In einem verunreinigten Gewässer wird das Leben, das in jedem Fluß in einem großen Ausmaße herrscht vernichtet. Eine Unzahl von Mikro-Organismen lebt in jedem Fluß. Durch eine Störung dieses Lebens entstehen Veränderungen und es wird dadurch die so wichtige biologische Filterschicht angegriffen bzw. zerstört. Eine Folge davon — u. zw. die für unsere Bevölkerung unangenehmste — kann eine Vergiftung des so wichtigen Grundwasserstromes sein. Dies gilt aber nicht nur für die Grundwasserströme in den großen Tälern, sondern auch für kleine Bäche und Quellen. Weite Kreise der Bevölkerung und vor allem die zuständigen Stellen haben die Gefahr erkannt. Das Steiermärkische Landesbauamt hat dem Wasser-Sektor ein besonderes Augenmerk gewidmet und durch aufklärende Vorträge das Gewissen der Öffent-

lichkeit auferüttelt. Für diese schwierige Tätigkeit ist den Herren Beamten der Fachabteilung Dank zu sagen. Es muß in Zukunft an der Abwendung der uns drohenden Gefahr gemeinsam gearbeitet werden. Unsere schönen steirischen Flüsse und Bäche müssen wieder jenes Aussehen erhalten, das wir uns alle wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. DDr. Hueber das Wort.

Abg. DDr. Hueber: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte jetzt wiederum auf das Wohnungswesen zu sprechen kommen, das, wie Sie wissen, gleichfalls der Gruppe 6 angehört. Ich habe mir schon bei der vorjährigen Budgetdebatte erlaubt, eingehend zum Wohnungsproblem Stellung zu nehmen und alle die einschlägigen Fragen zu beleuchten, aber auch zu beantworten, und ich muß feststellen, daß sich seit dem letzten Jahr an den Problemen des Wohnungswesens nichts geändert hat. Ich könnte diese eingehende und ich darf wohl sagen umfassende Rede zum Wohnungsproblem ruhig wiederholen. Haben Sie allerdings, meine verehrten Damen und Herren, nicht die Angst, daß ich Ihnen diese Rede, die Ihnen sicherlich in Erinnerung sein wird, etwa wiederholen möchte. Aber ich möchte feststellen, daß es bei allen diesen Problemen bei den Teilregelungen und bei den Improvisationen geblieben ist und daß es noch immer nicht zu der andererseits für notwendig erkannten Generalregelung des Wohnungswesens gekommen ist. (Abg. Leitner: „Was sagen Sie zur Mietzinserhöhung, die gewünscht wird?“)

Aber Herr Leitner, warten Sie doch ein bisschen, ich kann nicht alles gleich vorwegnehmen, was auch Sie an diesen Fragen interessieren wird. Es ist, meine verehrten Damen und Herren, bei der Aufsplitterung der Wohnbauförderung geblieben. Als überzeugte Föderalisten haben wir Freiheitliche nicht nur die Kompetenzübertragung in der Wohnbauförderung an die Länder gefordert. Wir sind hier sogar einen Schritt weiter gegangen. Wir haben gefordert die Übertragung der Kompetenz des gesamten Wohnungswesens an die Bundesländer. Meine Damen und Herren! Das ist auch in anderen Staaten so. Nehmen Sie als Beispiel die Deutsche Bundesrepublik, nehmen Sie als Beispiel die Republik Italien. Das hat schon seinen Sinn, warum man das Wohnungswesen sowie das Bauwesen in die Länderkompetenz verlegt, weil hier die Länder und die Gemeinden ja immerhin unterschiedliche Grundlagen und Voraussetzungen gegenüber den anderen Ländern und Gemeinden haben und es sowohl schwierig als auch unnötig ist, daß von der Bundesinstanz her das Wohnungswesen zentral geregelt und zentral gesteuert wird. Meine Damen und Herren! Wir sind uns im Steiermärkischen Landtag durchaus bewußt, daß eine solche Forderung an die hohe Bundesinstanz nicht durchgehen wird. Wir können hier etwa mit dem Evangelium sagen „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr“, als daß die an Kompetenzen so reiche Bundesinstanz eine ihrer Kompetenzen an die Länder abgeben würde. Meine Damen und Herren! Des-

wegen bleiben wir aber nachdrücklichst bei der Mindestforderung: Zusammenfassung und Vereinheitlichung des gesamten Wohnbauförderungswezens und Übertragung der Durchführung dieser Wohnbauförderung an die Länder.

Mein Damen und Herren! Es ist auch bei den anderen Problemen geblieben, so bei dem Problem, das den Herrn Abg. Leitner offenbar am meisten zu interessieren scheint, bei dem Wirrwarr der Mietzinse. Sie wissen doch, die Mietzinse werden nach den verschiedensten Bestimmungen und Gesichtspunkten bei uns gebildet, berechnet und eingehoben, die Zinse nach dem Mietengesetz, die Zinse auf Grund des Zinsstopgesetzes und die nach den mietengesetzfreien Zinsvorschriften eingehobenen. Schauen Sie, meine Damen und Herren, wir Freiheitlichen stehen zum Grundsatz der Zinsgerechtigkeit (Abg. Leitner: „Ist das gerecht, 1000 S?“). Es ist bestimmt nicht gerecht, wenn ein junges Ehepaar, das erst eine Familie gegründet hat, den einen Gehalt, etwa den des Mannes oder den der Frau, allein für die Wohnung auszulegen hat, die es höchstwahrscheinlich nur mit großen Opfern oder — bitte, wenn Sie es so wollen — über das Parteibüchl erreichen konnte. Auf der anderen Seite wissen wir, meine verehrten Frauen und Herren, daß für eine 4- bis 5-Zimmer-Wohnung nach dem Mietengesetz eine Vorschrift herauskommt, na sagen wir so von 187.10 S, bitte, die Ziffer ist nur approximativ — und dieser Hauptmieter vermietet von dieser 4- bis 5-Zimmer-Wohnung drei Zimmer in Untermiete. Es werden hier nicht nur unsere Studenten, sondern auch die ausländischen Studenten in teilweise geradezu skandalöser Weise ausgebeutet. Bei uns kursiert so ein Untermietzimmer mit 500 bis 600 S, in Wien werden Untermietzinse von 1000 S verlangt. Schauen Sie, meine Frauen und Herren, ich spreche nicht für das sogenannte etappenweise Nachziehen, das der Herr Leitner meint. Wir kennen Sie ja, Herr Leitner, wir haben hier auch im Hohen Haus schon von den Wohnungsverhältnissen in Rußland gesprochen. Wir haben die dortigen Verhältnisse dargelegt und sind einhellig zur Auffassung gekommen, daß wir diese Verhältnisse in Österreich nicht übernehmen wollen.

Meine Frauen und Herren, das Nachziehen des Zinses auf der Grundlage des Kronenzinses vom Jahr 1914 wäre wohl ein Anachronismus. Seit diesen 50 Jahren haben sich ja auch die Verhältnisse bei den Wohnungen und Geschäftsräumen der Häuser verändert. Die Lage hat sich verändert, die Ausstattung hat sich verändert. Der eine Hauseigentümer hat für sein Haus etwas gemacht, hat es schön erhalten, der andere mußte es mehr oder weniger auf Grund der Zinsregelung des Mietengesetzes verfallen lassen. Das, was uns Freiheitlichen auf diesem Gebiet gerecht erscheint, wäre eine völlige Neuregelung. Und das paukt sich nun schon mehr und mehr durch, denn die sozialistische Fraktion ist ja auch schon daraufgekommen (Abg. Dr. Pittermann: „Das hat aber lange gebraucht!“), daß dieses Wirrwarr, daß diese Zinsungerechtigkeiten — ja, es hat lang gebraucht — nicht mehr tragbar sind. Zwischendurch ist ja auch

beispielsweise „die rote Gemeinde Wien“ — das habe ich ja jetzt gehört, daß man so einteilt in „rote Länder“, „rote Gemeinden“, schwarze Länder“, „schwarze Gemeinden“ — die „rote Gemeinde Wien“ zum größten Hausbesitzer der Welt geworden. Daß ihnen nun diese Probleme auch anhängen, daß ihnen diese Probleme auch reformbedürftig erscheinen, das braucht, Herr Kollege Dr. Pittermann, seine Zeit. Aber mit der Zeit kommt auch die Einsicht, und Einsicht ist etwas, was wir alle auf das aufrichtigste begrüßen.

Meine Damen und Herren, es geht um die Zinsgerechtigkeit. Die muß gefunden werden. Denn wenn sie nicht gefunden und verwirklicht wird, dann ist das Problem der Altwohnungen und auch der Mieterschutzhäuser nicht zu lösen. Denn schauen Sie, meine Damen und Herren, es ist noch immer bei der Not an Wohnungen und bei den sogenannten „gehorteten“ Wohnungen geblieben. Wer wird denn auch schon eine Wohnung hergeben, wenn sie auch 4 oder 5 Zimmer umfaßt, wenn er dafür, wie ich früher sagte, nur einen Zins von 187.10 S zu entrichten hat? Wenn auch der betreffende Wohnungsinhaber nicht darauf ausgeht, aus dieser Wohnung noch und noch Kapital zu schlagen, so kann man es irgendwie verstehen, daß er sie unter Umständen auch leer stehen läßt oder nur unzulänglich benützt, daß er sich sagt, ich habe eine Tochter, die ist immerhin schon 15 Jahre alt, und bis in 5 oder 10 Jahren wird sie sicherlich heiraten und Sie wissen, da beginnt ja das Problem der Eltern, wie schaffe ich dann dem jungen Ehepaar eine Wohnung? Sehen Sie, meine Damen und Herren, darauf kommt es an. Und jetzt sage ich Ihnen, den Abgeordneten der Sozialistischen Partei Österreichs, kommen Sie bei den gehorteten Wohnungen nicht mit neuen Zwangsvorschlägen. Sie wissen ja, das Neuvermietungsgesetz ist abgelaufen und kommen Sie jetzt nicht mit dem Ruf nach einer Wiedereinführung desselben! In der Wirtschaftspolitik bedarf es anderer Maßnahmen, als der des Dirigismus und Zwanges. Da gäbe es auch andere Möglichkeiten, z. B. keinen Kündigungsschutz für gehortete Wohnungen. Das, glaube ich, wäre ein Standpunkt, den auch Sie von der Sozialistischen Partei vertreten könnten. Ein anderer Vorschlag wäre die Möglichkeit der befristeten Vermietung von mietgeschützten Wohnungen. Das ermöglicht nicht das Mietengesetz (Abg. Leitner: „Sie wollen das Mietengesetz noch verschlechtern!“), weil es heißt, daß ein auf bestimmte Zeit abgeschlossener Bestandsvertrag nach Ablauf dieser Zeit sich in einen Bestandsvertrag auf unbestimmte Zeit umwandelt. Das ist eine Bestimmung gegen die wohnungssuchenden Menschen. Denn so mancher Wohnungsinhaber oder so mancher Hauseigentümer wird sich sagen, wenn ich die Möglichkeit habe, auf die Zeit, für die ich die Wohnung nicht brauche, einen befristeten Mietvertrag abzuschließen, dann werde ich es machen. Niemand wird den wirtschaftlichen Unsinn begehen, daß er für diese Zeit den Mietzins bezahlt oder auf einen solchen Mietzins als Hauseigentümer für die Dauer verzichtet. Meine Damen und Herren! Mit solchen wirtschaftspolitischen Mitteln muß man da an die Probleme herangehen. Etwa auch an das gleichfalls

ungelöste Problem des Schacherns mit geförderten Eigentumswohnungen. Ich glaube, nunmehr schon das drittemal aufgezeigt zu haben, daß es hier nur einer Änderung des § 31a des Wohnhauswiederaufbaugesetzes bedürfte. Denn der Paragraph war ein Schlag ins Wasser. Und zwar deshalb, weil die Interessenten hergegangen sind, und nur das Eigentum an ihrem Grundanteil grundbücherlich einverleiben ließen und nicht auch das Wohnungseigentum. Das Wohnungseigentum wird erst dann eingetragen, wenn so eine aus Bundesmitteln geförderte Eigentumswohnung unter Umständen schon zwei- oder dreimal weiterverkauft worden ist und ein Entgelt erreicht hat, das zum Himmel schreit.

Meine Damen und Herren! Das alles macht die Generalreform des Wohnungswesens notwendig. Die Notwendigkeit der Generalreform möchte ich noch wie folgt abschließend zusammenfassen:

Die Generalreform ist notwendig

1. aus wirtschaftlichen Gründen. Der Verfall eines wesentlichen Teiles unseres Volksvermögens, wie es der Althausbesitz darstellt, ist wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch nicht mehr zu vertreten.

2. Aus sozialen Gründen. Unsere Bevölkerung, und insbesondere unsere Jugend, braucht Wohnraum, Wohnraum zur Erhaltung und zur Entwicklung unseres Volkes.

3. Aus Gründen des Rechtes. Das Eigentum, meine verehrten Damen und Herren, ist doch ein Stück der Freiheit. Es ist die Grundlage der freien Wirtschaft und Gesellschaftsordnung. (Abg. Leitner: „Das Recht auf Wohnung gehört auch zur Freiheit dazu!“) Die Wohnung gehört in das Gebiet der sozialen Gründe und ich habe doch gesagt, Herr Leitner, wenn Sie gut zugehört haben, unsere Bevölkerung und unsere Jugend braucht Wohnungen. (Zwischenruf von der SPÖ: „Er hört nicht zu!“ — Abg. Dr. Rainer: „Sie müssen mitschreiben, Herr Leitner!“)

Meine Frauen und Herren! In Notzeiten und in Einzelfällen, wo es das allgemeine Beste erfordert, wie es ja schon im Bürgerlichen Gesetzbuch heißt, sind auch Beschränkungen des Eigentums auf sich zu nehmen. Es gilt aber, eine vor 50 Jahren geborene und durch 50 Jahre weiterschleppte Notlösung, die sich inzwischen nicht nur zum wirtschaftlichen und sozialen Unsinn, sondern auch zum ausgesprochenen Unrecht entwickelt hat, nunmehr einer gerechten und vernünftigen Reform zu unterziehen. Sehen Sie, meine geschätzten Frauen und Herren, das ist das, was die Freiheitliche Partei unter einer Generalreform des Wohnungswesens versteht.

Nun darf ich noch abschließend darauf hinweisen, daß dem Haus- und Grundbesitz eine solche Generalreform des Wohnungswesens von den politischen Parteien, der Österreichischen Volkspartei, aber auch der Freiheitlichen Partei Österreichs zugesichert worden ist. Ich habe hier die Zeitung „Der österreichische Hausbesitz“ vom Juni 1963, wo die Reden festgehalten sind, die beim Bundestag in Graz am 25. Mai 1963 gehalten worden sind. Es hat damals der damalige Bundeskanzler, Herr Dr. Al-

fons Gorbach, namens der Österreichischen Volkspartei folgendes erklärt: „Im Zuge des Wahlkampfes im Herbst des vergangenen Jahres — das war das Jahr 1962 — haben die Parteien Vorschläge zu einer Bereinigung dieses dornenreichsten innenpolitischen Problems unserer Zeit erstattet. In der Regierungserklärung haben wir insofern einen wesentlichen Fortschritt erzielt, als mit Ende des Jahres 1964 ein Termin gesetzt wurde, bis zu dem eine Einigung innerhalb der Regierungskoalition erreicht sein soll. Andernfalls müßte eine Lösung des Wohnungsproblems im koalitionsfreien Raum erreicht werden.“ Und der Herr Bundeskanzler hat damals noch dazugefügt: „Heute können wir uns ein weiteres Hinauszögern einer Bereinigung dieser Wohnungsfrage nicht mehr leisten. Und es ist jetzt die Zeit unmittelbar nach den Wahlen“, sagte er damals, wo das Problem angegangen werden muß. Im Schatten der Wahlen hat niemand mehr Mut dazu.“ Meine Frauen und Männer! Ich habe auch die Zeitung des österreichischen Hausbesitzes vom Juni 1964 und hier den Bericht über den Bundestag des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes 1964. Damals hat für die Österreichische Volkspartei Abg. zum Nationalrat Dr. Josef Gruber das Wort ergriffen und hat erklärt, daß er auch den Auftrag des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei zu vertreten habe und er hat auch erklärt, daß er selbst dem Verhandlungskomitee von seiten der Österreichischen Volkspartei angehöre, in dem das Wohnungsproblem mit dem anderen Koalitionspartner einer Lösung zugeführt werden soll. Er hat folgendes gesagt: Die Österreichische Volkspartei habe von Anfang an keine Unklarheit darüber gelassen, daß es ihr nicht allein um den Wohnungsneubau gehe, sondern daß das Problem in seiner Gesamtheit einer Lösung zugeführt werden muß. Vor allem müßte die Zwangswirtschaft, die noch nie einen Mangel behoben habe, sondern lediglich einen Mangel verwalten könne, beseitigt werden und müßten auch in Österreich marktwirtschaftliche Grundsätze im Rahmen der sozialen Gegebenheiten durchgesetzt werden.

Meine Frauen und Herren! Das sind die Erklärungen, die seitens der Österreichischen Volkspartei abgegeben worden sind. Ich will keineswegs zurückhalten, welche Erklärungen die Freiheitliche Partei Österreichs zu diesem Problem abgegeben hat. Ich hatte bei dem offenen Bundestag der Haus- und Grundbesitzer am 25. Mai 1963 die Ehre, die Freiheitliche Partei Österreichs zu vertreten, und habe dargelegt, daß die Freiheitliche Partei seit eh und je nicht nur für eine gerechte, sondern auch für eine vordringliche Lösung des Wohnungs- und Mietenproblems eingetreten ist. Wir von der Freiheitlichen Partei haben immer gesagt, daß das Mieten- und Wohnungsproblem in der verfassungsmäßigen Instanz, im Parlament, einer befriedigenden Lösung zugeführt werden kann. Und ich habe erklärt, wenn die Verhandlungen im Koalitionsausschuß oder — wie Sie ihn jetzt nennen wollen — Arbeitsausschuß der Koalitionsparteien scheitern, daß die Freiheitliche Partei anläßlich der parlamentarischen Beratungen dafür eintreten wird, daß das Mieten- und Wohnungswesen eine wirtschaftlich und sozial gerechtfertigte Regelung finden wird. Die

gleiche Erklärung erfolgte seitens der Freiheitlichen Partei Österreichs am Bundestag 1964 des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes. Es hat damals der oberösterreichische Landtagsabgeordnete Dr. Walter Bauer gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß der Bundesparteiohmann der Freiheitlichen Partei am 4. Dezember 1963 Herrn Bundesparteiohmann Dr. Klaus, er war damals noch nicht Bundeskanzler, aber ich glaube schon Parteiohmann, erklärt hat, die Freiheitliche Partei sei bereit, im Parlament ein gemeinsames Konzept mit der Österreichischen Volkspartei durchzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte fast mit Andreas Hofer sagen: „Mander, jetzt isch't's Zeit!“ (Abg. Leitner: „Zum Preiserhöhen!“) Meine Damen und Herren! Der Termin, den sich die Koalitionsparteien selbst im sogenannten Arbeitsübereinkommen gesetzt haben, wird am 31. Dezember dieses Jahres ablaufen und der koalitionsfreie Raum steht nunmehr für die Generalreform des Wohnungswesens offen!

Und nun hat uns alle eine alarmierende Nachricht der „Kleinen Zeitung“ getroffen. Und zwar die Nachricht in der Ausgabe vom Donnerstag, den 10. Dezember 1964. Hier heißt es: „Wieder verstreicht ein Termin.“ „Das Wohnungsproblem weiter ungelöst.“ „Parteien schaffen es nicht bis 31. Dezember!“ „Selbstgestellter Termin wird bis April 1965 verlängert!“ Meine Damen und Herren, es steht hier: „Während sich die offiziellen Vertreter der Parteien noch in tiefes Schweigen hüllen, gab der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler gestern in einer Sitzung des Vorarlberger Landtages bekannt, was sowieso schon allenthalben vermutet wurde, die Regierungsparteien können den Termin vom 31. Dezember 1964, den sie sich selbst zur Regelung des Wohnungs- und Mietenproblems gestellt haben, nicht einhalten. Dr. Keßler erklärte dazu, es sei beabsichtigt, diesen Termin bis April 1965 zu verlängern.“

Meine Frauen und Herren, ich glaube, daß das nicht der richtige Weg ist zur überfällig gewordenen Lösung des Wohnungsproblems in Österreich, daß wir nicht sagen können „Zeit gewonnen, alles gewonnen“, sondern wir sind der Meinung, daß auch auf Grund der Zusagen, die immerhin zwei Parteien abgegeben haben, die zum Eigentum stehen, die zur sozialen Marktwirtschaft stehen, die den Dirigismus in der Wirtschaft und in der Gesellschaft ablehnen, diese nunmehr zu ihrem Wort stehen müssen und daß diese Parteien nunmehr im koalitionsfreien Raum die Lösung des Wohnungsproblems vorzunehmen haben. Deshalb meine Einladung an die geschätzten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: Gehen wir nunmehr in den koalitionsfreien Raum! Veranlassen Sie Ihre Parlamentsabgeordneten — ich vertraue hier besonders auf den enormen Einfluß des Herrn Landeshauptmannes Krainer — veranlassen Sie nunmehr. (Unverständliche Zwischenrufe d. Abg. Leitner.) Ich rede ja nicht mit Ihnen, sondern mit den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei! Veranlassen Sie, daß die Parlamentsfraktion der Österreichischen Volkspartei dieses überfällig gewordene Problem nicht mehr länger auf die lange Bank schieben kann, veranlassen Sie, daß nunmehr der

koalitionsfreie Raum beschritten wird. Sprechen Sie nicht nach, was der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei vorsprechenden Gewerkschaftsfunktionären, die in einem anderen Zusammenhang verlangt haben, es möge endlich der koalitionsfreie Raum beschritten werden, gesagt hat. Denn auch die Gewerkschaft ist schon daraufgekommen, daß der koalitionsfreie Raum etwas Gutes sein könnte. Sprechen Sie nicht dem Herrn Dr. Hurd nach, der diesen Gewerkschaften erklärt hat, „was wollen Sie, der koalitionsfreie Raum ist jetzt tot“. Meine Frauen und Herren! Der koalitionsfreie Raum ist gegenwärtig die einzige Möglichkeit, das so festgefahrene Koalitions-System überhaupt wiederum in Bewegung zu bringen. Er ist die einzige Möglichkeit, die Demokratie in Österreich zu aktivieren. Er ist die einzige Möglichkeit, heiße Eisen anzufassen und überfällige Probleme zu lösen, wie es auch das Wohnungs- und Mietenproblem darstellt.

Ganz allgemein möchte ich noch sagen, daß die Freiheitliche Partei Österreichs, die Landtagsfraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs, den Ansätzen dieser Gruppe ihre Zustimmung geben wird und daß sie auch dem zustimmt, daß nicht allein der Herr Finanzreferent, sondern die gesamte Landesregierung bei der Gruppe 6 einen Schwerpunkt des Budgets bildet.

Präsident Afritsch: Herr Abg. Leitner hat das Wort.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Punkt 1 der brennenden Fragen bleibt zweifellos das Wohnungsproblem. Darauf haben ja schon einige Redner dieses Hauses hingewiesen. Mit den bisherigen Mitteln das Wohnproblem zu lösen, allerdings, hat sich schon gezeigt, daß das unmöglich ist. Das haben beide Sprecher, die zu diesem Problem Stellung genommen haben, ebenfalls zugegeben. Allerdings kommt es darauf an, wie man dieses Problem löst. Auch wir sind für die Lösung des Wohnungsproblems. Die ÖVP hat vor kurzem eine Wohnbauausstellung in Graz veranstaltet, und dort kam heraus, was sowieso schon jeder weiß, daß man in Steiermark oder wahrscheinlich auch in ganz Österreich mit 30.000 Schilling Barmitteln noch immer keinen Anspruch auf eine Wohnung hat bzw. in verhältnismäßig kurzer Zeit eine solche bekommt. Dieser Betrag von 30.000 Schilling ist zu gering, viel zu gering.

Die Sozialistische Partei hat heute durch ihren Sprecher in Wohnungsfragen, Herrn Landesrat Bammer, ebenfalls zu diesem Wohnungsproblem Stellung genommen und macht Vorschläge, die darauf hinauslaufen, daß Steiermark durch diese verschiedenen Fonds nicht benachteiligt werden darf. (DDr. Hueber: „Sie kommen in die Zeitung, Herr Leitner!“) Herr Abg. Dr. Rainer, ich bin gestern in der Zeitung der ÖVP gewesen und sogar, als ich gesprochen habe, ich weiß nur nicht, ob Sie das absichtlich oder unabsichtlich getan haben. (Dr. Pittermann: „Damit man sieht, daß Sie bei uns reden können!“) Jedenfalls bin ich dort als Sprecher drauf, aber in den verschiedenen Kapiteln, die die „Tagespost“ aufweist, dort bin ich nicht drin! (Abg.

B a m m e r : „Sie sind eben viel fotogener als Ihre Reden druckreif!“ — Zwischenruf: Das war dann wahrscheinlich ein Kunstfehler!“ Herr Landesrat Bammer ist gegen die Benachteiligung. Auch wir sind dagegen. Aber er richtet das nur an den Bund. Es wäre besser, diese Forderung an die SPÖ- und ÖVP-Regierungs- und Nationalratsmitglieder zu richten. (Landesrat B a m m e r : „Habe ich getan, da und dort!“) Es ist eigentümlich, daß dieselben Herren, wenn sie da sitzen, ganz anders reden, und wenn sie irgendwie das Glück haben im Nationalrat oder in der Bundesregierung zu sitzen, genau das Gegenteil reden. (Landesrat B a m m e r : „Nur durch die Wahl, nicht durch Glück!“) Der Herr Landesrat Bammer sagt auch, daß es notwendig ist, kinderreiche Familien zu fördern.

Ich bin auch dafür. Aber, Herr Landesrat, das ist nur ein winziges Eckchen, das Sie angreifen. Gerade der Herr Abg. Hleschitz hat gestern gezeigt, daß für rund die Hälfte der steirischen Bevölkerung auf Grund der Statistik der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse nur ein Durchschnittslohn oder -gehalt von ca. 1900 Schilling und ein paar Schillinge darüber aufscheint. Und mit so einem Gehalt kann man sich weder 30.000 Schilling noch viel mehr Baukostenzuschüsse — bis zu 90.000 und darüber gibt es solche Baukostenzuschüsse — und auch keinen Zins leisten, der heute bei einer Zwei-Zimmer-Wohnung mit den Betriebskosten schon 700 S und bei einer Drei-Zimmer-Wohnung — das wäre eigentlich eine Wohnung für eine Familie, die zwei Kinder hat — schon 1000 Schilling beträgt. Sie müssen mir dann sagen, wie eine solche Familie, wenn sie ein oder zwei Kinder hat — mit drei oder vier ist das natürlich noch viel schlimmer — sich eine neue, moderne, der heutigen Zeit angepaßte Wohnung leisten kann.

Das dritte ist die Kontrolle des Rechnungshofes für die verschiedenen Baugenossenschaften; da bin ich auch dafür. Aber ich glaube, die Kontrolle wäre noch viel besser, wenn die Gemeinden, wenn die Länder verpflichtet werden, weil sie noch viel besser als der Rechnungshof, der nach Graz nur alle heiligen Zeiten zur Landesregierung kommt, die Verhältnisse kennen.

Wir wissen, daß die Rechnungsabschlüsse des jeweiligen Jahres nicht, so wie es allgemein üblich ist, im nächsten Jahr vom zuständigen Organ, das ist im Landtag, behandelt werden, sondern daß der Rechnungsabschluß 1958/59 im vorigen Jahr beschlossen wurde und der von 1960/61 bestenfalls Ende des nächsten Jahres beschlossen werden wird. Damit will die Steiermärkische Landesregierung nichts anderes, als der Kontrolle durch den Landtag ausweichen. (Landeshauptmann K r a i n e r : „Der Bericht ist beim Rechnungshof verlorengegangen!“) Herr Landeshauptmann, jawohl. Eine Reihe von Bundesländern machen das. Wir können nicht warten, bis der Rechnungshof einmal eine Kontrolle macht bei diesem Bausumpf, bei dem immer wieder ÖVP- und SPÖ-Funktionäre in koalitionsgleicher Art dabei sind, sondern daß in den zuständigen Gemeinden, dort, wo gebaut ist oder gebaut wird, daß dort kontrolliert wird. Die wissen das am besten, weil sie am nächsten dieser Sache sind. (Abg. Dr.

R a i n e r : „Die kleinen Gemeinden haben die Möglichkeit nicht!“) Der Herr Landesrat Bammer hat heute von diesen Problemen gesprochen. Ich lese auch die „Neue Zeit“, und da steht etwas anderes drinnen, als was er heute hier zum besten gegeben hat. Da sagt er, daß der Mietzins heute in Österreich und wahrscheinlich auch in Steiermark ein Ausmaß erreicht hat, daß man nicht mehr von sozialem, sondern von unsozialem Mietzins sprechen muß. Das haben Sie in Donawitz gesagt, Herr Landesrat. (Landesrat B a m m e r : „Das habe ich voriges Jahr da gesagt, haben Sie es nachgelesen?“) Das ist es ja, der unsoziale Mietzins in Österreich ist ja nicht vom Himmel gefallen (Landesrat B a m m e r : „Das gehört ja zu den anderen Finanzierungsvorschlägen dazu!“). Ich möchte nur sagen, daß natürlich die Maßnahmen besonders drängen, und die Freiheitlichen haben heute wieder ganz deutlich und offen ausgesprochen, daß sie für eine radikale Erhöhung der Mietzinse sind. (Abg. DDr. H u e b e r : „Da haben Sie sich radikal verhöhrt!“) und für eine weitere Verschlechterung des Mietengesetzes, damit, so wie in Westdeutschland heute, der Hausherr jederzeit, wenn er es für notwendig hält, die Mieter auf die Straße setzen kann, wenn sie nicht entsprechend viel zahlen. Das ist die Quintessenz von dem, was der Herr Abg. DDr. Hueber gesagt hat. (Abg. S c h e e r : „Was Sie jetzt gesagt haben, entspricht nicht der Wahrheit, das sind Unterstellungen. Alle Anwesenden werden das bestätigen!“ — Landesrat W e g a r t : „Das ist die Wahrheit von der Lagergasse! Das ist die kommunistische Freiheit!“) Der Landesobmann der FPÖ, Vizebürgermeister von SP's Gnaden, weil sonst wäre er nicht Vizebürgermeister geworden (Landesrat W e g a r t : „Euer Gnaden!“), der ist ja der Wohnungsverantwortliche der Landeshauptstadt Graz. Er hat vor einem Jahr einen besonders klugen Einfall gehabt. Er hat einen Appell an die Hausherren gerichtet, in Graz besonders dringenden Notstandsfällen doch eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, besonders deswegen, weil bekanntlich in Graz mindestens 2000 Wohnungen leerstehen. (Abg. S c h e e r : „Da hat er sogar Erfolg gehabt.“) Wir haben auch diese Aussendungen, die wöchentlich oder 14tägig in die Presse gekommen sind, in der „Wahrheit“ abgedruckt, obwohl uns klar war, daß daraus nichts wird. Sie haben es auch abgedruckt, und die „Kleine Zeitung“ hat es auch abgedruckt. (Abg. DDr. H u e b e r : „Die sollten das nicht so abdrucken. Das hat der Chruschtschow gemacht, und dann ist er abgesetzt worden!“) Aber was mir bekannt ist, sind 1½ oder 2 Wohnungen herausgekommen. Und das beweist am besten, daß diese Methode, die der Herr Vizebürgermeister Dr. Götz vorgeschlagen hat, als Wohnungsreferent der Stadt Graz, vollkommen daneben gegangen ist, daß das kein Weg ist, das Wohnungsproblem in Graz oder in der Steiermark zu lösen. Der Wohnungsfehlbestand ist bekanntlich trotz dieser Statistik nicht anerkannt worden. Es ist so, daß die Wohnungsnot auch in Steiermark unvermindert groß ist und daß viele tausende dringende Notstandsfälle vorhanden sind, bei den Wohnungsämtern vorgemerkt sind und daß verschiedene und viele dieser Wohnungssuchenden, auch junge Ehepaare, schon seit Jahren

darauf warten, endlich zu einer Wohnung zu kommen. Ich möchte gar nicht hinweisen, was eine Wohnung für jede Familie bedeutet. Das Glück der Familie usw., das hängt alles damit zusammen, und man kann noch so viel von Familienförderung und Jugendförderung usw. reden, wenn man diese Voraussetzung, unter anderem eine der wichtigsten, nicht löst, dann ist alles andere nur Geschwätz. Aber wir haben so eine Situation in Graz, in Steiermark und in ganz Österreich, daß 90.000 Wohnungen in Österreich leerstehen. Die Hausbesitzer sind nur dann bereit, diese Wohnungen abzugeben, wenn besondere Verträge gemacht werden. Der Herr Abg. DDr. Hueber hat ja gesagt, wesentlich höhere Mietzins, Begrenzung des Mietverhältnisses (Abg. DDr. Hueber: „Das ist wieder die kommunistische Freiheit!“), wenn sie das nicht bekommen oder nicht bekommen können, dann lassen sie trotz der ganzen Wohnungsnot und trotz des unbeschreiblichen Elends vieler Familien die Wohnung leer stehen. (Abg. DDr. Hueber: „Ich lasse keine Wohnung leer stehen, ich habe nur eine!“) Und die Landesregierung und alle zuständigen Stellen schauen zu! Das ist die Freiheit bei uns! Die einen haben die leeren Wohnungen und die anderen können buchstäblich auf der Straße und in jeder Barackenwohnung wohnen.

Das ist die Freiheit! Meine Damen und Herren! Es ist bekannt, daß heute jede Wohnung, obwohl es offiziell verboten ist, verkauft und verschachert wird. Ablösen von 30.000, 40.000, 100.000 und noch mehr tausende Schilling sind notwendig, damit man heute zu einer Wohnung kommt. Auch solche, die schon gebaut sind und aus irgendwelchen Gründen, weil jemand herausgestorben ist oder verzieht usw. (Landesrat Wegart: „Ich kenne auch einen kommunistischen Hausherrn, der hat auch eine Ablöse verlangt!“) Gestern wurde das gesagt, daß man nicht verhindern kann, daß in einer Partei der eine oder der andere etwas macht, den kann man eliminieren. (Abg. Dr. Rainer: „Liquidieren!“) Und auch das gibt es, welche, die etwas machen, was nicht richtig ist, aber Sie haben ja eine große Partei, und was schon gestern noch gesagt wurde, Haselgruber usw. Und das gibt es bei den Kommunisten nicht, das gibt es bei uns nicht! (Abg. DDr. Hueber: „Der Leitner wird euch säubern!“ — Abg. Dr. Rainer: Ist er ein Hausbesitzer? Der ist auch eliminiert worden!“) Er ist abgesetzt worden. (Landesrat Wegart: „Warum?“) Das ist Ihre Angelegenheit, genauso, wie Sie Ihren Parteiohmann Gorbach in einer Art und Weise abgesetzt haben. (Landesrat Wegart: „Aber er lebt noch, der Gorbach!“) Doktor Gorbach ist wesentlich jünger, trotzdem haben Sie ihn schon abgesetzt. (Landesrat Wegart: „Nein, nein, die sind gleich alt!“) Ich habe mit einem Abgeordneten gesprochen, und der hat gesagt: „Er kann wenigstens bei uns Witze erzählen.“ Das ist die ganze Freiheit, das ist der ganze Unterschied, den es gibt.

Wenn heute Altwohnungen renoviert werden, werden auf Grund und durch Ausnutzung des § 7 des Mietengesetzes die Kosten auf die Mieter überwältzt. Sie wissen selbst bereits Herr Abg. Dr. Hueber, daß das oft den fünf-, zeh- oder zwanzigfachen Mietzins ausmacht, der dann auf diese Mieter über-

wältzt wird. (DDr. Hueber: „§ 7 des Mietengesetzes? Da haben Sie eine eigene Auslegung.“) Nein, das müssen Sie zugeben, solche Fälle gibt es. (DDr. Hueber: „In Rußland höchstwahrscheinlich!“) Natürlich sind es seltene Fälle, aber das Fünf- und Sechsfache, selbst das Zehnfache ist keine Seltenheit. (DDr. Hueber: „Aha, er gibt's schon billiger! Er setzt schon den Zins herab!“) Es ist eben heute so, daß die Wohnungen selbst von Genossenschaften oder gemeinnützigen Gesellschaften mit einem Zins aufwarten, der für die meisten Angestellten und Arbeiter unerschwinglich ist, sowohl was die Anzahlung als auch was den Zins betrifft. Wie die Wirtschaftskommission der UNO festgestellt hat, ist Österreich ein Land, das zu denen gehört, die am teuersten bauen, das am wenigsten baut und das die kleinsten Wohnungen baut. Wir müssen ja irgendwo, wenn schon nicht beim Sport, so doch wenigstens hier einen Superlativ erreichen, wir müssen eben irgendwo an der Spitze stehen. (DDr. Hueber: „An Kleinheit sind die Wohnungen im Osten nicht zu übertreffen. So klein können wir gar nicht bauen hier in Österreich!“) Statt den sozialen Wohnhausbau auszuweiten, wird er immer mehr eingeschränkt. Und wenn der Herr Abg. Dr. Hueber so hämisch gegenüber dem Herrn Landesrat Bammer Beispiele von Wien vorgebracht hat, so ist es bestimmt so, daß in Wien Mieten von 10 bis 15 S pro Quadratmeter eingehoben werden. (Abg. DDr. Hueber: „Ja, gegen das müßt Ihr einschreiten in Wien!“) Allerdings ist es so, daß man von sozialem Mietzins und von dem, was einmal das „rote Wien“ auf dem Gebiet von sozialem Mietzins, von Schulen usw. war, nicht mehr reden kann. (Landesrat Bammer: „Dann kennen Sie die Verhältnisse sehr schlecht, Sie nicht und Dr. Hueber kennt sie auch nicht!“) Schon seit Monaten führen die ÖVP und die SPÖ Verhandlungen über diese „Neuregelung“, wie sie sagen, des ganzen Mietkomplexes durch. Aber der Herr Landesrat Bammer hat ja einige Verbindungen zu seiner Parteiführung, (DDr. Hueber: „Sie haben keine?“ — Landesrat Wegart: „Er hat gute Verbindungen!“ — Landesrat Bammer: „Er hat schon wieder ein Geheimnis verraten!“) aber von diesen Verhandlungen, die für das österreichische Volk und seine arbeitenden Menschen von entscheidender Bedeutung sind, Herr Landesrat, davon haben Sie nichts gesprochen. Was sich die SPÖ-Führung bei dieser äußerst wichtigen Frage überhaupt vorstellt. (Landesrat Bammer: „Steht eh in der Zeitung!“ — Abg. Heidinger: Schwebendes Verfahren!“) Das ist kein schwebendes Verfahren, da geht es um die Arbeiter, um die Angestellten, ob sie eine Wohnung bekommen können mit niedrigem Mietzins oder nicht. Da hätten Sie die Möglichkeit gehabt, hier zu dieser Frage Stellung zu nehmen. (Landesrat Bammer: Sie haben die Neue Zeit doch zu wenig gelesen!“) Allerdings wurde diese Frage bei den Verhandlungen, wie schon gesagt wurde, auf Ende April verschoben. Vielleicht wegen der im März stattfindenden Landtags- und der im April stattfindenden Gemeinderatswahlen. Staat werden Sie mit der Regelung, wie Sie sich das jetzt vorstellen, wahrscheinlich nicht machen, denn sonst würden Sie herauskommen damit. Denn die gan-

ze Mietzinspolitik und das, was Sie heute da vorschlagen, das ist ein Eckerl, aber bei den Brocken, die es dabei zu regeln gibt, da geben Sie nach und ich muß Ihnen sagen, wie Sie am Ende Ihres Referates waren, da haben Sie Beifall bei der OVP und auch beim Herrn Landeshauptmann Krainer gefunden (Landesrat B a m m e r : „Hoffentlich schadet mir das nicht!“) aber bei der Mietzinsfrage, Herr Landesrat, da steht es um die Interessen der arbeitenden Menschen, um die Interessen der Arbeiter und Angestellten schlecht. (Landesrat B a m m e r : „Aber Herr Abg. Leitner! Sie müssen die Neue Zeit besser lesen. Die Sozialisten haben nie daraus ein Geheimnis gemacht, wie sie sich die Regelung der Wohnbaufrage vorstellen!“) Na, dann sagen Sie es, Sie haben es heute nicht gesagt. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: (Glockenzeichen.) Ich bitte mit der Rede fortzufahren.

Abg. Leitner: Wer ist also schuld daran daß es in Österreich fast keinen sozialen Wohnbau mehr gibt? Wer ist schuld daran, daß die Wohnungen immer mehr zu einer Ware werden? Wer ist schuld daran, daß die Hausherren junge Ehepaare deshalb als Mieter ablehnen und lieber ältere Leute nehmen, weil sie damit rechnen, daß diese früher sterben und sie die Wohnung schon bald wieder teuer verkaufen können. Jüngere haben aber eine längere Lebenserwartung. Wer ist schuld daran, daß trotz Wohnungsnot tausende Wohnungen in Österreich leer stehen? Es steht fest, daß die Führung der OVP und der FPÖ die Hausherrenforderungen weitgehend unterstützen, weil die Hausherren in diesen Parteien direkten Einfluß auf die Führung haben. (DDR. H u e b e r : „Woher wissen Sie denn das, Herr Abg. Leitner? Ich glaube, die DDR-Spione haben es Ihnen mitgeteilt!“) Aber die SPÖ sitzt nun seit fast zwanzig Jahren mit der OVP in der Regierung und am Fiasko der Wohnungspolitik ist nicht nur die OVP allein schuld, sondern ist die SPÖ-Führung mit-schuldig. Sie hat z. B. das Wohnungsanforderungsgesetz ablaufen lassen, ohne einen Finger zu rühren. (Landesrat B a m m e r : „Sie sind ja ein Geschichtsfälscher!“) Sie geht selbst in den Gemeinden, wo sie die Führung hat, mit sogenannten „kostendeckenden“ Mietzinsen und Tarifen voran. Alle diese Tatsachen und auch diese Geheimverhandlungen zeigen schon, daß es darum geht, neue Anschläge gegen die Mieter vorzubereiten und sie deswegen nicht zu informieren. Es ist also höchste Zeit, wenn dieses Problem geregelt werden soll, daß einmal positive Maßnahmen gesetzt werden.

Wir Kommunisten fordern:

1. Die öffentliche Hand, der Bund vor allem, muß das Versprechen, das er schon bei zwei Regierungserklärungen gegeben hat, mindestens 50.000 Wohnungen im Jahr zu bauen, einhalten. Durch das Nichteinhalten dieses Versprechens sind ca. 60.000 Wohnungen in Österreich nicht gebaut worden. Und unser Anteil, 15 bis 16% auf Grund unseres Bevölkerungsschlüssels bedeutet für uns rd. 10.000 Wohnungen, die nicht gebaut wurden. Das wären 5 Sonder-Wohnbau-Programme. Und nicht mit unseren, sondern aus Mitteln des Bundes.

2. Fordern wir, daß der Staatszuschuß zum Wohnhausbau schrittweise jene Höhe erreicht, die die Arbeitnehmer jährlich für den Wohnhausbau aufbringen.

3. Verlangen wir die Zusammenfassung aller öffentlichen Wohnbau-Fonds und die Überweisung der Fondsmittel an Länder und Gemeinden. (Zwischenruf von der OVP: „Darüber sind wir uns einig!“ — Landesrat B a m m e r : „Na sehen Sie!“) Allerdings sollen diese Mittel je zur Hälfte zur Verstärkung des sozialen Wohnhausbaus der Gemeinden und der Länder zur Verfügung gestellt werden und die andere Hälfte zur Förderung des genossenschaftlichen Siedlungs- und Eigentumswohnbaus. Wir lehnen die eingetretene Verlagerung der Steuergelder vom Sektor des sozialen Wohnbaus auf den Sektor des privaten, genossenschaftlichen und Eigentums-Wohnbaues ab. Wir wollen das teilen. (Abg. P ö l z l : „Sehr fortschrittlich, nur kein Eigentum!“) Wir sind für die Förderung des Bauwillens aller Kreise der Bevölkerung. Aber nach wie vor muß der soziale Wohnhausbau durch Gemeinden und Länder und auch vom Bund, soweit er die Mittel verwaltet, Vorrang haben. Als sozialen Wohnhausbau betrachten wir Kommunisten den Bau von Wohnungen aus öffentlichen Mitteln und als Mietzins muß ausschließlich nur gelten die Instandhaltung dieser Gebäude, die Verwaltungs- und Betriebskosten. Jeder, der mit öffentlichen Mitteln baut, muß kontrolliert werden von den Gemeinden, wie ich schon vorgeschlagen habe. Überprofite und Betrügereien, die durch Ausnützung verschiedener Bestimmungen oder Gesetzeslücken es möglich machen, hier unkontrolliert zu wirtschaften und sich zu bereichern, müssen verhindert und bestraft werden. Die Beistellung von öffentlichen Mitteln für den Bau von Geschäfts- und Bürohäusern, von Luxusvillen, von Großwohnungen usw. muß verboten werden. Vor allem die Kreditvergebung — auch im Land — müßte unter öffentlicher Kontrolle erfolgen. Außerdem sind die gesetzlichen Bestimmungen für den Bau von Eigentumswohnungen so zu verändern, daß in erster Linie Leute zum Zug kommen, die wirklich im Zusammenhang mit Kriegsfolgen Schaden erlitten haben. Zum billigeren Bauen gehört auch das Ausschalten wucherischer Bodenspekulationen, die es bekanntlich bei uns gibt. Dazu wäre es notwendig, die Schaffung eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungs-Gesetzes vorzubereiten und zu beschließen.

Der neue Rektor der Grazer Technischen Hochschule, Herr Dipl.-Ing. Arch. Günther Gottwald hat in seiner Inaugurationsrede kürzlich über das Problem des Wohnungsbaues in Graz gesprochen und hat dabei mit Nachdruck seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß sich bei entsprechender technisch-methodischer Entwicklung die Baukosten auf 30% (Zwischenruf: „um 30%“) nein, auf 30% — das ist wenigstens in der Zeitung gestanden — der gegenwärtigen Durchschnittswerte senken lassen würden.

Viele Monate im Jahr wird bei uns bekanntlich nicht gebaut. Teure Maschinen stehen dadurch monatelang still, Baustellen werden abgebrochen und wieder aufgebaut. Dabei ist doch bekannt, daß in anderen Ländern, die noch einen viel härteren Winter haben, während der ganzen Winterszeit durch-

gebaut wird, das wäre im Interesse nicht nur des Wohnungsbaues und damit mehr gebaut werden könnte bei entsprechenden Maßnahmen, sondern das wäre auch im Interesse der Bauarbeiter gelegen, und gerade die Bauarbeitergewerkschaft hat in Steiermark in den letzten Wochen eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, um durchzusetzen bzw. klarzulegen, daß das Land u. a. ihren Forderungen wenigstens teilweise entspricht. Und das müßte möglich sein, weil es ja im gesamten gesehen solche Zahlen gibt, daß 80% der Bauausführungen von seiten der öffentlichen Hand kommen. Durch ein entschlossenes Eingreifen der zuständigen Regierungsstellen und auch der zuständigen Landesregierungsstellen müßte es möglich sein, daß in Österreich wenigstens um die Hälfte billiger gebaut wird, das heißt, noch einmal so viele Wohnungen den Wohnungssuchenden zur Verfügung stehen würden. Ich verlange nochmals hier die Forderung nach einem Wohnungsanforderungsgesetz, das den Gemeinden das Recht gibt, alle frei werdenden Wohnungen anzufordern und dann nach sozialen Gesichtspunkten zu vergeben. Ich urgiere weiters die Forderung nach Besteuerung leerstehender Wohnungen sowie die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen über den Wohnungsbau. Wir denken da an Gemeindegremien, deren Spruch durch den Hausherrn hingenommen werden muß. Heutzutage kommt ein Wohnungstausch ohne die Zustimmung des Hausherrn nicht in Frage. Es werden ebenfalls große Ablösen verlangt, obwohl doch meist ein Wohnungstausch mit sehr viel Kosten verbunden ist. Das Land selbst hätte die Möglichkeit die Wohnungen, die leerstehen, mit empfindlichen Abgaben zu besteuern. Herr Landesfinanzreferent, Sie suchen immer neue Steuerquellen (Landeshauptmannstellvert. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich suche keine neuen Steuerquellen, Herr Leitner!“) Herr Finanzreferent, tun Sie nicht so scheinheilig. Ich glaube nicht, daß ohne Ihr Wissen die sozialistische Stadtgemeinde Graz an den Landtag und die Landesregierung bereits herangetreten ist um die Einführung neuer Steuern und Gebühren. Wissen Sie das vielleicht auch nicht, Herr Landeshauptmannstellvertreter (Unverständliche Zwischenrufe.) Wenn man so etwas macht, dann müßte man auch den Mut haben, das zuzugeben, oder verhüten Sie es. (Erster Landeshauptmannstellv. DDr. Schachner-Blazizek: „Möchten Sie einmal die Geschäftsteilung der Landesregierung studieren, Herr Abgeordneter?“) Sie sind sozialistischer Parteiobmann, und es ist eine grundlegende Frage. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie das nicht wissen. (Erster Landeshauptmannstellv. DDr. Schachner-Blazizek: „Haben Sie sich an mich als Finanzreferenten gewendet?“) Ja, bitte schön, einmal muß ich Sie als Landeshauptmannstellvertreter ansprechen, einmal als Finanzreferent, einmal so, einmal so.

Wir Kommunisten lehnen jede Mietzinserhöhung ab. Wir wollen ausdrücklich feststellen, daß niemand, nicht einmal die ÖVP, von den Wählern das Mandat dazu bekommen hat, wenn Sie wirklich die Mieten erhöhen, das Mietengesetz zerschlagen wollen (Abg. DDr. Hueber: „Verbessern!“), dann geben Sie es zu, sagen Sie, wir wollen die Mieten erhöhen, wir wollen den Hausherrn die Möglichkeit

geben, die Mieter, die unbeliebt sind, hinauszubekommen. (Landeshauptmann Krainer: „Wir sind ja nicht gewillt, den Leuten Luftgeschäfte vorzutauschen oder solche von ihnen zu verlangen!“) Für die Hausherrn sind das keine Luftgeschäfte. (Landeshauptmann Krainer: „Wir sind nicht zuständig dafür.“ — Landesrat Wegart: „Sie haben einen falschen Eindruck!“) Keine Partei hat — in aller Klarheit und Deutlichkeit — von ihren Wählern das Mandat dazu bekommen, daß sie die Hausrenten wieder herstellen will, daß die Mietzinse erhöht werden sollen usw. Wir Kommunisten werden jedem Vorschlag zustimmen, der im Interesse der Mieter ist. Ich habe schon gesagt, diese Mittel, verschiedene Fonds für die Länder und Gemeinden, da sind wir dafür. Ich stimme auch diesen Vorschlägen gegen die Benachteiligung usw. usw. zu. Aber das sind nur kleine Stückchen. Das ist nicht das Entscheidende, um dieses Problem zu lösen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, wie ich schon am Anfang gesagt habe, daß diesem Problem größte Bedeutung zugemessen wird und daß es die Aufgabe und die Pflicht des Steiermärkischen Landtages wäre, hier wirklich im Interesse der Mieter, der Arbeiter und Angestellten vorzugehen.

Präsident: Ich erteile dem Abg. Gottfried Brandl das Wort.

Abg. Gottfried Brandl: Hoher Landtag! Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit auf den Unterabschnitt „Wildbach- und Lawinenverbauung“ zu lenken, die Arbeit einer Sektion des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft in unserem Lande, von der man als Uneingeweihter nicht allzuviel weiß und zur Meinung kommen kann, die Arbeit dieser Abteilung besteht doch in erster Linie darin, auftretende Schäden durch Wildwasser und Lawinen zu verhindern bzw. wenn keine dringenden Arbeiten vorhanden sind, so hat diese Abteilung auch keine besondere Arbeit zu leisten. Dem ist nicht so. Es gilt nicht nur Schäden zu verhindern, sondern auch der Entstehung von Lawinen und Hochwässern vorzubeugen. Immer mehr dringt die Anschauung durch, daß mit all diesen Problemen die künstlich gesenkte Waldgrenze in Verbindung steht und daß vor allem in Gebirgsregionen Verhältnisse entstanden sind, die nur durch eine großflächige Maßnahme forstlicher Art bereinigt werden können. Auch unsere Bergbauern und Almviehhalter haben erkannt, daß ein Abholzen der Waldbestände an der obersten Waldgrenze, ein Roden der Latschengruppen nicht immer zur Vergrößerung der Weideflächen führen muß, sondern daß alle diese Maßnahmen wohl zu überlegen, zu prüfen, ja im Gegenteil vielleicht vollständig zu vermeiden sind und die Aufforstung mit einer ertragsfähigen Weidefläche in diesen oberen Regionen wieder in Einklang zu bringen ist. Es ist daher eine der wichtigsten Aufgaben, begangene Wirtschaftsfehler zu korrigieren, die Ursachen der Lawinenstürze zu beseitigen und damit auch auf die Besitzfestigung unserer Ansiedlungen und Bergbauernhöfe Einfluß zu nehmen. Zu diesem Aufgabengebiet der Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung gehört vor allem die Wiederbegrünung von Lawinenhängen, die Festigung

der Ufer unserer Gebirgsbäche und die Erhaltung und Hebung der Waldgrenze. Im Jahre 1964 standen der Wildbachverbauung in Steiermark für ihre Arbeiten 10½ Millionen Schilling aus Bundesmitteln und 4 Millionen Schilling aus Landesmitteln zur Verfügung, ein Betrag, der wahrlich nicht groß ist, wenn man bedenkt, daß die Grundverbauung eines Hektars ca. 900.000 Schilling kostet. Größere Katastrophen waren im Jahre 1964 nicht festzustellen, und es konnte daher die Abteilung darangehen, die Fortsetzung begonnener Sanierungsarbeiten und die Verbauung weiterer Wildbachgebiete in Angriff zu nehmen. Es sind in Steiermark noch 680 aktive Wildbachgebiete in Bearbeitung.

Im Jahr 1963 wurden in Steiermark im Zuge der Verbaumaßnahmen 176 Sperren errichtet, 3,4 Kilometer Längswerke eingelegt, 131 Stützbühnen errichtet, 36.000 m³ Geröll und Geschiebe geräumt, 3 km Flußregulierungen vorgenommen, 700 Laufmeter Wege zu den Arbeitsstätten der Verbaustellen errichtet, 45 vom Hochwasser zerstörte Brücken aufgebaut, ½ km Flechtzäune errichtet, 130 Laufmeter Lawinenleitwerke und Schnee-Rechen eingelegt, außerdem 28 ha Rutschflächen wieder aufgeforstet und hierfür 120.000 Pflanzen aufgewendet. Diese Arbeiten in Steiermark werden von 380 ständigen Arbeitern und 15 Ingenieuren verrichtet, die ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit in enger Verbundenheit mit dem Boden und den Menschen unserer Heimat durchführen. Ihnen muß daher auch der Dank des Landes zum Ausdruck gebracht werden. Das umfangreiche und für unsere Landeskultur wichtige Arbeitsprogramm gilt nicht nur der Sicherung der öffentlichen Verkehrswege, der Bahnen, Straßen, vor Schäden durch starken Regen, Schneeschmelze oder durch talwärts gleitende Schneemassen oder Lawinen, sondern vor allem auch der Sicherung unserer Anlagen im Gebirge, unserer Berghöfe und Siedlungen, aber auch der Speicherung des Wassers. Es sind dies alles Arbeiten, die nicht nur nach entstandenen großen Schäden geleistet werden müssen, sondern auch vorbeugend den geologischen Gegebenheiten und Bodensituationen entsprechend geplant werden müssen zur Bannung der Elementargewalten, aber auch zur Pflege unserer steirischen Heimat. (Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Hans Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. **Hans Brandl:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 6 darf ich auf ein Randproblem hinweisen, das sehr wesentlich mit dem Eigenheimbau zusammenhängt. Die Voraussetzung für den Eigenheimbau ist bekanntlich die Beschaffung von Grundstücken. Es ist bekannt, daß das Grunderwerbsteuergesetz 1955 dafür Befreiungen vorsieht. Die Ausnahmeregelung im § 4 sieht vor, daß der Erwerb eines Grundstückes zur Schaffung von Arbeiterwohnstätten und auch der erste Erwerb einer Arbeiterwohnstätte durch eine Person, die diese Wohnstätte als Eigenheim übernimmt, in diese Befreiung mit eingeschlossen ist.

Aus der Spruchpraxis des Finanzamtes für Gebühren und Verkehrssteuern ergibt sich allerdings

nun eine Härte, von der meiner Meinung nach sehr viele Eigenheimbauer in unserem Lande betroffen sind. Es ist durchaus denkbar und häufig auch in unserem Lande Tatsache, daß nicht jedermann in der Lage ist, sofort dieses Baugrundstück, das er zur Errichtung seines Eigenheims benötigt, auch käuflich zu erwerben. Es können besondere Umstände eintreten, die diesen Erwerb verhindern und der Betreffende trotzdem — was wir ja auch wünschen — mit dem Bau seines Eigenheimes beginnt. Aus der Spruchpraxis des Finanzamtes für Gebühren und Verkehrssteuern ist nun zu entnehmen, daß in solchen Fällen die Grunderwerbsteuer-Befreiung nicht ausgesprochen wird. Das bedeutet eine ausgesprochene Härte und ich kann Ihnen ein Beispiel anführen aus der Gemeinde Wildalpen, wo die Österreichischen Bundesforste Hausbesitzer sind und wo die Österreichischen Bundesforste diese Forstverwaltung Wildalpen noch nicht endgültig grundbücherlich vermerkt haben, weil es sich um Religions-Fonds-Forste handelt und dort rund 40 Eigenheimbauwerber nicht in den Genuß dieser Grunderwerbsteuer-Befreiung kommen können, weil sie eben noch nicht Grundbesitzer sind. Es wird aber auch solche Fälle in vielen anderen Gemeinden unseres Landes, allerdings als Einzelfälle, geben.

Ich habe mir nun erlaubt, in den Beratungen des Finanzausschusses einen Resolutionsantrag mit folgendem Inhalt einzubringen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß gemäß § 4 Abs. 1 des Grunderwerbsteuergesetzes vom 30. Juni 1955 auch solchen Personen die Befreiung von der Grunderwerbsteuer zuerkannt wird, die infolge verschiedener Umstände erst nach der Errichtung einer Arbeiterwohnstätte oder eines Eigenheimes in der Lage sind, das dafür erforderliche Grundstück käuflich zu erwerben.“

Diesem Antrag sind erfreulicherweise auch Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei beigetreten. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag auch hier im Hohen Haus. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Am Worte ist Herr Abg. Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. **Buchberger:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich möchte einen bekannten und oft sehr populären Spruch wahr machen, und zwar den, daß in der Kürze die Würze liegt. Und ich möchte mich auch in der Tat an diesen Spruch halten und mich auf Grund dessen nur mit den Problemen unserer Straßenverhältnisse innerhalb des Bezirkes Weiz kurz auseinandersetzen.

Wir alle wissen und es ist uns allen bestens bekannt, daß die Anzahl der Fahrzeuge in unserem Heimatlande und in unserem Vaterlande stark zugenommen hat. Und wir wissen aus diesem Grunde auch, daß die Frequenz auf unseren Straßen gegenwärtig und — was zu hoffen ist — auch in Zukunft im Steigen begriffen ist. Es ist auf Grund dieser Entwicklung selbstverständlich notwendig, daß die Straßenverhältnisse entsprechend erstellt sein müssen, um eine Aufwärtsentwicklung unserer Wirt-

schaft auf allen Gebieten unseres Heimatlandes sicherzustellen.

Gerade von der Warte des Bezirkes Weiz aus hatte ich auch im vergangenen Jahr anlässlich der Budgetdebatte die Möglichkeit, die Straßenverhältnisse dieses Bezirkes aufzuzeigen. Und ich mußte im vorigen Jahr leider Gottes die Feststellung machen, daß der Bezirk Weiz auf diesem Sektor sehr, sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Ich kann aber nun heute, das zweitemal während meiner Anwesenheit hier anlässlich der Budgetdebatte, die erfreuliche Feststellung machen, daß sich auf diesem Sektor in der letzten Zeit Enormes getan hat. Ich darf darauf verweisen, daß die Rechbergstraße nun aktiv im Ausbau begriffen ist und für diese Straße, die ich als die Nordost-Achse der Steiermark bezeichnen möchte, für das kommende Jahr wiederum 6 Millionen Schilling zum weiteren Ausbau zur Verfügung stehen.

Eine wesentliche Verbindungsstraße für den Bezirk Weiz mit Hartberg, mit welcher Stadt wir ja in sehr freundschaftlichen Beziehungen leben, ist die Stubenberg-Klamm, für deren Ausbau für 1965 4 Millionen Schilling präliminiert sind.

Die Alpl-Straße ist vor allem deshalb bekannt, weil sich in Alpl direkt die Gedenkstätte und das Heimatgebiet Peter Roseggers befinden. Dazu mußte ich schon voriges Jahr feststellen, daß von drüben her Alpl sehr gut zu erreichen war, von herüber aber leider Gottes sehr schlecht. Wir können aber jetzt mit Befriedigung feststellen, daß auch von der Seite des Bezirkes Weiz aus der Ausbau der Alpl-Straße gesichert ist und im vorliegenden Voranschlag dafür 3,4 Millionen Schilling eingesetzt sind.

Der Ausbau der Straße Hoffstätten—Hartmannsdorf ist ebenfalls mit 2 Millionen Schilling gesichert und die große Bitte, die ich hier an Sie richten möchte ist die, daß die Landesstraße 1, die im vergangenen Sommer von Graz bis Rettenegg durchwegs ausgebaut wurde, eine Verbindung über Tratzenbach nach Niederösterreich bekommt, vor allem deshalb, weil der Bezirk Weiz sehr auf den Fremdenverkehr bedacht ist und speziell der nördliche Teil des Bezirkes Weiz auf diesem Sektor in der vergangenen Zeit einen gewaltigen und enormen Aufschwung zu verzeichnen hat, weil wir zu 80% unseren Fremdenverkehr auf Wien abgestellt haben und wir damit von Weiz aus direkt nach Wien eine gute Verkehrsverbindung bekommen. Das ist einer meiner Wünsche.

Eine weitere Bitte ist die Straße Weiz—Gschwendt. Sie befindet sich ebenfalls in einem schlechten Zustand. Ich darf bitten, diese Straße in Vormerkung zu bringen und eventuell eine Möglichkeit für einen Ausbau zu finden. Noch einige bescheidene Wünsche, was die Umfahrungen innerhalb unseres Bezirkes Weiz betrifft. Die Umfahrung von Anger wäre notwendig. Anger ist ebenfalls auf den Fremdenverkehr eingestellt. Es bedeutet immerhin eine Störung, wenn die schweren Fuhrwerke durch diesen Fremdenverkehrsort fahren müssen; ebenfalls die Umfahrung von Weiz — es wurde in diesem Hause schon einmal darauf hingewiesen, daß die Landesstraße 1 direkt durch den engen und dicht verbauten Ort Weiz durch muß und es wäre zweck-

mäßig, die seinerzeit bereits ausgemessene Straße, wo die Umfahrung gebaut werden soll, doch in der nächsten Zeit zu erhalten; ferner eine Umfahrung von St. Ruprecht/Raab. Es darf nicht übersehen werden, daß auch im nördlichen Gebiet von Weiz 6 Schotterwerke aktiv arbeiten und diese täglich laufend Fuhrwerke nach dem Süden führen. Es wäre daher gerechtfertigt und zweckmäßig, auch eine Umfahrung von St. Ruprecht/Raab zu machen.

Dies, meine Damen und Herren, sei mein bescheidener Wunsch, und ich möchte vor allem mit dem Dank an den Herrn Landeshauptmann schließen, daß er den Bezirk Weiz auf dem Sektor des Straßenbaues für das kommende Jahr so großzügig mit-eingeplant hat. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Ritzinger das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn mein Vorredner und Kollege Buchberger mit dem Dank an den Herrn Landeshauptmann geschlossen hat, so darf ich auch den Reigen mit dem Dank an den Herrn Landeshauptmann eröffnen, indem ich ihm dafür danke, daß auch im heurigen Jahr einige wesentliche Straßenwünsche des Bezirkes Murau in Erfüllung gingen.

Im besonderen möchte ich hervorheben den Ausbau der Straße Steirisch-Labnitz nach St. Lambrecht, dann die Übernahme der Straße von Stadl nach Kaltwasser, darüber hinaus die Übernahme der Straße nach Krakauschatten, dann das Teilstück nach Schönberg, und etwas erfreuliches ist noch eingetreten, die Tatsache, daß eine oft aufgeworfene und hier in diesem Hohen Hause von mir schon öfters vertretene Forderung erfüllt wurde, nämlich, daß die Bundesstraße 96 von einer solchen ohne Vorrang in eine solche mit Vorrang umgewandelt wurde. Und wenn wir also gerade von den Bundesstraßen sprechen, so möchte ich sagen, und ich spreche hier sicher verschiedenen meiner Kollegen und unserer gesamten Bevölkerung aus dem Herzen, daß wir uns schon sehr freuen, wenn die Umfahrung Leoben fertig wird. Alle diejenigen, die von Graz in das Ennstal fahren oder ins Murtal oder von oben herunter, wissen, welche chaotische Verkehrszustände in der Stadt Leoben herrschen. Es ist durch die teilweise Umfahrung ja schon etwas besser geworden, und man ist manchenmal wirklich verärgert, wenn man für die Strecke nach Graz normalerweise zweieinhalb Stunden braucht und in Leoben eine Stunde hängt. Wenn man aber natürlich bedenkt, daß diese Leobner Umfahrung in zwei Bauabschnitten gebaut wird, wovon der erste Bauabschnitt ziemlich der schwierigste ist, dies ist also der Massenberg-tunnel, bei welchem der Durchstich bereits stattgefunden hat, mit 7 Brückenprojekten genauso der 2. Bauabschnitt ebenfalls mit 7 Brückenprojekten dann muß man ja doch zugeben, daß sehr viel bereits geschehen ist und daß es natürlich längere Zeit dauert. Jedenfalls, soviel ich mich erkundigen konnte, wird diese Umfahrung provisorisch am 1. August 1965 dem Verkehr übergeben.

Aber wenn ich hier gerade die Bundesstraßen zitiert habe, so haben wir natürlich auch noch eine

Reihe von Wünschen diesbezüglich offen, und wenn ich an unserer Landesgrenze beginne, so erlaube ich mir vor allem mit der Turracher Bundesstraße den Reigen der Wünsche zu eröffnen. Sie ist ja bereits im Ausbau begriffen, und zwar in zwei Bauabschnitten, Ort Turrach—Predling und von der Turracher Höhe zur Markthütte. Nun muß ich feststellen, daß man irgendwie den Eindruck hat, daß hier ein Stillstand eingetreten ist und daß die nun seinerzeit erschlossenen Quellen zu versiegen scheinen. (Landeshauptmann Krainer: „Ist nur eine Einbildung.“) Ich freue mich, Herr Landeshauptmann, über diesen Zwischenruf und die Bevölkerung unseres Bezirkes wird sehr glücklich sein darüber. Weiter ist ein bereits von mir und vom ganzen Bezirk lang gehegter Wunsch die Umfahrung der Orte Teufenbach und Niederwölz. Das Projekt Teufenbach wurde im Jahre 1963 ausgearbeitet und vom Handelsministerium bereits genehmigt. Dasselbe gilt auch für die Umfahrung Niederwölz. Und ich möchte hier mit Nachdruck darauf verweisen, daß es dringend notwendig wäre, daß diese Umfahrungen gebaut werden. Aber unser größtes Sorgenkind, meine Damen und Herren, auf dem Bundesstraßensektor im oberen Murtal und im Bezirk Murau ist die Bundesstraße 92, die Görtschitztal-Bundesstraße. Ich muß sagen, es ist meines Erachtens der Zustand dieser Straße eine Katastrophe. Und wenn ich sage, daß sich seit der Römerzeit hier in diesem Teil nichts geändert hat, so spreche ich hier wahre Worte aus. Es ist paradox feststellen zu müssen, daß bereits . . . (Landeshauptmann Krainer: „Ist ja ganz anders verlaufen!“) Wenn man sich auf dieser Straße befindet, dann hat man wirklich den Eindruck, man ist noch am Beginn unserer Zeitrechnung. Das wäre eine Teststrecke, aber keine Bundesstraße!

Aber ich möchte dazu nur eines feststellen, es mutet einen paradox an, wenn auf der einen Seite bereits in demselben Gebiet und hier — das müssen wir doch offen sagen — mit Förderung des Herrn Landeshauptmannes und der Landesregierung, die Güterwege bereits mit einer Schwarzdecke versehen werden und auf der anderen Seite bei der Bundesstraße solch katastrophale Zustände vorhanden sind. Ich muß hier mit allem Nachdruck die Forderung erheben, daß diese Straße als eine der nächsten ausgebaut wird.

Und wenn ich die Bundesstraßen im besonderen erwähnt habe, haben wir natürlich auch viele Wünsche auf dem Sektor der Landesstraßen. Es ist dies in erster Linie der Ausbau der kürzlich übernommenen Paalstraße, dann der Ausbau der Landesstraße Nr. 256, Teilstrecke Hoheggerwirt—Schiltern, dann die Umfahrung der Stadt Murau in Richtung Sankt Lambrecht ist ebenfalls eine Frage, die unbedingt in absehbarer Zeit verwirklicht werden muß, die Staubfreimachung der Landesstraße 251, und zwar ein Teilstück von 2,9 km, die Übernahme der Straße von Krakauhintermühlen nach Klausen, 1,8 km, die Landesstraße 335 Auwinkel, der Ausbau des Teilstückes vom Ort Teufenbach bis zum Ort Mariahof und dann die Schwarzdeckenerneuerung auf der Landesstraße von St. Lambrecht nach Mariahof.

Meine Damen und Herren. Hohes Haus! Ich bin mir vollkommen bewußt, daß alle diese Wünsche nicht auf einmal erfüllt werden können. Aber mein

Prinzip ist: „Steter Tropfen höhlt den Stein“, und ich bin der Überzeugung, daß wir auch das Herz des Herrn Landeshauptmannes erweichen können, und ich würde mich freuen, wenn ich nächstes Jahr wieder Gelegenheit habe, mich für so zahlreiche Umbauten und Erneuerungen in diesem Hause bei den Verantwortlichen zu bedanken. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Prenner das Wort.

Abg. **Prenner:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im heurigen Budget ist für Landesstraßen und -brücken ein Betrag von 214,562.000 S vorgesehen und ca. der gleiche Betrag für Bundesstraßen. Ich möchte nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß auch der Bezirk Hartberg in bezug auf Straßen noch Wünsche offen hat. Ich möchte bitten, daß diese dringenden Wünsche auch erfüllt werden. Ganz besonders hinweisen möchte ich auf die Alpl-Straße. Die Alpl-Straße ist derzeit im Bau und ich möchte dazu an Herrn Landeshauptmann Krainer die Bitte richten, da der Ausbau dieser Alpl-Straße von besonderer Wichtigkeit ist, daß man dies so schnell es nur möglich ist durchführt. Die Alpl-Straße verbindet unseren Bezirk Hartberg mit dem Mürztal und die Strecke ist um rund 30 km kürzer, als wenn man über Graz—Bruck ins Mürztal fährt.

Der zweite Wunsch wäre der Ausbau der Pöllauer Straße nach Hartberg, und zwar über die Gemeinden Winzendorf und Plattendorf. Der Zustand dieser Straße gibt immer wieder Anlaß zur Klage.

Weiters möchte ich unseren Landeshauptmann bitten, nicht die Landesstraßen St. Lorenzen und Waldbach—St. Jakob sowie auf die Landesstraße nach Schöffern zu vergessen.

Mein besonderes Anliegen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, ist aber, daß den Gemeinden die Last für die Erhaltung der Gemeindestraßen erleichtert wird. Zu Beginn dieses Landtages ist uns eine Vorlage vorgelegt worden, aus der ersichtlich sind die Bundes- und Landesstraßen bzw. die Gemeindestraßen. Das wären 1293 km Bundesstraßen in der Steiermark, 3015 km Landesstraßen gegenüber 17.284 km Gemeinde- und anderen Straßen. Man ersieht daraus, daß die Gemeindestraßen wirklich das größte Stück ausmachen und mein besonderer Wunsch ist auch, daß das Land und auf der anderen Seite der Bund sich hier bereit erklären, daß mehr Gemeindestraßen als bisher als Landesstraßen übernommen werden. Es gibt ja jedes Jahr ein Wettrennen der Bürgermeister zu unserem Herrn Landeshauptmann um Bedarfszuweisungen, damit der Ausbau der Gemeindestraßen und deren Erhaltung geregelt werden können.

Hohes Haus! Es wären sehr viele Wünsche im Bezirk noch offen, aber ich möchte vielleicht noch ein bißchen über die Gruppe 6 hinausgehen, zurückkommend auf die gestrige Debatte hinsichtlich der „oststeirischen Spezialitäten“. Zu der Polemisierung des Herrn Abg. Heidinger von gestern muß ich, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, wirklich mit Bedauern feststellen, und zwar die Kleinigkeiten feststellen, die er aufgezeigt hat in

diesem Hohen Haus. Ich muß feststellen, daß in der Steiermark ca. 800 Schulsprengel sind und er zeigt auf, daß gerade in der Gemeinde Köppelreith bzw. Prätis ein Haus nicht in Ordnung bzw. nicht richtig eingeteilt ist, und dazu möchte ich nur sagen, daß das eine Lappalie ist. Das zweite ist die Besetzung des Schulleiterpostens. Mit Bedauern muß ich auch hier feststellen, daß hier der Kollege Heidinger Gerüchte verbreitet hat (das tut er gern), was heute nicht nachgewiesen werden kann.

Er hat angeführt in seinen gestrigen Ausführungen, daß ein Brief verlesen worden wäre (Abg. Heidinger: „Herr Kollege, sind Sie im Bezirksschulrat?“). Es ist leider Gottes eine Tragik, daß unser Bezirksschulinspektor tot ist, es ist leider auch tragisch, daß der Bürgermeister, der diesen Brief geschrieben haben soll, ebenfalls tot ist.

Ich glaube, Hohes Haus, das sind Tote, die sich nicht verteidigen können und die muß man in diesem ehrwürdigen Haus nicht mit Schmutz bewerfen. (Abg. Heidinger: „Das ist ein Brief, der im Bezirksschulrat verlesen wurde.“) Danke, ich habe ausgesprochen. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Zagler ist am Wort.

Abg. **Zagler:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich spreche zur Gruppe 6, zu den Straßenverhältnissen. Wenn ich aber jetzt wie mein weststeirischer Kollege Neumann hier anfangen würde, von der Landwirtschaft zu sprechen, würden sich alle Abgeordneten wundern, weil ich von der Landwirtschaft nichts verstehe. Und ich möchte nur richtigstellen, daß hier Zahlen genannt wurden, die absolut nicht den Tatsachen entsprechen. Ich werde ja bei der Gruppe 7 noch auf den Kohlenbergbau zu sprechen kommen und ich habe einen genauen Förderplan und genaue Ziffern über Kohle bei mir. Aber es ist leider Gottes schon so, daß manche Menschen dazu angetan sind, über Dinge sprechen zu wollen, in die sie absolut nicht eingeweiht sind und von denen sie keine Kenntnisse haben. Ich getraue es mir zu sagen, daß ich von der Landwirtschaft nichts verstehe und ich glaube, so müßte der Kollege Neumann von sich dieselbe Tatsache feststellen, daß er vom Kohlenbergbau genauso wenig versteht wie ich von der Landwirtschaft.

Aber meine Damen und Herren, ich möchte folgendes feststellen: Ich, und ich glaube die ganze Bevölkerung des Bezirkes Voitsberg und darüber hinaus sind froh, daß die Gaberl-Landesstraße im Ausbau begriffen ist. Es sind für das nächste Budget wieder 5,7 Millionen Schilling dafür vorgesehen. Ich möchte nur eines dazu sagen: Es möge auf dieser Straße etwas anders vorgegangen werden bei der zukünftigen Vergabe der Arbeiten, es soll auf Firmen Rücksicht genommen werden, die tatsächlich auch während der Bauzeit den Verkehr aufrechterhalten können. Bei dem Teilstück von Weißkirchen bis zum Gaberl-Schutzhaus war es geradezu eine Schande. Wenn man während der Bauzeit dort darübergefahren ist, mußte man ja zu gleicher Zeit den Straßendienst anrufen, damit man überhaupt darübergekommen ist. Ich glaube, hier hat eine Firma gearbeitet, die im Straßenbau absolut nicht versiert war. (Landeshauptmann Krainer: „Eine Voits-

berger Firma!“) Das wird natürlich allen dort irgendwie zum Schaden gereichen. Der ganze Fremdenverkehr leidet darunter, gerade der hinauf auf die Stubalm, wo es im Winter und Sommer so schön ist. Aber es war einfach unmöglich, dort Fremde hinzubringen, weil wer dieses Baulos einmal befahren hat, der hat das ein zweites Mal nicht getan. (Landeshauptmann Krainer: „Aber von Köflach oder von Voitsberg hat man sie schon hinaufgebracht.“) Ja, aber man wollte ja auch von drüben hinauf, weil das ja die nächste Verbindungsstrecke zwischen dem Kainach- und dem oberen Murtal ist.

Ich hätte dann noch weitere Wünsche, und zwar möchte ich ersuchen, daß für den Ausbau der Gemeindestraße Köflach—Bärnbach, die tatsächlich schon weit über die Grenzen einer Gemeindestraße hinausgegangen ist, weil eben ca. 80.000 Menschen jährlich das Gestüt Piber besuchen, daß wir dort wenigstens einen Zuschuß vom Land aus erhalten, wenn schon nicht die Übernahme möglich ist. Weiters hätte ich noch ein Sorgenkind, das ist die Straße von Köflach nach St. Martin, dort im Gößnitztal wird immer mehr verbaut, so daß es praktisch schon einer Ansiedlung gleicht, die den ganzen Sommer über unter der Staubplage leidet. Ich möchte bitten, daß wenigstens ein Stück mit einer Schwarzdecke versehen wird. Dann hätte ich noch einen dringenden Wunsch, und zwar das Teilstück der Bundesstraße mit einer neuen Decke zu versehen und ebenfalls einen Gehsteig von Köflach bis zum Haus Schein, weil dort auch die Schüler nach Köflach müssen. Immerhin sind es einige hundert Kinder, die auf dieser Straße ihren Schulweg gehen müssen, und es besteht tatsächlich eine Gefahr dort, wenn man dort keinen Gehsteig anbringt, daß die jungen Menschen Unfällen ausgesetzt werden.

Das wäre zum Straßenbau und zu den Straßenwünschen. Es wäre noch sehr viel in unserem Bezirk, aber das wären die dringendsten Vorhaben, und dabei möchte ich alle zuständigen Stellen ersuchen, das wirklich zur Durchführung zu bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Abg. Stöffler hat das Wort.

Abg. **Stöffler:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich habe vor Jahren, als ich die Ehre und das Vergnügen hatte, eine Generalrede namens der OVP zu halten, mit folgender Feststellung begonnen: Ich sagte damals: „Wenn man die Straßen dieser Stadt sieht in diesen Tagen, so findet man Tausende von Menschen. Wenn man sie wahllos fragen würde, wie es ihnen geht, dann würden viele sagen, „Danke, es geht mir gut.“ Es hat damals der Generalredner der SPO, Herr Landesrat Sebastian, darauf repliziert. Er war nicht recht überzeugt, daß das so sei. (Landesrat Sebastian: „Nicht alle!“) Ich habe damals lediglich dagegen Stellung nehmen wollen, daß man nicht Unzufriedenheit künstlich schaffen soll, sondern daß man froh sein soll, wenn Unzufriedenheit nur von selbst entsteht. Inzwischen ist es Allgemeingut geworden, daß es uns besser und besser geht. Und wenn wir jetzt wieder in die Straßen dieser Stadt uns begeben, so finden wir wieder Tausende von Menschen. Sie sind nicht etwa Demonstranten gegen Not und Elend, sondern sie

sind ganz unbewußt Demonstranten für die bestehende Kaufkraft und für den hohen Lebensstandard, den wir haben. Sie stehen einem außerordentlich großen Angebot gegenüber. Das Angebot an Bedarfsgütern ist in Österreich ein vollständiges und überreiches, das kann man wohl sagen. Ob es sich um Investitionsgüter handelt, um Maschinen, Betriebsmittel oder Fahrzeuge, es ist aus aller Herren Länder alles zu bekommen. Bei den Konsumgütern darf ich wohl sagen, daß wir auf dem Gebiet der Ernährung alles bekommen, was nur einigermaßen überhaupt transportiert werden kann. So haben wir hier Früchte aus aller Herren Länder. Wir bekommen für die Kleidung aus allen Ländern Europas alles, was wir wollen, Möbel, Haushaltsgeräte, Fahrzeuge. Es kann sich jeder ein amerikanisches, ein englisches, ein deutsches, ein italienisches Fahrzeug kaufen, und man kann Reisen in die ganze Welt unternehmen. Es ist ein überreiches Angebot für alles, was wir haben wollen. Nur für ein Bedarfsgut ist das Angebot völlig unzureichend, und das ist das Bedarfsgut Wohnraum. Die Nachfrage übersteigt bei weitem das Angebot, sonst gäbe es ja keine Sorge wegen der Unterbringung, sonst gäbe es ja keine Wohnungsnot.

Nun, woher entspringen denn Angebot und Nachfrage bei diesem Bedarfsgut? Die Nachfrage: Wir haben sicherlich dadurch einen höheren Wohnraumbedarf, weil wir einen Bevölkerungszuwachs festzustellen haben. Aber unser Bevölkerungszuwachs ist nicht so vehement, als daß uns das bei der Beschaffung von Wohnraum ernste Sorgen machen müßte. Auch die Einwanderung in die Städte erhöht die Nachfrage. Aber die Struktur der Bevölkerung ist so, daß diese Einwanderung in die Städte keineswegs mehr zu einer Explosion der Städte führen wird und geführt hat. Wenn man sich die Zustände in anderen Ländern ansieht, wo noch 50% und mehr in der Landwirtschaft tätig sind und auf dem Lande wohnen, so ist dort das Problem der Wohnversorgung in den Städten für die nächste Zeit ein etwas größeres. Wir haben dann einen weiteren Zuwachs an Nachfrage durch den Verfall der Althäuser. Das macht uns ernstliche Sorgen. Denn der Verfall der Althäuser nimmt — ich möchte fast sagen progressiv — zu. Die restlichen Kriegsschäden sind nicht mehr von entscheidender Bedeutung. Aber der höhere Wohnbedarf, d. h. die Menschen wollen mehr Wohnraum und sie wollen einen besseren Wohnraum haben, spielt schon eine etwas größere Rolle. Zusammen genommen glaube ich sagen zu können, daß die Nachfrage keine explosive Steigerung zeigt und daß es eigentlich gelingen müßte, diese Nachfrage zu befriedigen, wo es uns doch auch gelungen ist, die nach allen anderen Bedarfsgütern zu befriedigen. Auch den gesamten Nachholbedarf nach dem Krieg konnten wir aufholen durch erhöhte Produktion, durch Import, Export und durch entsprechende Außenhandelsbeziehungen. Es ist kein besonders guter Beweis dafür, daß uns gerade dieses wichtige Bedarfsgut nicht zu sichern gelang.

Nun das Angebot: Wer baut? Die öffentliche Hand, Bund, Land und Gemeinden, und sie bauen aus sozialen Wohnbaumitteln. Es bauen die Genossenschaften unter wesentlicher Zuhilfenahme aus

den sozialen Wohnbaufonds, mindestens 60%, 40%, sind etwa an Eigenmitteln aufzubringen. Es bauen schließlich die Siedler. Wenn man sich die Siedler-tätigkeit ansieht, meine Damen und Herren, so fällt einem auch auf, daß in der Zeit der 1. Republik das Siedlungshaus fast in jedem Fall eine zweite Wohnung gehabt hat und daß heute die Siedlungen mehr und mehr aus Häusern bestehen, wo man nur mehr den Eigenbedarf decken will. Es bauen dann weiter einzelne Private ihre Komfortwohnungen. Man baut sich ein Wochenendhaus oder Ausweichwohnungen zur Erholung. Das ist der kleine Rest jener Bauten, die aus privaten Mitteln gebaut werden. Und nun ist immer wieder der Ruf festzustellen nach mehr Geld, damit mehr Wohnungen entstehen. Dieses Mehr-Geld bringt aber vielfach Eigentumswohnungen, weil einerseits die Baukosten steigen und andererseits sich die Baukapazität nicht in dem Maße entwickelt, als ein Mehr auf dem Wohnungssektor zu erzeugen möglich wäre. (Zwischenruf Abg. Leitner.) Reden Sie nicht drein, ich habe Ihnen auch nicht dreingeredet. Wenn man sich nun die Baukosten ansieht, so muß man feststellen, daß sie in der Zeit seit 1945 um rund 200% gestiegen sind. Bei den Wohnungs- und Mietpreisen haben wir allseits Unzufriedenheit festgestellt. Wenn ich also einmal den Mieterschutz-zins hernehme und die Stellungnahme des Hausbesitzers dazu, so lautet sie doch: Die Friedenskrone ist die Grundlage für die Berechnung des Mieterschutz-zinses. Also die aus der kaiserlichen Monarchie noch bekannte Krone ist gleich ein österreichischer Schilling. Meine Damen und Herren! Der Verbraucherindex hat sich allein seit 1945 auf das Zehnfache mindestens erhöht. Der Baukostenindex — ich sagte schon — auf das 20-fache. Die Hausbesitzer sagen nun: Was würde ein Arbeiter sagen, wenn bei seinem Lohn der Index genommen würde: Die Krone = ein Schilling? Oder was würde ein Bauer oder ein Kaufmann oder ein Gewerbetreibender sagen, wenn für die Kalkulation der Preise für die von ihm erworbenen oder erzeugten Waren ebenfalls diese Relation gelten würde, eine kaiserliche Krone = ein Schilling von heute? Und die Hausbesitzer weisen z. B. darauf hin, daß der gesamte Mieterertrag im Jahre 1962 in Österreich nur 4,6 Milliarden Schilling betragen hat, aber für Alkohol im selben Jahr 8,1 Milliarden Schilling ausgegeben wurden. Und diese Schere hat sich in den Jahren 1963 und 1964 noch geweitet. Das heißt, daß das Verhältnis der Mietenzahlungen und der Zahlungen für Alkohol ein noch weiter auseinanderklaffenderes geworden ist.

Wir haben weiters festzustellen, daß der soziale Wohnbau nicht mehr recht sozial ist, denn wir haben beim sozialen Wohnbau bei Räumen, die mit Mitteln des sozialen Wohnbaus erzeugt worden sind, einen Quadratmeter-Mietzins-Preis, der zehnbis zwölffmal so hoch ist als der Mietzins beim kapitalistischen Hausbesitz. Es kommt eine Wohnung mit 70m² auf etwa 800 S. Und der, für den der soziale Wohnbau geschaffen wurde, der kleine Mann, der Arbeiter, der Angestellte, tut sich schwer, diese 700 bis 800 S für eine nicht übermäßig große Wohnung zu leisten. Wenn er mehrere Kinder hat, wird er mit 50 bis 60 m² schwer auskommen, aber

er wird schon den Mietzins auch dafür nicht mehr bezahlen können.

Wie sieht es mit der Wohnungsvergabe aus? Die Gemeinden vergeben die Wohnungen zum Teil mehr oder minder freihändig. Man hört da und dort Klagen, das Parteibuch sei maßgebend. In Graz und auch in anderen Städten haben wir ein Punkte-System. In diesem Punkte-System bewegen wir uns wie in einer Zwangsjacke. Man versucht einmal, den Jungen zu helfen, sie sollen mehr Punkte bekommen, dann rufen wieder die Alten, sie seien benachteiligt. Dann müßten wir jenen, die krank sind, mehr Punkte geben, damit sie in schlechten Wohnungen nicht noch mehr krank werden, dann rufen wieder die anderen, warum sie nicht auch drankommen, damit sie nicht erst krank werden. Dann müssen wir wieder an die denken, die viele Kinder haben, damit sie eher zu einer Wohnung kommen, dann rufen wieder die anderen, sie könnten ihre Familie erst gar nicht gründen und vermehren, weil sie überhaupt vorher zu keinen Punkten kommen; und so treibt ein Keil den anderen und wir treiben die Punktezahle in die Höhe, aber wir schaffen damit nicht um einen Quadratmeter mehr Wohnraum.

Hat einer endlich die Zahl der Punkte, die er braucht, um eine Gemeindewohnung zu bekommen, dann kann er sie nicht zahlen und dann muß er wieder in die Wohnung eines Althauses zurückwandern, weil dort der Mietzins billiger ist und die neue Wohnung bekommt irgendein anderer, der schon irgendwo in einer Gemeindewohnung sitzt.

Die Genossenschaften erfordern verhältnismäßig viel Eigenkapital. Sie fordern es von jenen, die sich dort einschreiben lassen. Tausende sind allein bei den Grazer Genossenschaften vorgemerkt, um eine Wohnung zu bekommen. Meine Damen und Herren, Tausende von Menschen, die zehntausende Schilling pro Wohnungswerber zusammengespart, ausgeliehen oder sich sonst irgendwie bereitgestellt haben, um ein Dach über den Kopf zu bekommen. Aber sie müßten zuerst sparen und auf manches verzichten und sie müssen warten. Leider oft sehr lange.

Wir haben dann noch die Altwohnungen. Hohe Ablösen werden da und dort verlangt. Man kann richtig von einem „Ablöse-Unwesen“ sprechen. Aber längst ist dieses Ablöse-Unwesen nicht mehr auf eine Sparte beschränkt. Es gibt eine Unmenge von Fällen, wo der Hausherr, damit die Wohnung frei wird, dem Hauptmieter die Ablöse zahlen muß und dann versucht er auch, eine Ablöse zu bekommen und das ist ein eigener Kreis, der sich hier zeigt, eine ungesunde, höchst unglückliche Situation. Gerade was das Ablösewesen betrifft, muß ich sagen, daß in Staaten, in denen man den Mut gehabt hat, diese Frage zu lösen — ich nenne da einen völlig unverdächtigen Staat, ich nenne die belgischen Verhältnisse, weil Belgien ein Staat ist, der sozialistisch regiert wird — in diesen Staaten gibt es keinen Ablöse-Wucher. In diesem Land Belgien z. B. gibt es keinen Nachholbedarf an Wohnraum, in diesem Land herrschen ganz klare Verhältnisse. (Landesrat B a m m e r : „Dort haben sie auch eine sozialistische Regierung, Herr Kollege!“) Herr Landesrat, dort sind diese Fragen so vernünftig gelöst, daß es auch keine sozialen Härten mehr gibt.

Und wenn ich noch auf das Untermiete-Problem zu sprechen komme, dann glaube ich, brauche ich niemandem von Ihnen darüber etwas erzählen. Jeder, der in der öffentlichen Verwaltung irgendwie tätig ist, wird immer wieder von den Untermietern gebeten zu helfen. Da werden einem Dinge geschildert, die wirklich beweisen, welche unsinnigen sozialen Härten es bei dem heutigen System da gibt. Ich möchte fast sagen, es ist ein Teufelskreis, in dem sich dieses System dreht. Ein Kreis, der vielleicht dadurch gekennzeichnet ist, daß man bisher viel zu sehr nur versucht hat, aufzuteilen und immer nur in der Division die Lösung zu suchen. Und daß man nicht imstande war bis jetzt, diesen Kreis zu sprengen und einmal neue Wege zu suchen. Dieser Kreis ist ein Kreis der Unzufriedenheit und alle sind unzufrieden heute. Wer von den Damen und Herren dieses Hauses hat zu diesem Problem heute Zufriedenheit geäußert? Niemand. Weder der Herr von der sozialistischen Partei, noch der Herr von der FPÖ noch unser Renommier-Kommunist. (Landesrat W e g a r t : „Das ist ja ein Profil!“) Es ist also de facto so, daß in diesem Kreis all diese Probleme einander gegenüberstehen. Es ist ein unerhörter Wohnraumangel. Dem stehen gegenüber leere, gehortete Wohnungen. Auch zu diesen gehorteten Wohnungen einmal ein Wort. Ist es nicht verständlich, daß jemand seine Wohnung, die er besitzt, eine billige Mieterschutzwohnung, für die er für den Quadratmeter nur 1 Schilling bezahlt, nicht abgeben will, daß er sie aufbewahren will für seinen Sohn oder seine Tochter. Ist es nicht an sich ein praktisches, sinnvolles und für die Familie rentables Beginnen, diese Wohnung zu horten? Damit die Tochter wieder zu einer billigen Wohnung kommt, die vielleicht in zwei, in drei Jahren heiratet, ja je nachdem, wie es einer hat, wartet er auch fünf Jahre darauf. Meine Damen und Herren, auch einen Mieter, der seine Wohnung verlassen hat, weil er schon anderswo Unterkunft gefunden hat, wirklich herauszubringen, ist mit den größten Schwierigkeiten verbunden, davon weiß ich ein Lied zu singen aus der Zeit, als ich noch Wohnungsreferent in der Stadtgemeinde war. Wir haben Wohnungen, die nicht benutzt werden, Wohnungen, die der öffentlichen Hand gehören und das Gesetz erlaubt und ermöglicht es uns nicht, diesen Wohnraum jenen zuzuführen, die förmlich auf der Straße darum betteln und darauf warten. Wir haben einen sozialen Wohnbau, der so unsozial geworden ist, daß der Mietzins zehn- bis zwölfmal so hoch ist wie in den Wohnungen — das habe ich schon gesagt — der sogenannten kapitalistischen Hausbesitzer. Dieser Mietzins ist nicht wirtschaftlich, dieses Wohnungswesen ist nicht wirtschaftlich, es ist aber auch nicht sozial. Das zeigt sich bald. Es ist so wenig sozial, daß es die Härten gibt, es ist so unwirtschaftlich, daß kein Mensch bereit ist, sein bares Geld, sein erspartes und erarbeitetes Geld in der Wohnwirtschaft anzulegen. Niemand ist dazu bereit. Das ganze Volk zeigt, daß es nicht dazu bereit ist. Nicht ein einziger! Meine Damen und Herren, ich wiederhole mich bewußt, auch der Siedler ist nicht bereit, sich zu schinden, sich etwas abzusparen und diese Arbeit und den damit geschaffenen Wohnraum seinem Freund, seinem Nachbar,

dem Mitmenschen, dem anderen zur Verfügung zu stellen. Er baut nur mehr für sich allein, vielleicht noch für seine Mutter oder für seinen Bruder, aber darüber hinaus ist es vorbei mit dem Zwei-Wohnungs-Siedlungshaus. (Zwischenruf Abg. Leitner.) Reden Sie nicht! In Rußland kann man sich nicht einmal eine Keusche bauen. (Zwischenruf Abg. Scheer: „Da wohnen 3 Familien in zwei Wohnungen!“ — Landesrat W e g a r t: „5 nicht 3!“) Sie sind nicht dazu geeignet, in diese Debatte einzugreifen.

Glockenzeichen des Präsidenten.

Meine Damen und Herren! Die heutige Situation bringt es mit sich, daß wir wohl viel von Familienpolitik reden, daß wir uns auch ehrlich bemühen, Familiengründungen zu begünstigen, die Familie zu fördern und zu sichern, aber Wohnraum, den Boden, den eine Familie braucht, den können wir nicht schaffen. Es bringt mit sich, daß wir neue Probleme aufrollen in der Jugend- und Altersfürsorge und nicht zuletzt auch Probleme der Finanzwirtschaft, der Lohnpolitik. Vergessen Sie das bitte nicht, welch ungeheure Erschwernis auf diesem Gebiet sich im Laufe der Jahre gegenüber der Lohnpolitik in anderen Ländern entwickelt hat. Ich darf vielleicht den Herrn Präs. Dr. Kaan zitieren, der gemeint hat, das schlechteste Ergebnis ist dann immer vorhanden, wenn es verschleppte oder halbe Lösungen gibt. Wenn es einer Demonstration bedürft hätte, daß dieses Wort wahr ist, dann ist es die Frage des Wohnungsproblems. Dieses Problem ist verschleppt worden. (Abg. Scheer: „Die Freiheitlichen haben aber immer angeboten, das Problem gemeinsam mit Ihnen zu lösen!“) Man hat nie den Mut gehabt, eine klare Lösung zu treffen, und daher ist das Ergebnis das schlechteste, das man sich vorstellen kann. Es wäre dieses Problem sogar heute besser gelöst, wenn wir zu einer Lösung gekommen wären, die vielleicht nicht als die beste, aber wenigstens als eine tragbare Lösung vorgeschlagen worden wäre.

Nun haben wir heute schon gehört, die Regierung hat in ihrer Regierungserklärung ja verheißen, am 31. Dezember d. J. soll diese Frage gelöst sein. Die grundsätzliche Regelung liegt natürlich beim Bund, das ist klar, und man wird also bis zum April wieder weiter verhandeln. Ich möchte bei dieser Gelegenheit vielleicht eines sagen: Ich möchte daraufkommen, was der Herr Abgeordnete DDr. Hueber gesagt hat. Meine Damen und Herren! Ich erkläre hier namens der Österreichischen Volkspartei, daß wir natürlich bereit sind, mit den Sozialisten diese Frage zu verhandeln, intensivst und ernstlich zu verhandeln, weil ich glaube, daß es einen Weg geben muß, mit einer so großen Partei in einer so wichtigen Frage, in einer menschlich und wirtschaftlich so wichtigen Frage doch zu einem Ergebnis zu kommen. Und ich stelle es fest als einen — ich möchte sagen — Schimmer einer Morgenröte, weil Sie das so lieben, daß also vielleicht doch auf dem Gebiet mit Ihnen zu reden ist, wenn ich höre, daß die Frage der Subjektförderung auch in Ihrem Kreis bereits in das Gebiet der Erörterung einbezogen wird und daß sich vielleicht eine Möglichkeit ergibt in dieser Frage zu einer Lösung zu

kommen, nicht zu einem weiteren Aufschub. Wir sind zu diesen Verhandlungen bereit. Aber es wird hier noch einiger Umstellungen bedürfen. Ich möchte daher (Landesrat Sebastian: „An uns liegt der Aufschub der Verhandlungen über die Wohnungsgesetzgebung nicht, der Aufschub ist von Ihrer Partei gewünscht worden.“) Herr Landesrat, ich möchte darauf verzichten, jetzt danach zu suchen, wer die Schuld trägt. Wir haben keine Angst, diese Frage angesichts eines vierten Wahlergebnisses zu erörtern. (Landeshauptmann Krainer: „Da bin ich genau im Bilde Landesrat Sebastian, das ist Viertelwahrheit, was Sie jetzt gesagt haben!“) Wir haben keine Angst, diese Frage zu erörtern. Ich darf überhaupt in diesem Zusammenhang sagen, ich bitte, es nicht als Angriff zu werten, sondern als eine Pflicht, wir haben keine Angst davor, daß wir auch jene Verhältnisse zu meistern vermögen, die daraus entstehen, daß es uns gut geht. Sie haben vorgestern gemeint, vielleicht seien wir nicht in der Lage, die Dinge zu lösen (Landesrat Sebastian: „Manchesmal scheint es so! — Abg. Dr. Rainer: „Sind nicht in der Lage haben Sie gesagt!“) Wir haben keine Angst, und ich bin überzeugt, daß man hier zu einer Lösung kommen kann, wenn man sich von gewissen Dogmen endlich löst, die sich auf die Entwicklung dieses Landes und seiner Bevölkerung katastrophal auswirken.

Ich darf also nun zusammenfassend dazu folgendes sagen: Wir erwarten uns für diese Verhandlungen vor allem, daß eine Zusammenfassung der Fonds erfolgt, weil der heutige Zustand widersinnig ist, weil sich ja der einfache Mann gar nicht mehr auskennt, wie er sich da helfen soll. Ich glaube, daß die Objektförderung, soweit sie bestehen bleibt, vor allem in der Hinsicht geordnet werden muß, daß eine Einkommensgrenze festgelegt werden muß. Ich glaube, wer nicht zu denen zählt, die mit den Mitteln des sozialen Wohnbaues auf Grund ihrer sozialen Stellung zu fördern sind, dem kann man auch keine Zuschüsse für die Schaffung seines Wohnraumes geben. Wir haben andere genug, die das brauchen. Ich glaube, daß man vor allem auch die Mittel, die für die Objektförderung zur Verfügung stehen werden und sollen, ländersweise aufteilen muß, weil wir ja von den Landesregierungen aus für unsere eigenen Länder einen viel besseren Überblick haben, wo und wie gebaut werden soll. Ich glaube, daß man aber vor allem bis dahin seitens der Steiermark die ganz energische Forderung aufstellen muß, daß die Mittel des Wohnhaus-Wiederaufbaus in einem höheren Maß als bisher in die Steiermark zu fließen haben. Ich glaube, daß man auch die Mittel aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds wie überhaupt aus der kommenden Objektförderung mehr auf den Siedlungsbau ausdehnen müßte. Ich halte es für nicht sehr glücklich, wenn einer, der Mittel aus dem Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds erreichen will, um ein Siedlungshaus zu bauen, zuerst bei einer Genossenschaft unterschlupfen muß, er muß seinen Grund und Boden der Genossenschaft übereignen, nur auf diesem Weg kann er zu einem Förderungskredit kommen, und dann ist er nicht Fisch und nicht Fleisch. Er ist der, der das Haus nutzt, er ist ei-

gentlich der Eigentümer, und er ist es doch wieder nicht, weil ein anderer im Grundbuch steht. Er hat gearbeitet und geschuftet, und er ist doch nicht der rechtmäßige Besitzer. Ich glaube, daß diese Zustände sich ändern sollen, daß wir auch bei der Wohnbauförderung uns dazu bekennen sollen, daß es dem kleinen Mann, der den Mut hat zu sparen und der die Kraft aufbringt zu schuftet und zu arbeiten, daß wir einen Weg finden sollen, daß dieses erarbeitete und ersparte Gut auch sein Eigentum ist. Diese Art der Vermögensbildung, glaube ich, darf nicht durch die Wohnbauförderung so um die Ecke unterbunden werden. Ich glaube auch, daß wir eine Hilfe in Aussicht nehmen für die Aufstockung des Althauses.

Meine Damen und Herren! Damit werden zwei Probleme angeschnitten: 1. Ich nehme hier nur einmal die Zustände in Graz. Wir haben in Graz wertvollsten Grund und Boden inmitten der Stadt, der an sich schlecht genutzt ist, weil sich darauf ein Parterrehäuschen oder ein Haus mit einem ersten Stock mitten im Zentrum befindet. Städtebaulich ist das ein Unglück. Diese Häuser aufzustocken, ist bei den heutigen Verhältnissen, wie wir sie in der Wohnungswirtschaft haben, von einem Privaten kaum zu erwarten, und daher glaube ich, daß für die Aufstockung dieser Häuser bei der zukünftigen Wohnbauförderung vorgesorgt werden muß. Wir würden damit städtebaulich einen großen Erfolg haben. Wir würden aber damit auch in der Frage der Kosteneinsparung einen Schritt weiterkommen, denn die Erschließung des städtischen Siedlungsgebietes stellt uns vor Probleme, die wir bald nicht mehr zu lösen vermögen. Nehmen wir die Probleme in Graz: Nach dem Süden hin hat sich diese Stadt in einer Weise entwickelt, daß wir heute vor Aufschließungsmaßnahmen stehen, wo allein die Kanalisation dieses Gebietes weit über 100 Millionen Schilling ausmacht. Kanalisieren wir aber dieses Gebiet nicht, bringen wir die gesamte Grazer Bürgerschaft in Gefahr, denn das Grundwasser steht vor der Vergiftung, wenn es nicht gelingt, die Abwasserfrage zu lösen. Aber woher die 100 Millionen, meine Damen und Herren? Woher all die Kosten, die damit entstehen? Dazu kommt die Straße. Dazu kommt noch einiges andere. Und in der Stadt haben wir besten Grund und Boden, aufgeschlossen und zentral gelegen, und in der Stadt wird er nicht genutzt. Auch eine Auswirkung dieser bisher wirklich nicht zulänglichen Situation auf dem Wohnungssektor.

Ich glaube dann 2., daß wir vor allem die Subjektförderung in die Wege leiten müssen. Ich unterscheide mich hier vom Herrn Landesrat Bammer, ich glaube, daß die Subjektförderung für alle zu gelten hat, nicht nur für den Neubau. Ich glaube, daß man eine Regelung suchen müßte ähnlich dem System der Kinderbeihilfe, daß pro Kind von einer gewissen Einkommensgrenze abwärts — der Herr Generaldirektor braucht keine Mietzinsbeihilfe — eine Mietzinsbeihilfe bezahlt wird. Dann wird auch der kleine Mann, der eine große Familie hat, in der Lage sein, einen Mietzins zu bezahlen, der wenigstens die Gewähr dafür gibt, daß das Haus erhalten werden kann. Das ist heute nicht der Fall. Schauen Sie sich die Schiedsverhandlungen an nach § 7 des

Mietengesetzes. Jede dieser Verhandlungen ist ein Beweis dafür, daß das Haus aus den bisherigen Erträgen nicht erhalten werden kann. Und das, glaube ich, sollte einmal beseitigt werden. Wir sollten zu gesunden Grundlagen für das Haus kommen, zu Grundlagen, die es ermöglichen, daß den Menschen das Haus auch erhalten bleibt. Die Voraussetzung dazu ist, daß ich die familiengerechte Wohnung auch unterstütze. Also weg von der Objektsförderung, Schaffung einer Subjektförderung! Ich halte diese Frage gerade für die entscheidende bei den ganzen Mietzins- und Wohnraum-Verhältnissen.

Die Einkommensgrenze für den sozialen Wohnbau habe ich schon erwähnt. Ich glaube, daß auch eine weitere Förderung des Bausparens nötig ist. Daß wir alles tun sollen, um Kapital aus dem Privatbesitz für den Wohnbau zu mobilisieren.

Letzten Endes glaube ich auch, daß der Rationalisierung der Bauweisen sehr das Wort geredet werden soll. Ich denke vor allem daran, daß es gelingen soll, viel schneller zu bauen. Denn je schneller wir bauen, umso billiger bauen wir. So wie sich heute die Baukosten entwickeln, liegt in der Zeit allein schon ein ungeheurer Gewinn. Also schnelle Bauweisen werden auch zu billigeren Bauweisen führen. Daß sich die Rationalisierung der Bauweisen so radikal durchführen läßt, daß sich hier gleich 30% ersparen lassen, das hängt auch mit dem Volumen zusammen, mit der Örtlichkeit und ähnlichen Dingen mehr. Ich glaube, daß man solche extremen Möglichkeiten, wenn sie sich vielleicht irgendwo böten, nicht zur Grundlage für die allgemeine Betrachtung für die Rationalisierungsmöglichkeit nehmen soll.

An die sozialistische Partei erlaube ich mir nun folgenden Appell zu richten: Haben Sie doch bitte den Mut, diese wichtigen Fragen aus den parteipolitisch-dogmatischen Betrachtungen herauszuschälen. Ich glaube, das wäre der einzige Weg, um zu einer wirklich vernünftigen Grundlage zu kommen. Die gesamte Volkswirtschaft, meine Damen und Herren, die soziologischen Fragen, die staatliche Finanzwirtschaft und die Struktur und die Bildung von Volksvermögen werden immer und so lange gestört sein, solange es nicht gelingt, diese Frage zu lösen. Und wir werden sie nicht lösen mit Pathos, nicht mit Lautstärke, sondern nur mit dem ehrlichen Ringen, das Richtige zu treffen. Wirtschaftlich und menschlich gerechtfertigt muß dieses Problem letzten Endes gelöst vor uns liegen.

Das Land Steiermark hat nun zwar keine verfassungsmäßige Verpflichtung den Wohnungsbau zu fördern . . . (Abg. DDr. H u e b e r : „Sagen Sie uns gar nichts, Herr Bürgermeister, appellieren Sie nur an die Sozialisten?“) Ich habe Ihnen schon gesagt, wir sind bereit, mit den Sozialisten zu reden und zu verhandeln . . . (DDr. H u e b e r : „Mit den Sozialisten, aber nicht mit den Freiheitlichen!“) Ich hoffe, daß wir nicht gezwungen werden, in den koalitionsfreien Raum zu gehen. (DDr. H u e b e r : „Ah Sie hoffen!“) Natürlich hoffe ich das. Mir ist des Zusammenreden lieber als das Gegeneinander-Kämpfen. Weil ich glaube, daß das das Vernünftiger ist und daß das auch die Bevölkerung von uns

will. Ich wäre glücklich, wenn wir alle drei einer Meinung sein könnten. Daß wir mit Ihnen rechnen können ist klar, den koalitionsfreien Raum irgendwie zu bilden. (Landesrat **W e g a r t**: „Na so sicher ist das nicht. Was glauben Sie, wenn der van Dongel das nicht zuläßt, was können Sie machen?) Ich wiederhole noch einmal, daß wir miteinander reden wollen, daß wir miteinander diese Frage lösen wollen und es ist uns sehr angenehm, wenn wir von Ihrer Seite hier die Zustimmung haben. Wir begrüßen das außerordentlich. Es ist uns in dieser Frage nichts neues. Inwieweit dieser Zusicherung Gewicht zu verleihen ist, wird die Zukunft erweisen. (DDr. **H u e b e r**: „Dann machen Sie es doch endlich einmal!“)

Nun, zur Wohnbauförderung ist das Land verfassungsmäßig nicht gezwungen. Trotzdem hat das Land schon sehr früh mit dieser Hilfe begonnen. Sie wissen, der Landeswohnbau-Fonds ist schon 1949 entstanden, etwa zum selben Zeitpunkt, zu dem der Bundes-Wohnungs- und Siedlungs-Fonds entstanden ist und es hat das Land bisher auf diesem Gebiet sehr viel geleistet. Das Sonder-Wohnbau-Programm hat noch das seinige dazugetan. Ich möchte hier nicht um die Initiative streiten. Es hat hier einiges zu sagen gegeben. Vielleicht darf ich dazu nur kurz bemerken, daß wir in der Gemeinde Graz als erste jenes Wohnbau-Programm verlangt haben, das Sie dann in etwas abgewandelter Form hier im Landtag beantragt haben am selben Tag, an dem auch wir das beantragt haben. Also darüber wollen wir nicht streiten, wir wollen froh sein, daß es gelungen ist es zu machen und wir sind sehr stolz darauf, daß es so gelungen ist. (Landeshauptmann **K r a i n e r**: „Daß wir jetzt nicht 20 Millionen, sondern 200 Millionen haben.“) Jawohl.

Das Land hat jedenfalls im Rahmen der Wohnbauförderung, wie sie im Budget sichtbar ist, bisher seit dem Jahr 1949 59.998 Wohnungen gefördert und weiters den Bau von drei Studentenheimen. Das ist eine gewaltige Leistung für das Land und trotzdem haben wir mit dieser Hilfe das Problem der Wohnversorgung noch nicht aus der Welt zu schaffen vermocht.

Ich möchte nun bei dieser Gelegenheit einem Manne danken, der mit viel Hingabe und mit viel Fleiß sich dieser Aufgabe gewidmet hat, dem leider nicht anwesenden Herrn Landesrat **Prirsch**. Es ist ihm vieles auf diesem Gebiet zu danken, seiner Zähigkeit, seinem bewußten Verhalten, seinem menschlichen und sozialem Verständnis. Er hat auch in der Frage der Anwendung dieser Gelder entscheidend gewirkt, daß auch diese Wohnbauförderung wieder zur Bildung von Volksvermögen geführt hat, zur Vermögensbildung beim Einzelnen geführt hat und wir sind sehr stolz, daß dieser Gedanke von einem Manne unserer Partei zum Tragen gebracht wurde. Ich bin hier bestimmt mit dem Landtag einer Meinung, daß ich dem Herrn Landesrat **Prirsch** bei dieser Gelegenheit den herzlichsten Dank ausspreche. Ich darf ihm auch dafür danken, daß er jetzt noch auf dem Krankenbett mit einer Intensität sondergleichen und mit einem Fleiß sondergleichen diese Dinge verwaltet und bearbeitet und daß er hier in dieser Beziehung der Alte geblieben ist Und mit diesem Dank an einen Mann,

der das Seine dazu beigetragen hat, in dieser Frage zu helfen, darf ich dieses Kapitel schließen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als letztem Redner vor der Mittagspause erteile ich das Wort Herrn Abg. **H e s c h i t z**.

Abg. **Heschitz**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im Dezember 1962 nahm ich einem dringenden Bedürfnis der Bewohner Peggau und der unzähligen Verkehrsteilnehmer folgend, die Gelegenheit wahr, anlässlich der Beratungen des Budgets 1963 im Finanzausschuß an den damaligen Landesstraßenreferenten Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. **Udier** die Bitte zu richten, eine Verkehrsfalle ersten Ranges an der Bundesstraße beim Zementwerk **Mayr-Melnhof** zu beseitigen. Einige Monate später teilte Herr Landeshauptmannstellvertreter **Udier** dann mit, daß er den zuständigen Landesbehörden den Auftrag erteilt habe, mit der Firma **Mayr-Melnhof** bezüglich der Abstellung dieser Mißstände zu verhandeln und das Landesbauamt hätte dieser Firma auch die entsprechenden Auflagen erteilt. Es kam der Oktober 1963. Es hatte sich nichts an diesem Zustand geändert, so daß ich mich gezwungen sah, in der Fragestunde neuerlich eine Anfrage an den Straßenreferenten zu richten. Herr Landeshauptmannstellvertreter **Udier** war zurückgetreten und Herr Landeshauptmann **Krainer** hatte das Referat übernommen. Herr Landeshauptmann **Krainer** teilte damals mit, es werde ja noch gebaut im Werksgelände und daher habe man nichts machen können. Ich wartete neuerlich, daß irgend etwas geschieht. Ich wartete bis zu den Budget-Beratungen 1964. Ich zeigte auf, welche große Gefahrenquelle gerade dieses Straßenstück darstellt, ich zeigte auf, daß bei der bergwärts führenden Straße aus dem Werksgelände ununterbrochen der Schlamm und der Dreck durch die Fahrzeuge und auch durch das Gefälle auf die Straße herunterkommt und daß dort eine Verschmutzung herrscht, die balkanischen Zuständen gleicht. Herr Landeshauptmann **Krainer** sagte damals: „Das Ganze wächst mir schon zum Hals heraus“. Ich habe heute unseren Herrn Landeshauptmann genau betrachtet und konnte feststellen, daß Gott sei Dank nichts beim Hals herauswächst, daß er uns gesund und wohlbehalten weiterhin zur Verfügung steht, obwohl ein Jahr seitdem vergangen ist. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, daß den Bewohnern von Peggau und den hunderten Verkehrsteilnehmern langsam, aber sicher der Hut hochgeht, der Hut hochgeht deshalb, weil neuerlich eine Auflage vom Landesbauamt angeblich erteilt worden wäre, und Herr Landeshauptmann **Krainer** hat, zu lesen in den Stenographischen Protokollen des vergangenen Jahres, mitgeteilt, daß **Mayr-Melnhof** verpflichtet worden wäre, im Rahmen eines 14-Punkte-Programms Vorsorge zu treffen, daß dieses Straßenstück dort oben endlich einmal so hergerichtet wird, wie es gehört. Von all den Auflagen die erteilt wurden, ist eine einzige, und die nur teilweise, durchgeführt worden — Errichtung eines Werkszaunes. Es sollten drei Auflagen sein. Wenn Sie dort schauen, gibt es nur teilweise einen Zaun, der errichtet worden ist, sonst nichts. Von der Er-

richtung von Kanälen, die nun diesen Schmutz und den Dreck aus dem Werksgelände herausleiten sollten, keine Spur. Es ist ein Skandal, man muß es wirklich sagen, was sich diese Firma hier erlaubt trotz Auflagen, die das Landesbauamt gegeben hat. Meine Annahme ist es schon fast, daß man nicht gewillt ist, dieser Firma gegenüber mit gleichen Maßnahmen entgegenzutreten, wie z. B. der Osterreichischen Alpine-Montangesellschaft, als das Straßenstück verschmutzt war von Leoben in Richtung Trofaiach, als man dort Silos usw. baute. Dort wurde von vorherin festgelegt, daß die OAMG für die Sauberhaltung des Werksgeländes und der Straße zu sorgen hat. Aber auch einem privaten Unternehmen ist es nicht anders gegangen, das habe ich auch schon vorher gesagt, der Firma Vogl & Noot in Wartberg, die auch beiderseits der Bundesstraße Werkstätten hat, Betriebsabteilungen, und die, durch Auflagen gezwungen, ihr Werksgelände absolut sauber hält, entweder asphaltiert oder gepflastert, so daß die Straße völlig rein und sauber ist. Fahren Sie heute nach diesem Weg durch das Werksgelände von Peggau, so werden Sie sehen, daß ca. in einer Tiefe von 15 bis 20 cm beiderseits die Straße liegt und der ganze Schmutz auf die Straße kommt. Herr Landeshauptmann, ich möchte das dringende Ersuchen an Sie richten, doch die Behörden zu veranlassen, es ernster mit den Arbeiten, die versprochen werden zu nehmen, vielleicht doch auch die Begründung, (Landeshauptmann Krainer: „Ich muß also in einem Zwischenruf schon sagen, die Behörden tun das ihre!“) Wie ist es dann möglich, Herr Landeshauptmann, daß der Alpine, und das weiß ich, bei Strafe angedroht wurde, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Reinigung und Sauberhaltung des Werksgeländes und der Straßen durchzuführen. Sie haben es getan. Da kann man nur mehr sagen, daß Mayr-Mellnhof unbotmäßig ist und sich über alles hinwegsetzt, obwohl die Behörden Auflagen erteilt haben. Ich weiß nicht, ob wir in Osterreich schon so weit sind, daß sich jeder über Maßnahmen der Behörden hinwegsetzen kann, ich weiß nicht ob die Behörden in Osterreich so machtlos sind. Ich glaube, es wird notwendig sein, hier wirklich nach dem Rechten zu sehen, und ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, noch einmal, und zwar zum letzten Mal, diese Sache in Ordnung zu bringen, sonst müßte ich **fordern!** (Landeshauptmann Krainer: „Sonst füsilieren Sie mich!“) Nun, Herr Landeshauptmann, wenn ich schon beim Wort bin, kurz noch einige Straßenwünsche. Voriges Jahr habe ich hier im Hohen Hause das Ersuchen gerichtet, den weiteren Ausbau der Landesstraße Steinberg—Rohrbach durchzuführen, und Sie sagten mir, Staubfreimachung sei da nicht möglich, sondern es müßte eine totale Sanierung der Straße durchgeführt werden. Ich ersuche Sie im Interesse der Bewohnerschaft, aber auch im Interesse der durchfahrenden Grazer, diese Straße noch in das Straßenbauprogramm des nächsten Jahres mit aufzunehmen, damit auch diese Wünsche erfüllt werden können. Das gleiche trifft aber auch für das Straßenstück Attendorf—Dobl zu. Sie haben heute begründet und berechtigterweise viele Belobungen der verschiedenen Sprecher hinnehmen können, weil Sie veranlaßt haben, daß Straßenstücke gebaut,

errichtet usw. werden, aus den verschiedenen steirischen Bezirken. Aus dem Bezirk Graz-Umgebung allerdings, muß ich sagen, sind wir in letzter Zeit etwas benachteiligt worden. Jahrelang ist viel geschehen, aber jetzt, wo es um einige wichtige Weststraßenstücke geht, geschieht nichts mehr. Ich möchte Sie also bitten, Herr Landeshauptmann, auch im Bezirk Graz-Umgebung etwas zu tun. Ich bitte Sie also, Steinberg—Rohrbach und Rohrbach—Hitzen-dorf, das wäre der Rundkurs, und Attendorf—Dobl in das Straßenbauprogramm des kommenden Jahres aufzunehmen.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

Unterbrechung: 12.50 Uhr.

Fortsetzung: 14.40 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Herrn Abg. Lafer das Wort.

Abg. Lafer: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch den Verwaltungsbezirk Feldbach führen Bundesstraßen in einer Gesamtlänge von 45 km, die zu 60% ausbau- und verbreiterungsbedürftig sind, da die Straßen vielfach unübersichtlich sind und starke Krümmungen aufweisen. Neben den normalen Erhaltungsdotationen wäre jährlich ein Betrag von mindestens 5 Millionen Schilling notwendig, um das Bundesstraßennetz im Bezirk Feldbach den heutigen Verkehrserfordernissen anzupassen. Die Hauptschwierigkeiten für den Straßenbenützer dieses Grenzbezirkes entstehen auf den Landesstraßen, welche im Bezirk Feldbach erst zu 51% staubfrei ausgebaut sind. Aber auch diese 51% staubfreie Straßen sind zum Teil schmal und weisen geringe Fahrbahnbreiten auf, so daß auch diese Straßen vielfach den heutigen Verkehrserfordernissen nicht entsprechen. Die begrenzten Mittel damals waren es, die eine größere Verbreiterung der Straßen zur Zeit des Ausbaues unmöglich machten. Der Grenzbezirk Feldbach, wie Sie, meine Damen und Herren, hören, ist also ein Bezirk, der hier einen echten Nachholbedarf beim Ausbau der Landesstraßen und deren Staubfreimachung hat. Um nun das dichte Landesstraßennetz des Bezirkes Feldbach den heutigen Verkehrserfordernissen anzupassen, wäre bis zum Jahre 1970 ein Betrag von mindestens 15 bis 20 Millionen Schilling notwendig, der hier aufgewendet werden müßte, um einigermaßen den anderen Bezirken gleichzukommen. Im Prinzip gelten die Schwierigkeiten bei den Landesstraßen zumindest im gleichen Ausmaß auch bei den Gemeindestraßen, wo die geringe Finanzkraft der Grenzgemeinden die notwendige Instandsetzung fast unmöglich macht. Eine Milderung dieser enormen Belastung mancher Gemeinden des Grenzbezirkes wäre denkbar, wenn die eine oder andere Gemeindestraße vom Land übernommen wird. Die Übernahme von Gemeindestraßen bedingt natürlich auch eine entsprechende Dotierung dieser zusätzlichen Landesstraßen-Kilometer mit Arbeitskräften und Material für die künf-

tige Erhaltung. Die weitere Übernahme von Gemeindestraßen in die Verwaltung des Landes bildet die Voraussetzung für eine gesunde Haushaltsführung mancher Gemeinden des Grenzbezirkes überhaupt. Die Verkehrserschließung bedeutet doch eine echte Besitzfestigung für die Landwirtschaft und wird auch unter Umständen das Schicksal vieler Bauernhöfe entscheiden. Zum Wohle der Volkswirtschaft und im besonderen der Landwirtschaft gebührt daher der Verkehrserschließung der Vorrang vor vielen anderen Maßnahmen.

Ich ersuche daher die Landesregierung, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und der Bundesregierung klarzumachen, daß das Land Steiermark nicht willens ist, länger bei der Übernahme von Landesstraßen als Bundesstraßen stiefmütterlich behandelt zu werden. Das Land wird erst dann in die Lage versetzt, Gemeindestraßen zu Landesstraßen zu ernennen, wenn der Bund entsprechende Kilometer von Landesstraßen zu Bundesstraßen erklärt. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Kraus.

Abg. **Kraus:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kurze Anmerkung zur Förderung des Wasserleitungsbaues. Immer wieder wird unter der Landbevölkerung der Wunsch nach Errichtung einer Wasserleitung laut. Die Errichtung von Wasserversorgungsanlagen ist vielerorts vordringlich geworden, besonders im Hinblick auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs und die Hebung der Volksgesundheit und die Bedeutung der Wohnkultur auf dem Lande. Oft ist das Wasser ungenießbar, oder es ist überhaupt keines vorhanden und muß sehr mühsam zugeführt werden, was natürlich eine zusätzliche Belastung bei dem Arbeitskräftemangel bedeutet. Es muß festgestellt werden, was die Wasserversorgung auf dem Lande anbelangt, ist ein echter Nachholbedarf vorhanden. Wegen der hohen Kosten, die eine Ortswasserversorgung erfordert, können die Gemeinden vielfach nicht ein solches Projekt in Angriff nehmen, besonders, wenn die Wasserleitung nach den Richtlinien des Wasserbautenförderungsgesetzes ausgeführt werden soll, um ein Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds zu erhalten. Der Zuschuß aus dem Wasserwirtschaftsfonds beträgt leider nur einen ganz geringen Prozentsatz der Gesamtbaukosten. Für die Gemeinden ist die Erreichung einer Förderung durch den Wasserwirtschaftsfonds aus Wien meist ein recht schwieriger Leidensweg, weil beim Wasserwirtschaftsfonds überhaupt nur Gemeinden ansuchen können oder mehrere Gemeinden als Wasserverband auftreten können.

Nun ist aber die Errichtung von Gemeinschaftswasserversorgungsanlagen, deren Träger nicht die Gemeinde ist, oft zweckmäßiger, wodurch vor allem auch die Gemeinde entlastet wird. Diese Wasserleitungsbau-Gemeinschaften und -Genossenschaften haben keinen Förderungsanspruch. Ich finde das ungerecht und bin der Meinung, daß das Land hier fördernd einspringen müßte, zumal diese Gemeinschaftsanlagen um ein bedeutendes niedriger zu stehen kommen, weil die Interessenten einen Großteil der Arbeit selber leisten. Ich darf deshalb be-

antragen, daß im nächsten Voranschlag auch für die Förderung von Gemeinschaftswasserleitungen ein entsprechender Betrag eingesetzt wird und daß bereits 1965 aus der Post „Beihilfen an gemeinnützige Wasserversorgungsanlagen“ auch für Gemeinschaftswasserleitungen Zuschüsse gewährt werden. Allerdings muß diese Post, die mit einem Betrag von 7.500.000 Schilling im Voranschlag 1965 aufscheint, in Anbetracht der volksgesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedeutung eine beachtliche Aufstockung erfahren, damit auch den Gemeinden rascher und wirksamer geholfen werden kann. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. DDr. Stepantschitz, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. **DDr. Stepantschitz:** Meine Damen und Herren! Es ist heute schon mehrmals über die Bedeutung der Reinheit unseres Wassers gesprochen worden. Wenn ich nun noch einmal zu diesem Thema das Wort ergreife, so nicht deshalb, damit noch einmal Wasser auf die Mühlen geschüttet wird oder damit auch von einer anderen Partei noch etwas dazu gesagt wird, sondern weil ich glaube, es sind zur Unterstreichung der Bedeutung dieses Problems doch noch einige Argumente nötig.

Bedenken wir doch, daß ein Liter Dieselöl eine Million Liter Wasser verschmutzt und für den menschlichen Genuß unbrauchbar macht. Denken wir daran, welche Gefahr darin besteht, daß etwa der Ölwechsel bei einem Auto oder einem Motorrad in einem Gebiet vorgenommen wird, das als Grundwassergebiet von Bedeutung ist. Denken wir auch an die Bedeutung, die die Ablagerung nicht nur von Schmutz im allgemeinen Sinn, sondern auch von Auto-Wracks hat. Auch hier ist es möglich, daß durch den Regen Öle und andere Bestandteile in das Grundwasser kommen, die dann ebenfalls schädlich wirken. Es ist ja auch auf diesem Gebiet schon einiges in Steiermark passiert, was uns bedenklich stimmen muß. Es war vor einiger Zeit ein Tankwagen-Unfall an der Weinzödl-Brücke, der das Wasserwerk Graz-Nord ernstlich gefährdete und es mußte der Katastropheneinsatz in Aktion treten. Es ist eine Beschädigung der Leitung der Abwässer des Grazer Gaswerkes ebenfalls vor einiger Zeit festzustellen gewesen und die Folge war die Verschmutzung des Wassers mit Phenol. Die Konsequenz war, daß sämtliche Brunnen, die unweit gelegen waren, unbrauchbar wurden, aber es war sogar festzustellen, daß die Früchte, die mit diesem Wasser begossen wurden, für den menschlichen Genuß nicht mehr geeignet waren. Und es ist vor gar nicht allzulanger Zeit Heizöl am Turracher See ausgegossen worden, das in den See einfloß und es war die ganze Wasseroberfläche verölt, es waren die Brunnen bis hinunter zum Murabfluß verschmutzt. Es hat auch andere Katastrophen schon gegeben, nicht in Steiermark, sondern in Amerika größeren Ausmaßes, wo durch die Verwendung von DDT bei der Bekämpfung von Ungeziefer zwar erreicht wurde, daß Mücken oder anderes Ungeziefer vernichtet wurden, es kam aber dabei auch zu echten Ausfällen am Tierbestand, am Wildbestand und es kam auch hier zur Verschmutzung einer großen Menge von Wasser.

In Deutschland hat man sich erst in letzter Zeit mit diesem Problem beschäftigt. Es haben die Fachexperten und die Politiker eine Tagung abgehalten. Das Ergebnis war „die grüne Charta von Mainau“. Die Feststellungen sind, die darin getroffen wurden, gipfelten in dem Satz: „Die Grundlagen des Lebens sind in Gefahr.“ Nun überlegen Sie sich bitte alle einmal etwas, was Sie schon in der Zeitung gelesen haben. Im Ruhrgebiet wird dasselbe Wasser bereits achtmal verwendet. Achtmal wird das gleiche Wasser für den menschlichen Genuß verwendet. Man kann das heute tun. Man kann das Wasser abfiltrieren, man kann es mit Chlor versehen und es ist also so möglich, daß bisher Krankheiten durch dieses Wasser nicht verbreitet wurden. Aber es gibt nun doch Krankheiten, die man nicht herausfiltrieren kann. Es gibt z. B. die Gelbsucht, die durch ein ganz kleines Virus übertragen wird, das bereits im Trinkwasser unserer Gegend nachgewiesen wurde. Vor allem aber — und darauf möchte ich Sie besonders aufmerksam machen — wissen wir ja nicht, welche Krankheiten uns noch beschäftigen werden. Es findet ja eine ständige Veränderung im Charakter der Erreger statt. Gerade beim Virus stellen wir fest, daß immer neue Arten auftreten, die sich auch nicht nach einem vorgesetzten Plan entwickeln. Bei dieser Frage könnte man wieder zur Generaldebatte überführen und über Marxismus reden, denn diese Frage macht ja den klassischen Marxisten sehr viel zu schaffen. Aber hier habe ich ja nur vom Trinkwasser zu reden. Es ist also so, daß wir nicht wissen, wie das Virus sich entwickelt. Und es ist nicht das Thema für einen utopischen Zukunftsroman, sondern es ist eine ganz reelle Gefahr, daß irgendeinmal etwa das Wasser des Ruhrgebietes durch ein Virus verseucht wird und sie können das ganze Ruhrgebiet evakuieren. So weit ist man also dort. Nun, wir sind noch nicht so weit, aber wir trinken auch das Grundwasser unserer Gegend. Hier müssen wir, glaube ich, zwei Dinge beachten: 1. daß das bestehende Grundwasser so rein als nur möglich bleibt und 2. daß rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, damit wir auch genug Grundwasser auch für die kommenden Generationen zur Verfügung stellen können. Es ist aber nicht nur so, daß Krankheitserreger dabei eine Rolle spielen, es ist natürlich auch so, daß die Industrieabwässer und auch die Abwässer der Haushaltungen da von Bedeutung sind. Denn die heutigen modernen Waschmittel enthalten fast alle Stoffe, die in der Lage sind, beim Menschen Krebs hervorzurufen. Nicht in der Menge, in der sie jetzt im Trinkwasser vorkommen, aber niemand weiß, ob bei der festzustellenden Häufung der Krebserkrankungen diese Tatsache nicht doch auch eine Rolle spielt.

Ich glaube, wir haben zweifellos gute Beamte, es wird zweifellos von den Behörden viel getan, aber ich glaube gerade das ist ein Gebiet, auf dem es wirklich notwendig wäre, sämtliche vorhandenen Fachleute zu mobilisieren. Ich möchte daher an die Landesregierung die Bitte herantragen, die Fachleute einzuladen, Gutachten zu erstellen und die Ergebnisse dieser Gutachten dann auch nach Möglichkeit durchzuführen. Ich verweise vor allem darauf, daß der Leiter des Hygienischen Instituts Doktor Möse wirklich eine Kapazität auf diesem Ge-

biet ist und ich glaube, er könnte nicht nur wertvolle Ratschläge geben, er könnte auch für die Praxis uns allen etwas sagen. Steiermark soll seine Bevölkerung schützen, es soll darüber hinaus auch die Rolle eines Erholungszentrums spielen. Wir wollen auch Fremde hereinbringen und wenn man sich überlegt, was der Fremde nun will, so will er nicht nur eine schöne Gegend, er will nicht nur heraus etwa aus dem Ruhrgebiet, er will eine reine Luft und er will auch ein klares Wasser sehen und trinken können. Wenn man jemand besonders verdächtig machen will, wenn man ihn als besonders verwerflich hinstellt, dann bezeichnet man ihn im Volksmund als „Brunnenvergifter“. Und dieser Ausdruck wird mit gutem Recht für die verächtlichsten Personen gewählt. Wir wollen aber unsere Brunnen nicht vergiften, wir sollen nur wissen, daß die ganze Steiermark eben auch einen Brunnen hat, aus dem alle trinken und wir wollen nicht mitschuldig werden dadurch, daß wir es etwa durch Nachlässigkeit dazu bringen, daß dieser Brunnen der Steiermark vergiftet wird. (Beifall.)

Präsident: Der Abg. Dr. Rainer ist am Wort.

Abg. Dr. Rainer: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ebenfalls noch etwas zum Wohnungswesen sagen. Ich wollte feststellen, daß hiefür das Landes-Wohnungs- und Siedlungsamt, der Herr Landesrat Pirrsch, zuständig ist. Zu dieser Feststellung fühle ich mich nämlich veranlaßt und gezwungen, weil gestern bei der Debatte unter Kapitel 3 ich erkennen mußte, daß ein Regierungsmitglied der Steiermärkischen Landesregierung über die Zuständigkeiten und über die Referatseinteilung nicht ganz informiert ist. (Abg. Wurm: „Und das war der Herr Abg. Dr. Rainer!“ — Abg. Dipl.-Ing. Juvancic: „Das sind Sie selber!“) Bitte, darf ich Ihnen das ganz genau sagen, weil Sie es so genau wissen wollen. Ich habe mich also gestern bei der Debatte zu Kapitel 3 zu Wort gemeldet und habe über wissenschaftliche Vereine gesprochen. Darauf hat der Herr Landesrat Bammer — und um diesen Landesrat handelt es sich — den Zwischenruf gemacht. „Wer ist der zuständige Referent für dieses Referat?“ Ich habe ihm geantwortet, der Herr Landeshauptmann. Und der Herr Landesrat Bammer hat in einer seltenen Bescheidenheit darauf zurückgerufen: „Nein, das bin ich.“ Der Herr Landeshauptmann hat ihn dann zwar berichtigt. Ich habe mir nun die Referatseinteilung der Steiermärkischen Landesregierung geben lassen und hier können Sie nachlesen auf Seite 5, daß unter Punkt 362/1 und folgende der Herr Landeshauptmann zuständig ist. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek: „Das ist ja richtig, aber über die Haushaltsstelle, aus der diese Vereine sehr nahrhaft gefördert werden, verfügt der Herr Landesrat Bammer!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, es ist ja recht, wenn Sie Ihren Kollegen hier in Schutz nehmen. — Aber man muß doch hier die Wahrheit finden. Die Leute machen sich doch eine falsche Vorstellung. Stellen Sie sich vor, Sie können einmal intervenieren und gehen dann zu einem falschen Herrn. Darf ich also feststellen,

daß es klar ist, daß hiefür der Herr Landeshauptmann zuständig ist. Und der Herr Abgeordnete Heidinger hat noch einen Zwischenruf gemacht „Mir wäre das peinlich“. Jetzt frage ich mich, wegen des Landesrates Bammer oder warum sonst? (Abg. Heidinger: „Es ist ja noch immer nicht geklärt, wer zuständig ist.“) Es ist eindeutig. Bitte, Herr Landeshauptmannstellvertreter, möchten Sie vielleicht in der nächsten Fraktionsbesprechung Ihrer Fraktion das endlich beibringen, daß für die Beträge, die unter der Gruppe 3 laufen, der Herr Landeshauptmann zuständig ist. Das ist doch nicht schwer, meine Herren. Ihr seid doch erwachsene Leute. (Landeshauptmannstellv. DDr. Schachner-Blazizek: „Bitte, erlauben Sie einen Zwischenruf. Es ist gestern um die Förderung dieser Vereine gegangen. Für die Haushaltsstelle, aus der diese Vereine hauptsächlich gefördert werden, ist der Herr Landesrat Bammer zuständig.“) Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe doch zur Gruppe 3 eindeutig gesprochen. Und bei der Gruppe 3 ist doch 361 drinnen. Lassen Sie sich das doch einmal gesagt sein.

Ich möchte aber nun noch etwas zum Wohnungswesen sagen, und da möchte ich auch noch auf den Herrn Landesrat Sebastian zu sprechen kommen. (Abg. Heidinger: „Für jeden etwas.“) Sie haben heute vormittag einen Zwischenruf gemacht „Die ÖVP hat die Verlängerung der Frist für die Vereinbarung über die Wohnungs- und Mietengesetzgebung beantragt“. Ich habe dann einen Zuhörer gefragt, und dieser Zuhörer hat mir gesagt: „Ja, eigentlich ist es doch die ÖVP, die das im letzten Moment verhindert hat.“ Herr Landesrat Sebastian, ich weiß, daß Sie es sicher nicht wollen. Aber bitte, daher müssen Sie doch auch feststellen, und wo Zuhörer da sind, muß man doch auch erklären, wie das ist. (Landesrat Sebastian: „Wieso sollen die Zuhörer das nicht wissen, daß Sie die Verlängerung wollten?“)

Es war übereinstimmend, daß bis zum Ende des Jahres diese Vereinbarung nicht zustande kommen würde. Ich könnte Ihnen zum Beispiel dazu sagen, daß der Herr Staatssekretär Kotzina, der in dem Verhandlungskomitee von der ÖVP drinnen war, uns in einer Sitzung erklärte, daß die Vertreter der SPO es abgelehnt haben, vor dem 10. Dezember bevor die Parteivertretung zusammentritt, nochmals zu Verhandlungen zusammenzutreten. (Abg. Wurm: „Das ist ja ihr gutes Recht.“ — Landesrat Sebastian: „Der Herr Staatssekretär Kotzina, alle Achtung vor ihm, sitzt im Verhandlungskomitee, sitzt aber nicht im Arbeitsausschuß.“) Nein, aber dafür im Ausschuß für das Wohnungswesen (Landesrat Sebastian: „Ja, ich sage Ihnen das ja.“) Und hier haben es die sozialistischen Unterhändler abgelehnt, vor dem 10. Dezember in weitere Verhandlungen einzutreten. Ich sage nicht, daß ihr schuld seid, ihr könnt ja nichts dafür. Aber jedenfalls war es klar, daß bis zum Ende d. J. es zu dieser Vereinbarung nicht mehr kommt. Daher hat die ÖVP vernünftigerweise gesagt, verlängern wir die Frist, verhandeln wir noch einige Monate weiter, weil es ja mit den Sozialisten, wie man ja auch hier aus der Debatte ersieht, nicht sehr leicht ist, ihnen etwas Vernünftiges beizubringen.

Aber nun, meine Damen und Herren, einiges wollte ich doch noch zum Wohnungswesen anbringen. Und zwar ist vielleicht interessant das steirische Wohnungswesen, was hier in der Steiermark getan wird, im Verhältnis zu dem von einem sozialistischen Landeshauptmann geführten Kärnten. Entschuldigen Sie, Herr Präsident Afritsch, aber ich muß jetzt wieder Ihren Zorn wahrscheinlich erregen. (Präsident Afritsch: „Ich bin darauf gekommen, daß die Brunnenvergifter in der Steiermark noch nicht ausgestorben sind“ — Gelächter.) Ja, ja, der Landesrat Bammer und diese Herren leben halt immer noch.

Meine Herren, ich möchte Ihnen aber folgendes sagen. Der Steirer will ja wissen, wieviel würde in der Steiermark gebaut im Verhältnis zu Kärnten. Ich habe es mir hier ausgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, Kärnten hat im heurigen Jahr 148 S pro Kopf der Bevölkerung für das Wohnungswesen ausgegeben, die Steiermark 182,30 S. Darf ich darauf hinweisen, daß im vergangenen Jahr der sozialistische Wohnbaureferent in Kärnten in der Debatte zum Budget erklärte, als er auf die Wohnbauanleihe zum Beispiel der Steiermark hingewiesen wurde: „Ich habe diesbezüglich Veranlassung getroffen, daß ich zeitgerecht von den Erfahrungen, die die Steiermark in dieser Art mit der Wohnbauförderung macht, Kenntnis erhalte.“ Meine Herren, wir sollten doch froh sein, daß wir in der Steiermark in einem Land leben, wo andere sozialistisch geführte Bundesländer sich ein Beispiel an unserer Arbeit nehmen können. Seien Sie doch auch darauf stolz. Sie haben ja immer brav und treu mitgestimmt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Feldgrill das Wort.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag, sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kapitel Straßenbau im mittleren Murtal erlaube ich mir etliche Wünsche aufzuzeigen. Die Straße Bruck—Graz müßte in kürzester Zeit modernst ausgebaut werden und fertiggestellt werden. Die Umfahrung Gratkorn, die 1967 fertiggestellt werden soll, wird diese Strecke, die jetzt sehr behindert ist, flüssiger befahren lassen. Die Straße Bruck—Graz stellt nicht nur die Verbindung zwischen der Obersteiermark und der Landeshauptstadt dar, sie ist auch die einzige Schnellverbindung zwischen der Fernstrecke Wien—Bruck—Kärnten—Italien und der geplanten Südautobahn. Diesem Umstand müßte beim Ausbau dieser Straße auf alle Fälle Rechnung getragen werden. Erfreulicherweise ist im Voranschlag für das Jahr 1965 auch für den Ausbau der Rechbergstraße gesorgt. Es sind vorgesehen für das Baulos Rechberg 3,2 Millionen Schilling und für das Baulos Tullwitz—Fladnitz 6 Millionen Schilling. Diese Straße stellt die günstigste Ost-Westverbindung zwischen dem mittleren Murtal und der Oststeiermark dar. Über sie werden jährlich in beiden Richtungen zig-tausende Tonnen Güter transportiert, und eine Verkehrszählung an einem Wochenende hat ergeben, daß diese Straße in beiden Richtungen über 4000 Fahrzeuge befahren haben. Folgende Baulücken in der mittleren Steiermark wären noch zu schließen. Es handelt sich um

Straßen, die teilweise staubfreie Beläge haben und die noch durch kleine Stücke offener Straße nicht geschlossen sind: Es ist das die Straße nach Semriach die sogenannte „Sandstraße“, die auf etwa 2 km noch keinen staubfreien Belag aufweist, weiters die Straße Stübing—Großstübing in der weiteren Verlängerung nach Geisthal, die auch auf einer Länge von 1½ km noch nicht staubfrei gemacht worden ist. Die Straße Ubelbach—Neuhof muß ebenfalls in nächster Zeit staubfrei gemacht werden. Auch hier gehen große Übergangsvorgänge vor sich. Abschließend möchte ich noch bitten, alle weiteren Straßen, die in die Seitentäler der mittleren Steiermark führen, ebenfalls staubfrei zu machen. Diese Seitentäler sind die natürlichen, ruhigen und schönen Erholungsgebiete der Zukunft, und die Aufschließung mit guten und staubfreien Straßen ist die einzige und erste Voraussetzung, um der städtischen Bevölkerung und dem Fremdenverkehr den Zutritt in diese Gebiete aufzumachen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Herr Abg. Zinkanell, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Mein verträgliches Gemüt erlaubt es mir, festzustellen, daß das, was mein Kollege Kraus bezüglich des Abschnittes 68 „Wasserleitungs- und Kanalbauten“ im allgemeinen gesagt hat, hundertprozentig zutrifft und auch meine Meinung darstellt. (Abg. Kraus: „Danke.“)

Ich möchte nur ein paar Ergänzungen dazu sagen. Erstens einmal ist die Post 781 mit 7½ Millionen Schilling sehr beachtlich und absolut zu begrüßen. Aus diesem Betrag läßt sich sehr viel durch die Gemeinden und über die Gemeinden machen. Ich möchte nur ein konkretes Beispiel anführen, das Groß-Projekt der Wasserversorgung im Stainztal drüben bei uns im Deutschlandsberger Gebiet. (Landeshauptmann Krainer: „Da ist der Abg. Kraus fest dabei!“) Ich würde sehr froh sein, wenn es gemeinsam gelänge, dieses Großprojekt, das für diese Gegend von enormer Bedeutung ist, in absehbarer Zeit zu realisieren. Und noch etwas: Ich glaube, man müßte bei den Projekten, die außerhalb der amtlichen Planung laufen und die erstaunlicherweise manchmal verhältnismäßig billig sind, diese Leute und Gruppen, weil sie billiger arbeiten nicht dadurch gewissermaßen bestrafen, daß man ihnen, weil sie billiger sind, nun keine Fördermittel mehr zukommen läßt. Wir haben leider so ein paar Beispiele, u. zw. sehr ärgerliche. Ich erinnere an den Kleegraben. Ich habe deswegen schon seinerzeit mit einigen Herren gesprochen und habe interveniert, aber die Leute sind leider bis heute noch nicht unterstützt worden. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist ganz klar. Sie sollen wasserrechtliche Verhandlungen abführen, dann werden sie unterstützt. Nur eine wasserrechtliche Verhandlung der Bezirkshauptmannschaft, kein Plan!“) Wenn sie das gemacht hätten, Herr Landeshauptmann, so hätte das — nur im Vergleich zu einer anderen Gemeinschaft — 240.000 Schilling gekostet. (Landeshauptmann Krainer: „Nur eine wasserrechtliche Verhandlung der Bezirkshauptmannschaft.“) Dazu waren sie bereit, Herr Landeshauptmann. Nur waren ihnen die 240.000 S zu hoch. Und sie haben es jetzt mit

100.000 S gemacht und jetzt kriegen sie deswegen nichts. Man soll so etwas also nicht förmlich bestrafen.

Nun noch ein Wort bezüglich Wasser- oder Flußregulierungen. Eine Bitte auch an die Hohe Landesregierung, soweit es möglich ist zu unterstützen, daß die begonnene Regulierung des Stainzbaches, die schon sehr viel Hilfe gebracht hat, weil es dort ein sehr beachtliches Überschwemmungsgebiet gibt, jetzt nicht ein paar Jahre lang stecken bleibt, sondern daß man möglichst bald in diesem kommenden Jahr darangeht, das weiterzuführen. Das wollte ich nur ergänzend gesagt haben. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Schläger das Wort.

Abg. Schläger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Von den 20 Vorrednern haben sich 16 mit den Straßensorgen beschäftigt. Dies ist aber gerade bei dieser Budget-Beratung kein Wunder, sondern eine Folge der Äußerung des Herrn Landeshauptmannes, der sich ja bei den Beratungen im Finanz-Ausschuß darüber beklagt hat, daß die Abgeordneten nicht noch mehr Wünsche vorbringen und daß er deshalb unter Umständen nicht in der Lage sei, von verschiedenen Dingen zu wissen. Ich glaube, es ist kein Abgeordneter in diesem Hohen Hause, der die Verantwortung dafür tragen wollte, daß der zuständige Referent für das Straßenwesen etwas nicht weiß (Landeshauptmann Krainer: „Keine Sorge!“) und deshalb in seinem Bezirk vielleicht das eine oder andere Straßenstück vergessen würde.

Ich möchte mich auch den „Straßensängern“ anschließen und zuerst dankbar vermerken, daß das Stück Stadl a. d. Mur—Kaltwasser, diese Gemeindestraße, als Landesstraße übernommen wurde. In dieser Gemeinde besteht nur noch die eine Sorge, daß man auch das Reststück von Kaltwasser bis zur kärntnerischen Landesgrenze übernimmt, damit dann ein Zusammenhang zwischen den steirischen und kärntnerischen Landesstraßen gegeben ist.

Über die Straßenwünsche des Bezirkes Murau hat heute schon Herr Kollege Ritzinger gesprochen. Ich habe auch schon vor drei Jahren die Umfahrung Niederwölz—Teufenbach hier zur Sprache gebracht. Mir ist nur damals entgegengehalten worden, ich solle nicht dramatisieren, das sei eine nicht so äußerst dringliche Sache. Aber es ist allen bekannt, daß der Bezirk Murau, Gott sei Dank, immer stärker von Fremden besucht wird, daß auch der Verkehr hinauf in den Lungau immer stärker wird und daß diese Umfahrungen sicherlich schon sehr notwendig sind.

Ich glaube, wenn nun zwei Abgeordnete aus der Koalition zu diesem Gebiet die Bitte richten, daß man hier weitermachen soll, dann müßte doch mehr Nachdruck dahinter sein.

In Thalheim an der Mur ist vor kurzem eine wunderschöne Brücke eröffnet worden. Ich möchte von dieser Stelle aus allen zuständigen Stellen herzlich danken. Bei dieser Brückeneröffnung wurde aber gleichzeitig die Sorge ausgesprochen, daß das Anschlußstück von der Brücke zur Bundesstraße,

hinein in den Ort Thalheim, das eine Kurve von 90 Grad aufweist, zu Verkehrsunfällen Anlaß geben könnte. Und ich kann dem Hohen Haus berichten, die Brücke ist noch nicht einmal ein Monat lang eröffnet und es sind in dieser Kurve bereits fünf Verkehrsunfälle vorgekommen. Es ist zu befürchten, daß bei Glatteis und den winterlichen Verhältnissen, die nun eintreten werden, dort weitere Unfälle geschehen werden. Ich bitte daher den Herrn Landeshauptmann von dieser Stelle aus, doch den Ausbau der Straße von der Brücke weg bis zum Pölsals hinauf sein Augenmerk zuzuwenden, damit diese Verkehrsfalle abgeschafft werden kann. Ich bin auch überzeugt, sobald die Straße von Trieben nach Hohentauern ausgebaut ist, daß der Verkehr wesentlich stärker werden wird, weil diese Verbindung zur Zeit wirklich die beste Verbindung zwischen dem Ennstal und dem Murtal darstellt.

Die Landesstraße Pölsals—Rattenberg führt in Pöls über eine Brücke. Diese Brücke ist außerordentlich schadhaft und durch den großen Verkehr in den letzten Tagen besonders angeschlagen worden. Mir ist bekannt, daß die Gendarmerie bereits einen Bericht abgegeben und auf die Gefahr bei dieser Brücke hingewiesen hat. Ich darf auch bitten, sich diese Brücke anzuschauen bzw. zu sorgen, daß diese Brücke so instandgesetzt wird, daß sie den Verkehrsverhältnissen entspricht.

Vor Jahren habe ich hier im Hohen Hause schon die Bitte vorgebracht, das Straßenstück von Untereizing — das ist ja ein Gebiet, das der Herr Landeshauptmann sehr gut kennt — nach St. Oswald instand zu setzen. St. Oswald ist ein reizender Fremdenverkehrsort und die Wirte dort haben wirklich aus eigenen Mitteln sehr, sehr viel investiert und beklagen sich immer wieder darüber, daß bei der Straße nichts gemacht wird, daß deswegen kein Postautobus diesen Ort anfährt und daß man zumindest etwas unternehmen soll.

Das meine sehr verehrten Damen und Herren, wären meine Sorgen gewesen in diesem Reigen der Straßenwünsche. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. P a b s t.

Abg. **Pabst:** Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Bundesstraße vom Semmering herab bis Bruck sehr gut ausgebaut wurde, daß verschiedene sehr wertvolle Ortsumfahrungen durchgeführt wurden, die sich auch sicher sehr gut auswirken. Nur eine Bitte haben wir, und die muß sehr, sehr dringlich ausgesprochen werden, die Umfahrung Bruck ist von ganz besonderer Notwendigkeit. Es ergibt sich im Sommer besonders zu den Fremdenverkehrszeiten immer wieder die Situation, daß Autokolonnen von 1 km und noch mehr auf der einen als auch auf der anderen Seite stehen, weil eben durch diesen schmalen Gang, so möchte man diesen Straßenzug dort fast nennen, der Verkehr einfach nicht entsprechend abzuwickeln ist. Ich darf also diese Bitte in Richtung Bundesstraßen hier sehr unterstrichen ausgesprochen haben. Zu den Landesstraßen: Wenn ich den kommenden Voranschlag so durchblättere, dann sehe ich, daß in diesem Gebiet sehr viele Straßenbauten durchgeführt werden. Ob es nun

das Mariazeller Gebiet, das Tragösser Gebiet, Etmühl oder in Radmer drinnen oder auch auf der anderen Seite zum Niederalpl betrifft, überall sind eigentlich sehr viele Posten eingesetzt und es wird in diesem kommenden Jahr in diesen Gebieten sehr viel verbessert und gebaut werden. Eine Bitte zu den Landsstraßen betrifft noch den entsprechenden Ausbau der Landesstraße von Mitterndorf nach Veitsch. Dort ist die Straße sehr schmal. Es führt dort hinein kein Schienenstrang, und gerade durch das Magnesitwerk Veitsch ist natürlich diese Straße sehr, sehr stark frequentiert. Das wären die Bitten, die ich hier heute vorzubringen hätte. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Karl Lackner.

Abg. **Karl Lackner:** Hoher Landtag! Wenn man jetzt die ganzen Straßenwünsche gehört hat, müßte einem eigentlich als letztem Redner bange werden, aber zum Glück heißt es, daß die Letzten die Ersten sein werden (Abg. DDr. Hueber: „Den letzten beißen die Hunde!“). Aber bevor ich Ihnen meine Wünsche anmelde, möchte ich zuerst mit Dankbarkeit vermerken, daß in dem Jahr auf dem Gebiet des Straßenbaues im Bezirk Liezen sehr große Leistungen vollbracht worden sind. Die Umfahrung Schladming ist fertig geworden. Die Umfahrung Bad Aussee ist fortgeschritten. Im Bezirk St. Gallen wird bei den Bundes- und Landesstraßen sehr erfolgreich gearbeitet. Am Triebener Tauern, überall rollen die Straßenwalzen und Caterpillars. Aber trotzdem haben natürlich wir bei uns eben auch noch echte Wünsche. Der Herr Kollege Abg. Juvancic aus Eisenerz hat zwar gesagt, er hat das Straßenproblem Nr. 1, ich kann nichts dafür, aber wir haben das Straßenproblem I (Gelächter), und zwar ist das die Salzkammergut-Bundesstraße von Trautenfels bis Kainisch. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der ganze Fremdenverkehrsstrom vom Westen her über den Pötschen über das Salzkammergut hereinkommt, und zwar kommen die Gäste nicht nur ins Ennstal, sondern in die ganze Steiermark, und daher ist der dringende Ausbau dieser Salzkammergut-Bundesstraße eine steirische Angelegenheit, des weiteren die Fortsetzung der Baumaßnahmen der Bundesstraße von Ruperting bis Schladming und weiter von Schladming nach Mandling, die ebenfalls eine Einfahrtsstraße von Westen her ist. Ein ganz besonderer Wunsch — das klingt jetzt ein bisserl persönlich, aber es ist einmal leider so — die Landesstraße Donnersbach—Donnersbachwald entspricht bei bestem Willen nicht mehr den Anforderungen. Durch die Aufschließung der Planneralm ist ein großer Fremdenstrom in unser Tal gekommen, und außerdem werden viele tausende Festmeter Holz jährlich abtransportiert und da das größte Stück der Straße so schmal ist, ist es daher meine echte und dringende Bitte, daß diese Straße, die eine echte Lebensader für das Bergbauerntal Donnersbach ist, sobald als möglich fertiggestellt wird. Ich danke vielmals.

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort.

Landeshauptmann **Krainer**: Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Ich möchte mich nur kurz mit einigen Fragen meines Ressorts, und zwar der Landesbaudirektion und der Rechtsabteilung 3, beschäftigen. Ich brauche ja nicht in die Details einzugehen. Ich habe ja, wie ich bemerkt habe aus den Reden dieses Hohen Hauses, nicht nur eine Reihe von Koreferenten, die wunderbare Referate über den Zustand und über die Länge unserer Straßen hier uns erzählt haben, sondern auch sehr viele Teilhaber, die an dem Kuchen Landes- und Bundesstraßen, Wasserwirtschaft usw. teilhaben möchten. Es fehlt nicht an reichlichen Wünschen. Verständlicherweise! Die Tatsache ist, daß uns der Verkehr überrollt, daß wir dem modernen Verkehr trotz aller Bemühungen nicht gewachsen sind. Wir werden im kommenden Jahr rund 450 Millionen Schilling allein an Straßen — dazu kommen noch die Brücken — wieder verbauen. Wir haben in diesem Jahr rund 400 Millionen Schilling verbaut, und trotzdem kommen wir über bestimmte Engpässe nur langsam hinweg. Aber trotz all der vielen Wünsche ist erfreulich, daß erstens unser Landesbauamt sozusagen wirklich das Zentrum des Wirtschaftsimpulses der öffentlichen Hand in der Steiermark ist. Das hiesige Landesbauamt hat im heurigen Jahr an jedem Arbeitstag 4 Millionen Schilling verbaut, mit eingerechnet noch die Wohnbauförderung sind im heurigen Jahr an jedem Arbeitstag 5 Mill. Schilling zur Verbauung gekommen von der öffentlichen Hand her. Das ist also eine sehr, sehr beachtliche Initiative, die von hier ausgeht. Und ich darf wohl sagen, daß dieses Landesbauamt mit seinen umfassenden Abteilungen Landes- und Bundesstraßen, Bundes- und Landesbrückenbau, Landes- und Bundeshochbau, den verschiedenen Abteilungen, beispielsweise der Maschinen- und Elektroabteilung, dem Wiederaufbaureferat, Wasserbau, den Meliorationen usw., eine umfassende Aufgabe für unsere Beamtschaft ist und von dieser Beamtschaft auch mit allem und mit größtem Ernst angegangen wurde. Wir sind schon weitergekommen, das ist gar keine Frage. Aber wir werden noch bestimmt mindestens 5 Jahre brauchen, um die vielerlei Wünsche, nämlich die große Zahl der Wünsche oder auch die wichtigeren Teile der Straßen und Straßenstücke in Ordnung zu bringen, wie sie hier im Hohen Hause vorgetragen wurden. Bei aller Anerkennung der Wünsche, die hier vorgetragen worden sind, muß ich leider vermerken, daß wir in der Vergangenheit einen Fehler begangen haben, uns von einem festen Konzept abbringen zu lassen und den Versuch zu unternehmen, allen irgendwo recht zu tun; das ist völlig ausgeschlossen. Wir können in einer solchen Form des Entgegenkommens, der sogenannten Gefälligkeitsdemokratie, nicht weiterfahren, gerade beim Bauen nicht weiterfahren und schon gar nicht beim Straßenbau, sondern müssen die großen Verkehrslinien beachten. Und hier ist uns passiert, daß wir durch vielerlei Wünsche und das Abdrängen auf den einen oder anderen Wunsch von den Haupteinzugsstraßen im Ausbau abgekommen sind, so beispielsweise der ganze Verkehr vom Westen nach dem Osten oder dem Südosten. Die Tatsache, daß wir über den Pötschen, über Aussee kaum hinausgekommen sind, daß wir das Zwischen-

stück Knoppen—Trautenfels noch nicht fertig haben, ist ein bedauerlicher Zustand, der uns sehr viel Kritik nicht nur von der eigenen Bevölkerung, sondern auch vom Ausland, von allen möglichen Verkehrsorganisationen und dgl. eingebracht hat. Immer wieder werden wir angeschrieben, warum ist dieses Stück noch nicht fertig?

Der weitere Ausbau, der auch wieder vom Westen her über Salzburg—Radstadt—Schladming—Trautenfels verläuft, hat ja heuer ein Stück zum Abschluß gebracht, u. zw. die Umfahrung von Schladming, in der ja auch 4 km Straße mit einbezogen sind. Dort würden wir, wenn wir noch das weitere Stück, den weiteren Anschluß bis nach Radstadt beginnen — wobei auch selbstverständlich die Salzburger herunter müßten —, diesen Teil dann fertig haben. Aber auch das wird in den nächsten Jahren so von heute auf morgen nicht möglich sein, weil wir einfach eine Reihe von großen Linien zuerst in Ordnung bringen müssen, wie z. B. die Verbindung vom Norden nach dem Süden, die Triester Bundesstraße. Es ist ja ein Großteil hier wirklich ausgebaut, aber wir haben noch letzten Endes die Umfahrung Kindberg, die Umfahrung von Bruck a. d. Mur und die Fertigstellung der Umfahrung Leoben. Und wenn ich Ihnen sage, daß die Umfahrung Leoben allein 150 Millionen Schilling kostet, dann können Sie ermessen, was das bedeutet, für ein solches Stück, das ja außer Zweifel die Verkehrsfalle Nr. 1 in Österreich war, 150 Millionen aufzuwenden. Das ist der halbe Baukredit, den wir vom Bund in einem Jahr für die Bundesstraßen erhalten haben. Es tut mir sehr leid, daß wir gerade in Leoben so lange hinausgezögert wurden, nicht zuletzt durch die Stadt selbst, die so lange versucht hat, herumzuhandeln mit den Bundesstellen und auch mit unserem Landesbauamt (Landesrat Sebastian: „Um die beste Lösung zu finden!“), bis ihre Straßeninteressen in die Bundesstraßeninteressen einbezogen werden. Das ist nicht möglich. Kapfenberg ist geradezu vorbildlich gewesen. Die haben gesagt, Gott sei Dank, daß es zu einer Umfahrung kommt, wir tun gerne mit und sie haben auch wirklich sehr, sehr große Leistungen vollbracht. So einfach war es aber leider in Leoben nicht, bitte es sind die Verhältnisse auch komplizierter dort, aber das hat uns die Verzögerung gebracht. Und der heurige und vorjährige Sommer waren ja eine ausgesprochene Katastrophe. $\frac{3}{4}$ Stunden hat man von der Stadteinfahrt bis zur Ausfahrt durch Leoben gebraucht. Das ist natürlich für die zweitgrößte Straßenverkehrsverbindung von Österreich ein unerträglicher Zustand und daher mußte mit aller Gewalt, nachdem die Trasse einmal festgelegt war, angefangen werden. Dazu kam noch das große Unglück, daß der Massenberg zu rutschen begonnen hat und das war eine große Ingenieuraufgabe, das zu lösen und wieder in Ordnung zu bringen. Gott sei Dank ging es ohne Spektakel, denn es hätte hier die Presse vielleicht sogar Ursache gehabt, uns frontal anzugehen. Aber das ist ohne Spektakel vor sich gegangen, die Sanierung ist geglückt und nun werden wir, hoffe ich, im Mai bereits über diese neue Straße fahren und werden damit eine große Erleichterung auf der wichtigen Triester Bundesstraße herbeigeführt haben. Aber natürlich gibt